

Nachhaltigkeitsbericht 2004

Herausgeber: Oberbürgermeister der Stadt Wuppertal
Rathaus, Wegnerstr. 7
42269 Wuppertal
Telefon: (0202) 563 -1

Redaktion: Erwin Rothgang
Eckhard Kohlhas
Oliver Pfumfel

11/2004

	Seite
Einleitung	3
Die Attraktivität der Stadt	6
Besucher der Museen, des Sinfonieorchesters und des Zoologischen Gartens	8
Einwohnerzahl	9
Einwohner nach Altersgruppen	10
Nichtdeutsche Einwohner	11
Wertschöpfung	13
Arbeitsplatzstruktur	15
Erwerbsquote	16
Arbeitslose	17
Empfänger von Sozialhilfe	19
Einnahmen der Stadt aus Steuern	20
Ausgaben für Investitionen	21
Ausgaben für Sozialhilfe	22
Verschuldung	23
Haushaltsfehlbeträge als Indikator eingeschränkter finanzieller Handlungsfähigkeit	24
Bildungsabschluss	25
Indikator für Gesundheit: vorzeitig Gestorbene	26
Sicherheit: Verkehrsunfälle und Kriminalität	27
Teilhabe am Gemeinwesen: Wahlbeteiligung	29
Betreuungsangebote für Kinder	30
Geschlechtergerechtigkeit	31
Flächennutzung und "Flächenverbrauch"	33
Verbrauch an Energie	36
Verbrauch an Wasser	38
Abfälle aus Haushaltungen = Verbrauch an festen Stoffen	39
Wasserqualität der Wupper	40
Luftreinhaltung	42
CO ₂ -Minderung	43
Belasteter Boden, Altlasten	44
Umweltwahrnehmung - Saubere Stadt	46
Wohnungsversorgung	47
Miet- und Grundstückspreisniveau	49
Verkehr: PKW-Besatz, Fahrten mit öffentlichen Verkehrsmitteln und Modalsplit	50
Schützenswertes schützen - Landschafts- und Naturschutz	52

Anlass und Auftrag

Am 29.03.04 beschloss der Rat der Stadt zusammen mit den Zielen und Handlungsschwerpunkten zur strategischen Steuerung der Stadt auch einen Satz von Indikatoren. Mit deren Hilfe soll zukünftig regelmäßig über die Entwicklung und die Position der Stadt im Vergleich zur Entwicklung in Deutschland, in Nordrhein-Westfalen und in Vergleichsstädten berichtet werden.

Hintergrund

Die Weltgemeinschaft hat sich 1992 in Rio de Janeiro auf eine nachhaltige Entwicklung verpflichtet. Wirtschaftlicher Erfolg soll mit sozialer Gerechtigkeit sowie dem Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und den Lebenschancen nachfolgender Generationen in Einklang gebracht werden. Die Strategien von Unternehmen, Staaten und Gebietskörperschaften müssen diese Aufgabe in ihrem jeweiligen Verantwortungsbereich meistern. Allgemeine Entwicklungen müssen ebenso beobachtet und beurteilt werden wie die Auswirkungen der eigenen Strategien und Entscheidungen. Indikatoren sowie regelmäßige Nachhaltigkeitsberichte sind die dazu eingesetzten Instrumente.

Den Ratsausschüssen für Umwelt und für Stadtentwicklung wurde im Sommer 2000 eine erste Konzeption für die Nachhaltigkeitsindikatoren zusammen mit einem Bericht über den Teilbereich Stadtraum und Ökologie vorgestellt (Drs. 3013/00).

In den Sondersitzungen des Rates der Stadt zur Wuppertaler Agenda 21 am 03.09.01 und am 07.12.02 lagen erste umfassende Nachhaltigkeitsberichte vor, die der Rat der Stadt zustimmend zur Kenntnis nahm. Im Jahr 2003 wurde dann das Zieldreieck der nachhaltigen Entwicklung in die strategischen Ziele und Handlungsschwerpunkte der Stadt Wuppertal integriert und der Satz der Beobachtungsindikatoren entsprechend ergänzt. Damit wurde noch einmal die methodische Trennung zwischen solchen Indikatoren betont, die Zustand und Entwicklung der Stadt beschreiben, von solchen, die das Handeln der Stadt und Zielerreichungsgrade beschreiben. Der vorliegende Bericht ist auf die Beschreibung des Zustandes und der Entwicklung der Stadt in den unterschiedlichen Handlungsfeldern konzentriert. In der Weiterentwicklung der strategischen Steuerung sollen die für diese Felder geltenden Ziele sowie die darauf zielenden Verwaltungstätigkeiten und Maßnahmen durch handlungsorientierte Indikatoren abgebildet werden.

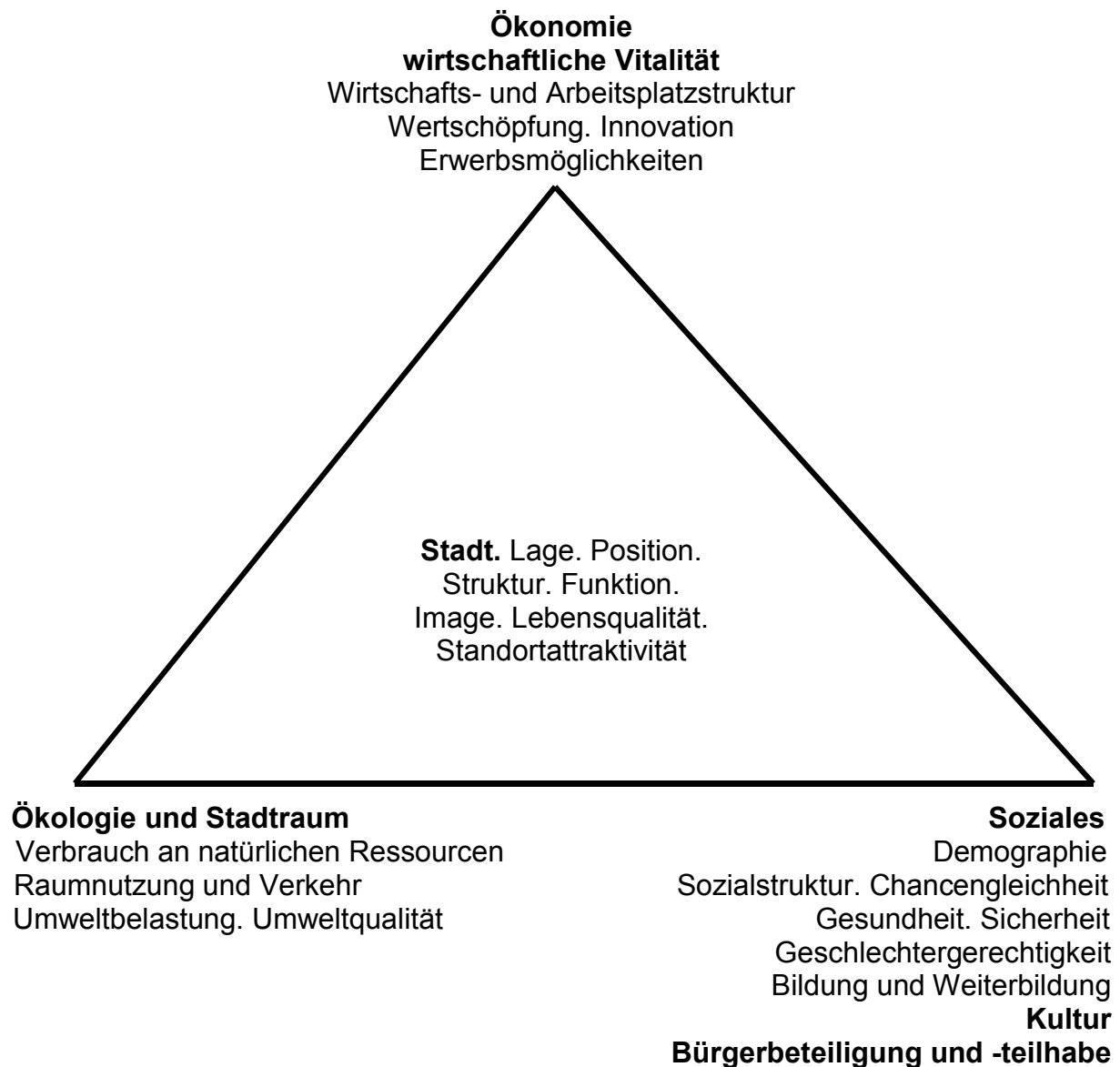
Nachhaltige Stadtentwicklung und die Auswahl der Indikatoren

Auch für die Auswahl von Beobachtungsindikatoren steht die Frage im Mittelpunkt, wozu die Stadt da ist, woher sie kommt und wohin sie sich entwickeln will. Diese Positionsbestimmung enthält angesichts des unverrückbaren Standorts unserer Stadt und seiner Bedingungen (einschließlich der Flächengröße und der natürlichen Gegebenheiten) zwei Richtungen:

- Nach innen: für wie viele und für welche Menschen mit welchen Ansprüchen und Erwartungen die Stadt Wohn- und Lebensort ist bzw. sein soll,
- Nach außen: welche Bedeutung die Stadt materiell und immateriell für ihre Umgebung und „den Rest der Welt“ haben soll, etwa als Arbeits- oder Einkaufsort, als Ziel für Kultur und Freizeit, als Herstellungsort von außerhalb der Stadtgrenzen nachgefragten Produkten und Dienstleistungen oder als Standort für Forschung und Entwicklung, Kunst und Wissenschaft.

Diese zentrale Fragestellung bewirkt, dass das Zieldreieck der nachhaltigen Entwicklung, das die Wechselwirkung der ökonomischen, sozialen und ökologischen Aspekte abbilden soll, einen Schwerpunkt und eine gemeinsame Orientierung hat: die Funktion und die Ziele der Stadtentwicklung Wuppertals.

Indikatoren einer nachhaltigen Stadtentwicklung müssen Auskunft geben über:



Die Position der Stadt Wuppertal

- Mit 365.000 Einwohnern an 17. Stelle unter den deutschen Städten,
- Oberzentrum und Universitätsstadt in Nordrhein-Westfalen,
- Teil des mit 6 Mio. Einwohnern größten deutschen Ballungsraums Rhein-Ruhr. 12 Mio. Einwohner im 60-PKW-Minuten-Umkreis,
- Unmittelbar benachbarte Gebietskörperschaften sind die Schwesterstädte Remscheid und Solingen (Region Bergisches Städtedreieck) sowie die „Intercitykreise“ Mettmann und Ennepe-Ruhr,
- Wuppertal gilt als die älteste industrielle Agglomeration auf dem europäischen Kontinent,
- 4.500 Baudenkmäler. Stadt der Schwebebahn,
- Städtebaulich durch ein hohes Maß der Nutzungsmischung und -dichte gekennzeichnet,
- 1929 als Zusammenschluss bis dorthin selbstständiger Städte und Gemeinden entstanden,
- Mehrere Stadt- und Stadtteilzentren - zahlreiche exponierte Wohnlagen,
- 168 km² Stadtfläche in einer Mittelgebirgslandschaft gelegen, die von einer hohen Reliefenergie (höchster Punkt 350 m, niedrigster Punkt 100 - Höhenunterschiede von 200 m im besiedelten Stadtgebiet), dem Tal der Wupper und zahlreichen, steil eingekerbten Seitentälern geprägt ist.
- 4.858 ha Waldfläche, 1.318 ha Parkanlagen und Grünflächen, 380 ha Kleingärten (ca. 8.000 Kleingärten), 163 ha konfessionelle und städtische Friedhöfe.
- Mit der Hälfte des Stadtgebiets im Naturpark Bergisch Land gelegen,
- Erreichbar über IC- und ICE-Halt Wuppertal Hbf, über zwei stadtnahe Autobahnen, über Düsseldorf-Flughafen mit S-Bahn-Anschluss,
- Mittelständisch geprägte Wirtschaft, historisch durch Textil, Werkzeug- und Maschinenbau sowie Chemie geprägt, die im aktuellen Strukturwandel ihren Schwerpunkt von der Industrie zu Forschung und Dienstleistungen verlagert. 124.000 versicherungspflichtige Arbeitsplätze,
- 193.200 Wohnungen in 50.000 Gebäuden,
- Stadtverwaltung mit 5.000 Beschäftigten an 400 Standorten mit 1.100 Gebäuden. Städtischer Haushalt 1.100 Mio. EUR, davon Vermögenshaushalt mit rd. 70 Mio. EUR,
- 890 km Straßen, 1400 km Abwasserkanäle,
- Sitz des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie und der Energieagentur des Landes Nordrhein-Westfalen,
- Klimabündnisstadt seit 1991; Beitritt zur europäischen Kampagne zukunftsbeständiger Städte und Gemeinden 1995 als erste Stadt in NRW; European Energy Award 2003.

Die Attraktivität der Stadt

Die Attraktivität, also die Bedeutung der Stadt für die Region und im Vergleich zu anderen Städten, wird anhand von fünf Indikatoren gemessen:

- dem Wanderungssaldo, also der Differenz von Zu- und Fortziehenden,
- der im Pendlersaldo ausgedrückten Arbeitsplatz-zentralität, also der Differenz zwischen Berufsein- und -auspendlern,
- der Kaufkraftbilanz, also dem Verhältnis der im örtlichen Einzelhandel erzielten Umsätze zu den Ausgaben der Wuppertaler im Einzelhandel,
- der touristischen Attraktivität, gemessen an den Gästeübernachtungen je Einwohner und im Städtevergleich,
- der kulturellen Attraktivität, gemessen in Besucherzahlen je Einwohner und im Städtevergleich.

Datenlage. Quellen

Der Wanderungssaldo ist regelmäßig und aktuell aus der Bevölkerungsstatistik verfügbar. Er kann auch relativ leicht für Vergleichsstädte dargestellt werden.

Der Pendlersaldo basiert auf den Ergebnissen früherer Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählungen, neuerdings auf der Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Der Kaufkraftsaldo kann nur für die Erhebungsjahre von Handels- und Gaststättenzählungen aus Daten der amtlichen Statistik errechnet werden. Kommerzielle Marktforschungsinstitute ermitteln diesen Indikator ebenfalls, aber kostenpflichtig.

Die touristische Attraktivität ist aus der aktuellen Fremdenverkehrsstatistik ablesbar.

Die kulturelle Attraktivität wird anhand von Daten aus dem Statistischen Jahrbuch Deutscher Gemeinden, einer Gemeinschaftsproduktion der Städte und des Deutschen Städtetages, ermittelt.

Generelle Entwicklung der Indikatoren

Der Wanderungssaldo der deutschen Städte variiert nach Stadttypus und im Zeitablauf. Insbesondere die großen altindustrialisierten Städte verzeichnen negative Salden aufgrund des Strukturwandels. Kernstädte haben i.d.R. negative Salden gegenüber Ihrem Umland, da dort Bauflächen und Wohnungen preiswerter angeboten werden. Der Randwanderung steht die Fernwanderung gegenüber, die durch die überregionale Attraktivität der Stadt als Arbeits-, Ausbildungs- oder Wohnort ausgelöst wird. Der Kaufkraftsaldo einer Stadt mit Einkaufszentrumsfunktion ist positiv. Je geringer diese Zentralität oder – wie im Falle Wuppertals – je größer die Konkurrenz der Zentren, umso mehr wiegen sich Kaufkraftzuflüsse und -abflüsse auf.

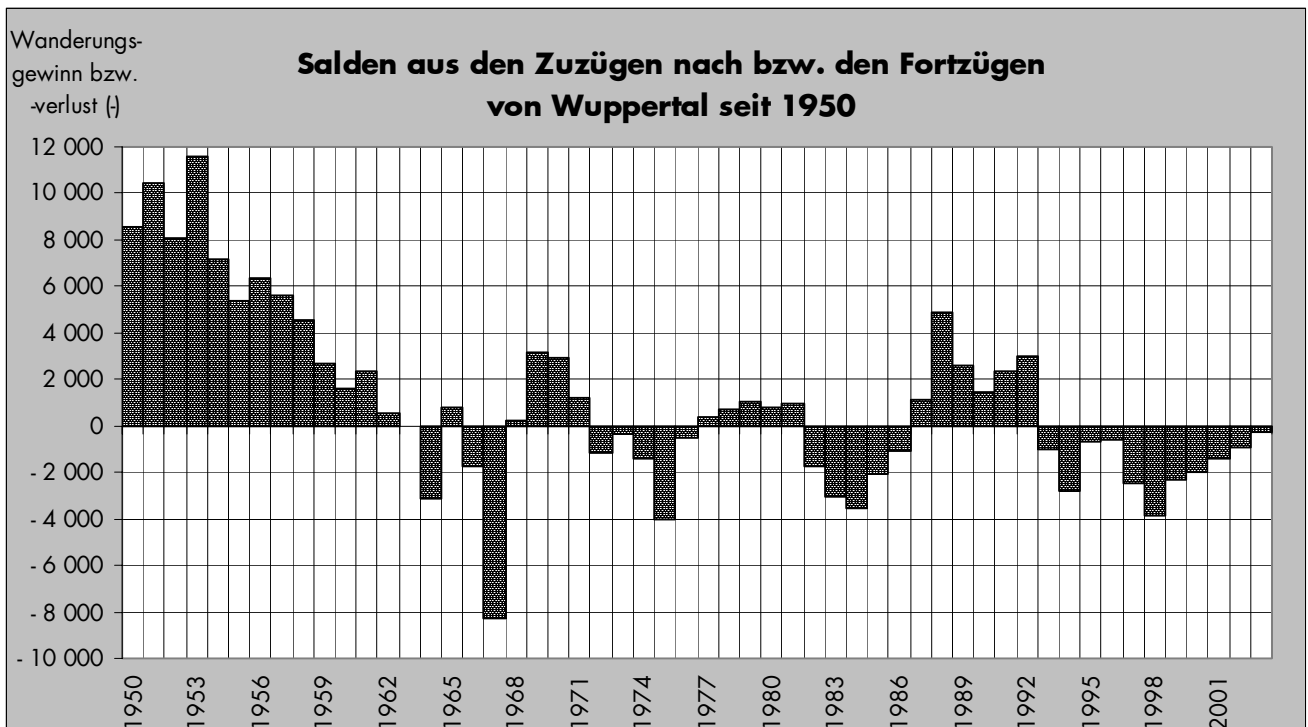
Entwicklung in Wuppertal

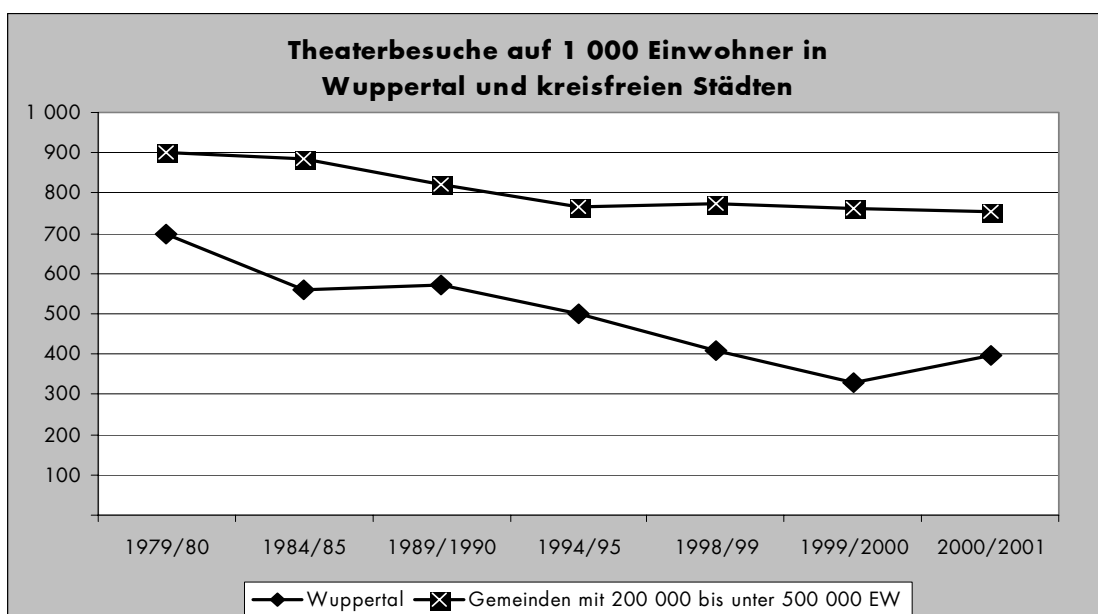
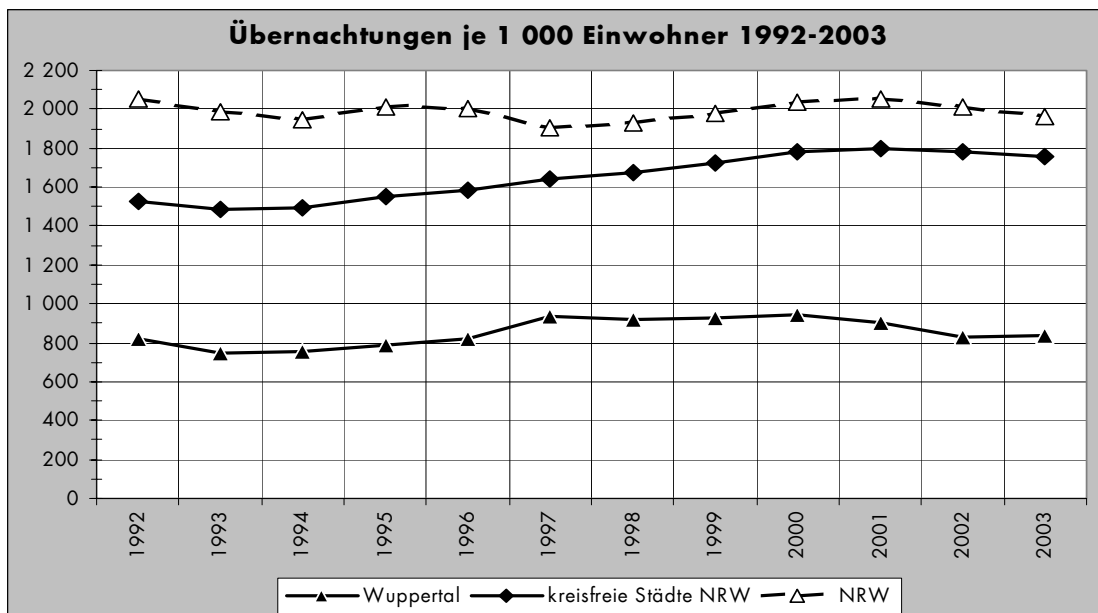
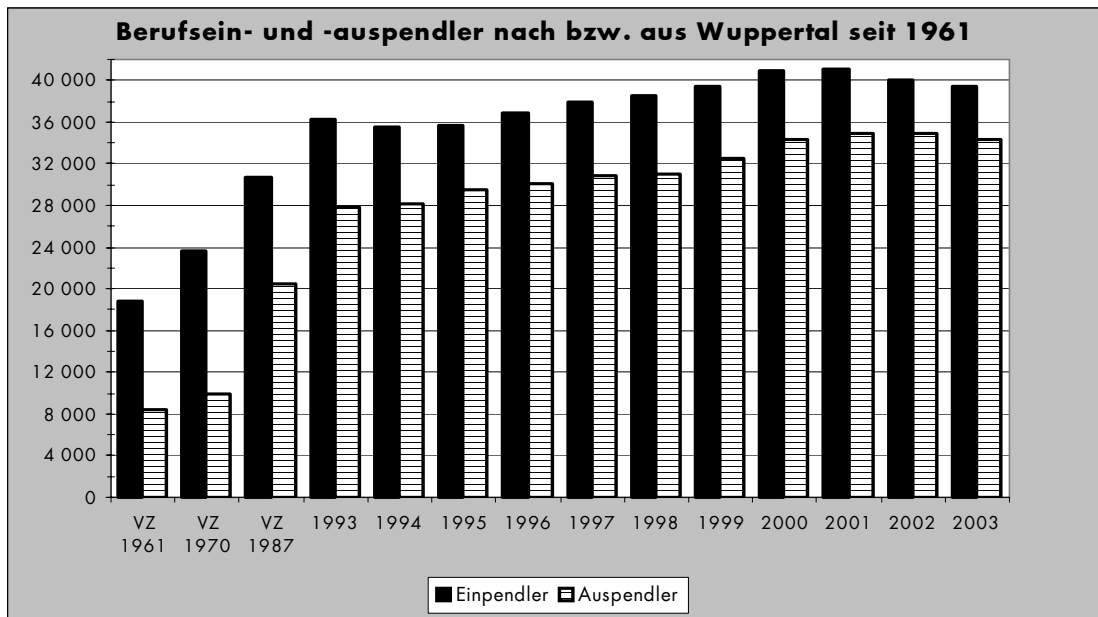
Der **Wanderungssaldo** Wuppertals ist seit nunmehr elf Jahren negativ. Vorangegangen war ein durch den Fall des „Eisernen Vorhangs“ verursachter Zustrom aus den neuen Bundesländern und aus Osteuropa (Aussiedler). Erkennbar ist aber, dass sich der Einwohnerverlust durch Abwanderung, der im Jahr 1998 seinen Höchststand hatte, immer langsamer vollzieht und in 2003 gegen Null tendiert.

Der **Pendlersaldo** sinkt – bei stark ausgeweitetem Pendlervolumen - von 10.000 (1961) auf 5.000 (2003). Die **Kaufkraftbilanz** Wuppertals ist ungefähr ausgeglichen, kaum positiv.

Die **touristische Attraktivität** Wuppertals ist im Städtevergleich unterdurchschnittlich.

Die **kulturelle Attraktivität** – gemessen in Theaterbesuchern/1.000 Einwohner – ist ebenfalls unterdurchschnittlich. Der Abstand zu den Vergleichsstädten hat sich in den letzten Jahren vergrößert.



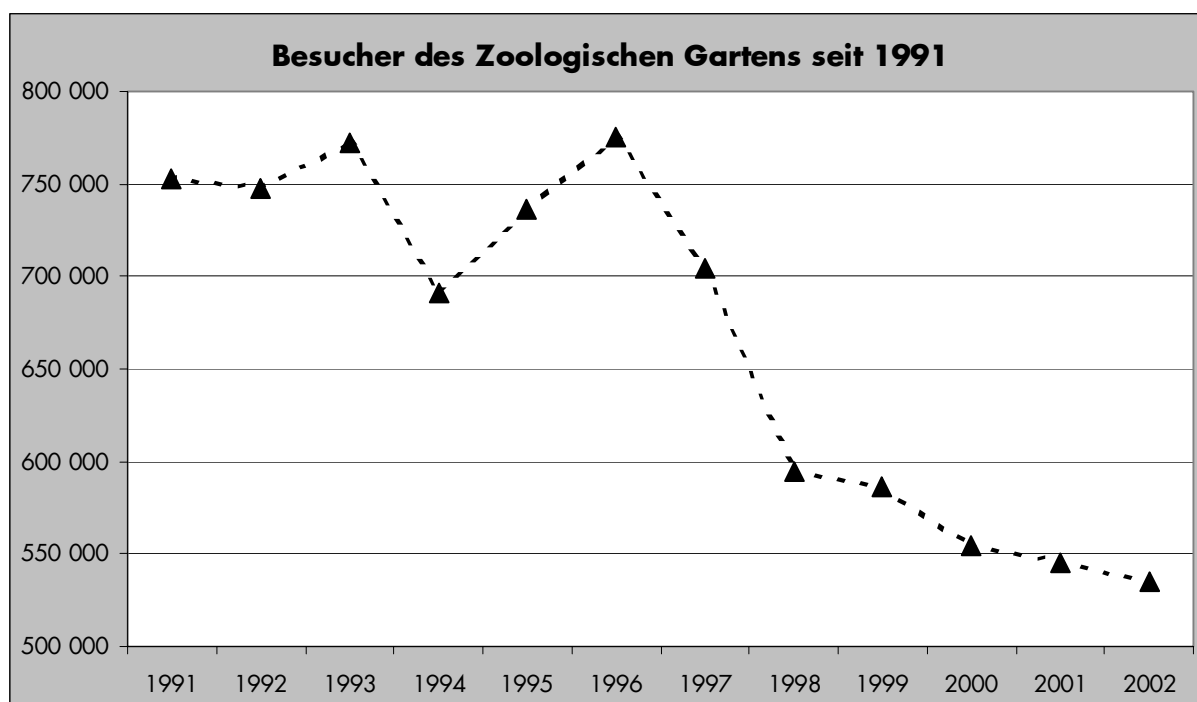
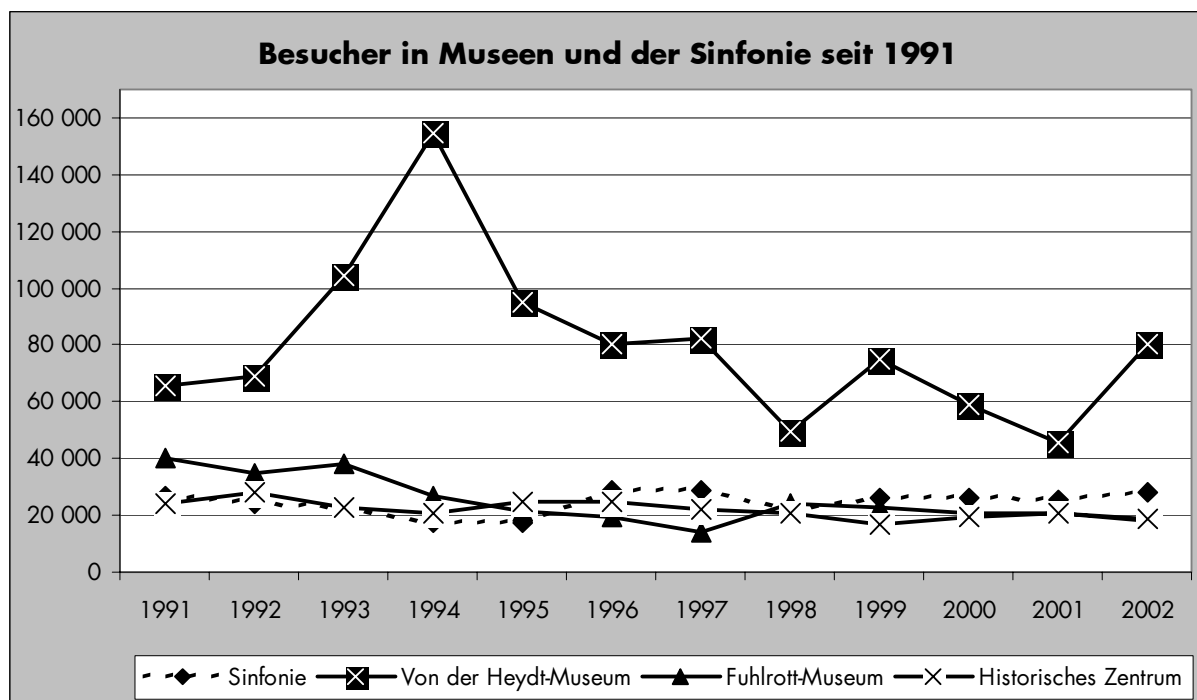


Besucher der Museen, des Sinfonieorchesters und des Zoologischen Gartens

Die Vielfalt des kulturellen Lebens in Wuppertal drückt sich unter anderem in den unterschiedlich ausgerichteten städtischen Museen, im reorganisierten Dreisparten-Theater und der Existenz eines außergewöhnlichen Konzert- und Veranstaltungshauses, der Historischen Stadthalle am Johannisberg, aus.

Die dort registrierten jährlichen Besucherzahlen unterscheiden sich in der Weise, dass Fuhlrott-Museum und Historisches Zentrum sowie die Konzerte des Sinfonieorchesters zu den „kleineren“ Kultureinrichtungen mit 5-10 Besuchen je 100 Einwohner und Jahr rechnen. Das Von-der-Heydt-Museum rangiert mit 15-20 Besuchen je 100 Einwohner deutlich darüber. Der Zoologische Garten kommt – auch durch seine überregionale Attraktivität – auf 150-200 Besuche je 100 Einwohner, musste aber auch in den letzten Jahren den stärksten Besucherrückgang verkraften.

Vergleichszahlen aus anderen Städten konnten aus arbeitstechnischen Gründen nicht dargestellt werden.



Einwohnerzahl

Zahl und Zusammensetzung der Bevölkerung bilden einen Ausgangspunkt für die Grundfrage, für wen die Stadt Wuppertal Daseinsvorsorge und Dienstleistungen zu erbringen hat.

Datenlage. Quellen

Die Einwohnerstatistik der Stadt Wuppertal basiert auf dem Einwohnermelderegister. In den vergangenen Jahrzehnten war es üblich, diese Statistik in regelmäßigen Abständen durch Volkszählungen zu überprüfen bzw. zu ergänzen. Derzeit sind neben der gesetzlichen Meldepflicht auf dem Melderegister basierende Aktionen, wie die Aufstellung von Wählerverzeichnissen oder die Ausstellung von Lohnsteuerkarten, die wichtigen Mechanismen für die Feststellung einer zutreffenden Einwohnerzahl. Für die Planung der kommunalen Infrastruktur werden Einwohner mit Haupt- und Nebenwohnung in Wuppertal zusammen betrachtet.

Allgemeine Entwicklung

Die Gesamtbevölkerung Deutschlands hat in den vergangenen Jahren leicht zugenommen. Die regionale Entwick-

lung ist dagegen völlig unterschiedlich.

In den altindustrialisierten Regionen und in den neuen Bundesländern sinkt die Einwohnerzahl. In anderen Stadttypen und Regionen nimmt sie weiterhin zu.

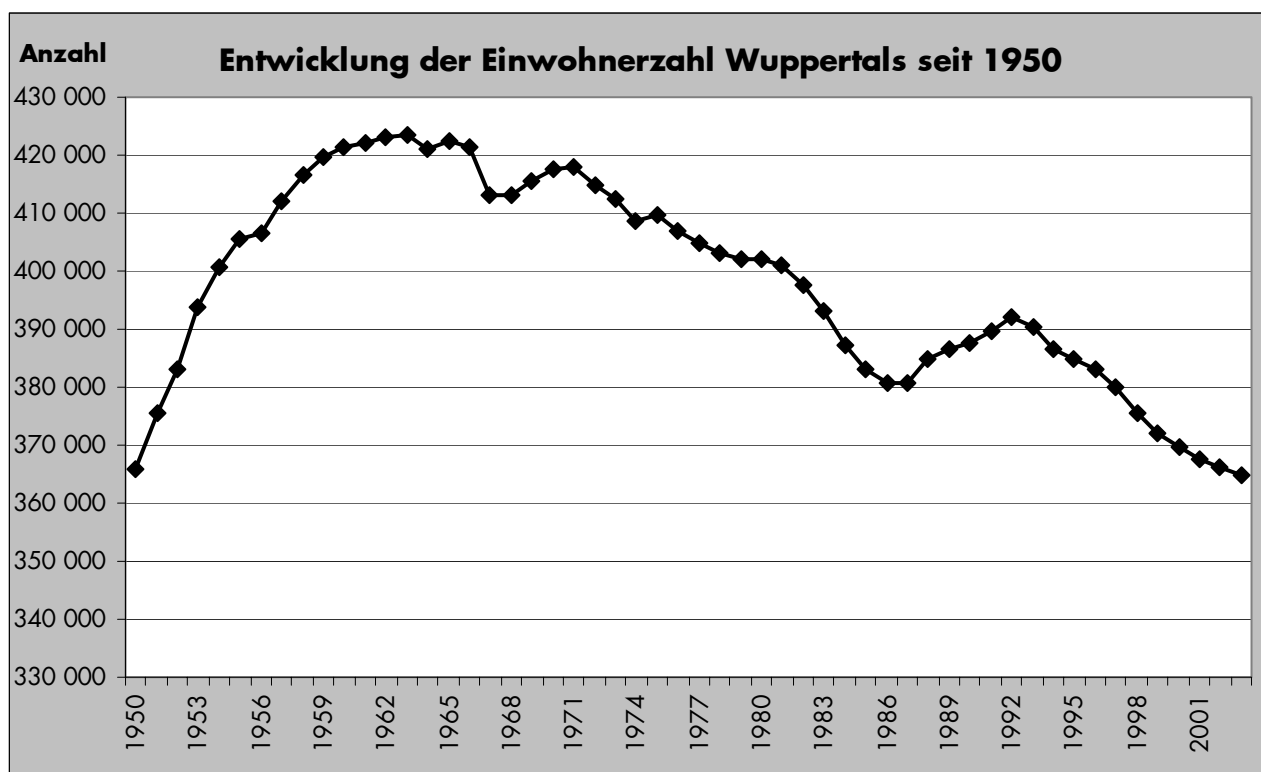
Die für die natürliche Bevölkerungsentwicklung maßgeblichen Bestimmungsfaktoren, also die Geburten und Sterbefälle, lassen sich relativ sicher prognostizieren, da sie sich nur allmählich verändern. Das derzeitige generative Verhalten der deutschen Bevölkerung wird im Generationenabstand zu signifikanten Bevölkerungsrückgängen und zu erheblichen Veränderungen im Altersaufbau führen.

Entwicklung in Wuppertal

Die Einwohnerzahl Wuppertals nimmt nach einem Maximum in den 1960er Jahren relativ kontinuierlich ab. Eine Ausnahme bildeten die Jahre nach der Öffnung des Eisernen Vorhangs.

Aktuelle Entwicklung

Die Bevölkerungsprognose sieht – trotz eines der Prognose zu Grunde gelegten abnehmenden Wanderungsverlustes – einen kontinuierlichen Rückgang auf 343.000 Einwohner im Jahr 2015 vor.



Einwohner nach Altersgruppen

Die Geburtenzahlen sinken, die Menschen werden älter. Dies führt zu einer deutlichen Alterung der Gesamtbevölkerung.

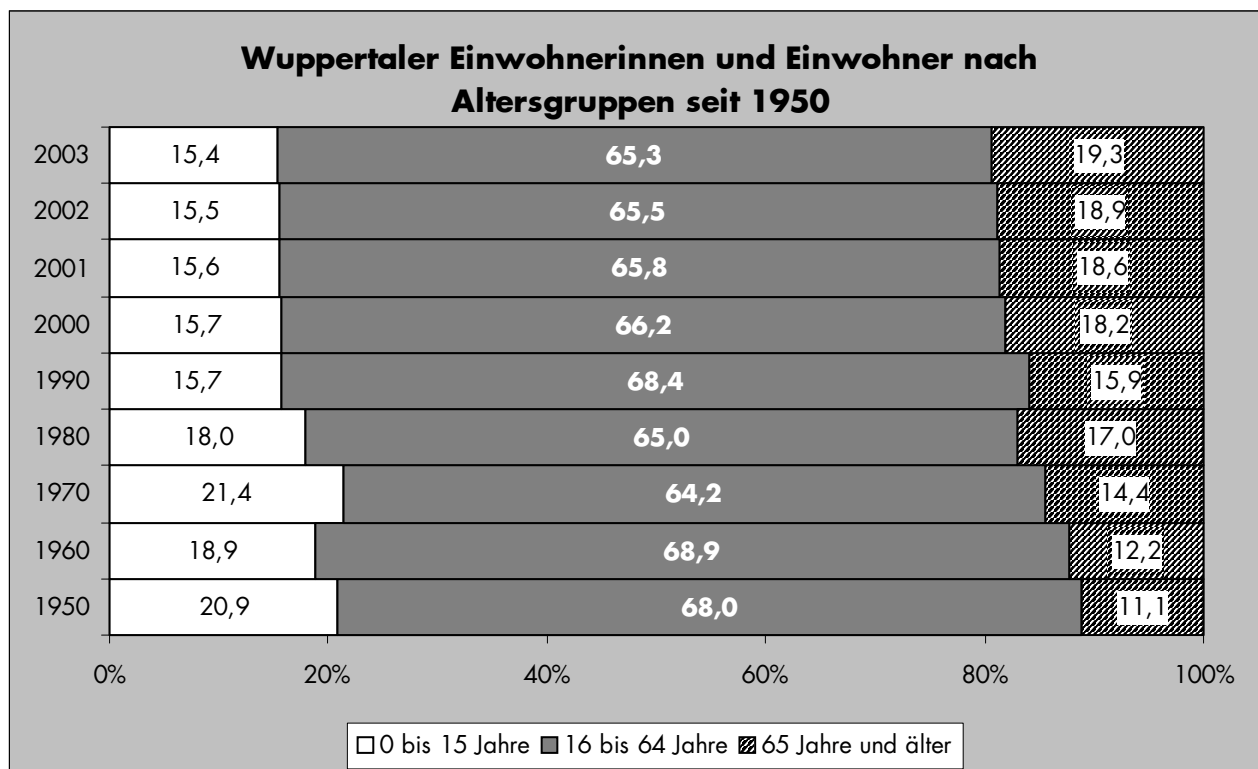
Der Umstand, dass die Lebenserwartung von Frauen mehrere Jahre über der der Männer liegt, führt zu einem überproportional hohen Frauenanteil in den höheren Altersjahren.

Datenlage. Quellen

Die auf der Einwohnerdatei der Stadt basierende Bevölkerungsstatistik erlaubt Auswertungen von Bestands- und Veränderungsdaten nach Alter und Geschlecht.

Allgemeine Entwicklung

Zwei historisch unvergleichliche Entwicklungen überlagern und verstärken sich. Die Lebenserwartung steigt auf „breiter Front“: Die Kindersterblichkeit nimmt ab, ebenso das Risiko, an einem Arbeits-, Verkehrs- oder häuslichen Unfall zu sterben. Die allgemeinen Lebensumstände und die Fortschritte der Medizin fördern die Gesundheit und die Heilungschancen bei Erkrankungen. Gleichzeitig nimmt die Zahl der Geburten in Relation zur Elterngeneration (statistisch genauer: der gebärfähigen Frauen) drastisch ab. Mit den aktuellen Daten für Wuppertal kann man dies vereinfacht so ausdrücken: 10 Eltern haben nur noch 7 Kinder und nur noch 5 Enkelkinder. Oder noch einfacher: Die Bevölkerungszahl halbiert sich innerhalb von zwei Generationen.



Nichtdeutsche Einwohner

Seit den 1960er Jahren sind viele Menschen in die Bundesrepublik Deutschland zugewandert, zunächst als Gastarbeiter. Die Diskussion über Zahl, Motiv und Herkunft sowie den rechtlichen und sozialen Status dieser Bevölkerungsgruppe wird auf nationaler Ebene intensiv geführt. Die Diskussion hatte unter anderem zum Ergebnis, dass das Staatsbürgerschaftsrecht geändert wurde und sich die früher scheinbar klare Trennung nach der Staatsangehörigkeit verwischt.

Auf kommunaler Ebene ist zunächst festzustellen, dass die Wuppertaler Einwohnerzahl ohne Ausländer zum Jahresende 2003 bei knapp 316.000 lag. Der Stadt obliegt als Folge der Zuwanderung die Aufgabe der Integration der Zuwandernden. Dafür sprechen vor allem die wirtschaftlichen Folgen bzw. Risiken der Nichtintegration: Die dauerhafte Segregation nichtintegrierter Bevölkerungsgruppen kann zu unlösbaren Problemballungen in gefährdeten Stadtteilen führen. In Frankreich und England gibt es dafür drastische Belege.

Schlecht ausgebildete und nicht integrierte junge Menschen stehen dem Arbeitsmarkt und damit der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung nicht oder unzureichend zur Verfügung.

Datenlage. Quellen

Die Wuppertaler Daten entstammen dem Einwohnerregister, die Vergleichszahlen der amtlichen Statistik bzw. dem Statistischen Jahrbuch Deutscher Gemeinden.

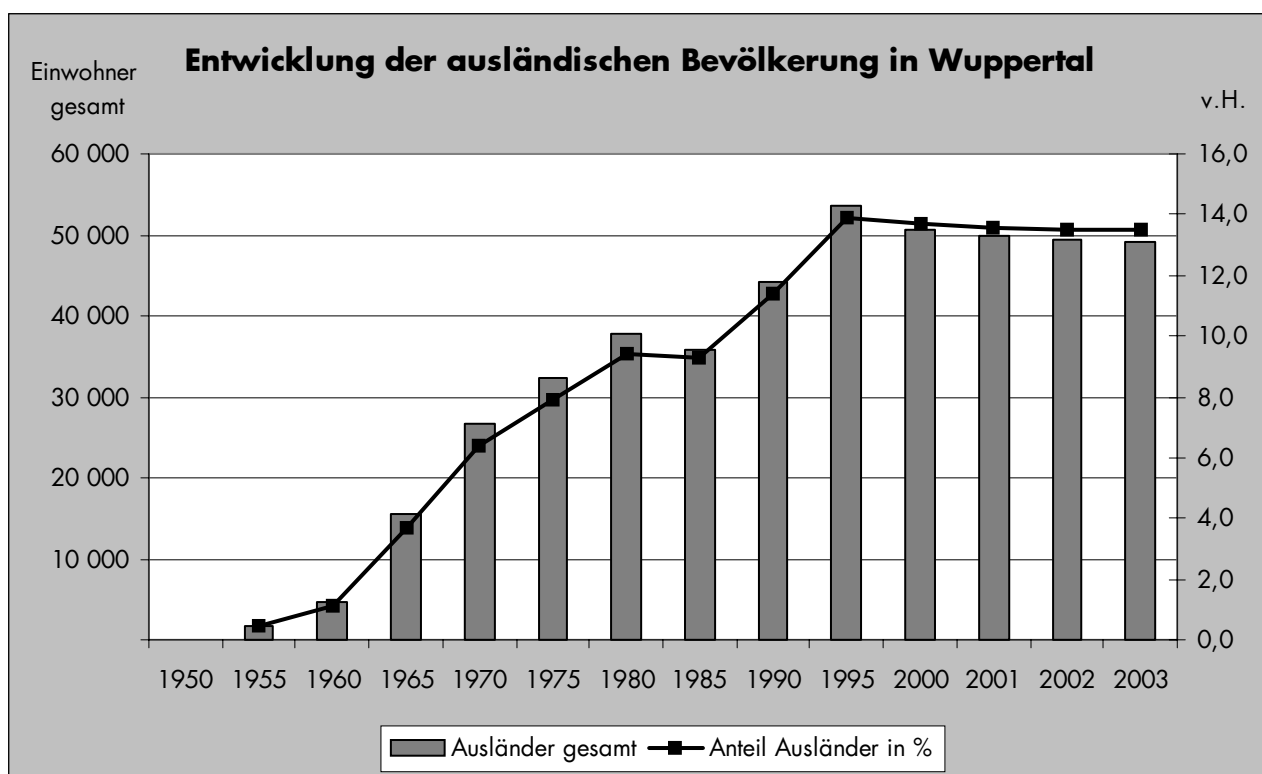
Das geänderte Staatsangehörigkeitsrecht wirkt sich auch auf die Zahl der Neugeborenen mit nichtdeutscher Staatsangehörigkeit aus: Ihre Zahl ist in Wuppertal von 1999 bis 2003 um knapp 60 Prozent zurückgegangen.

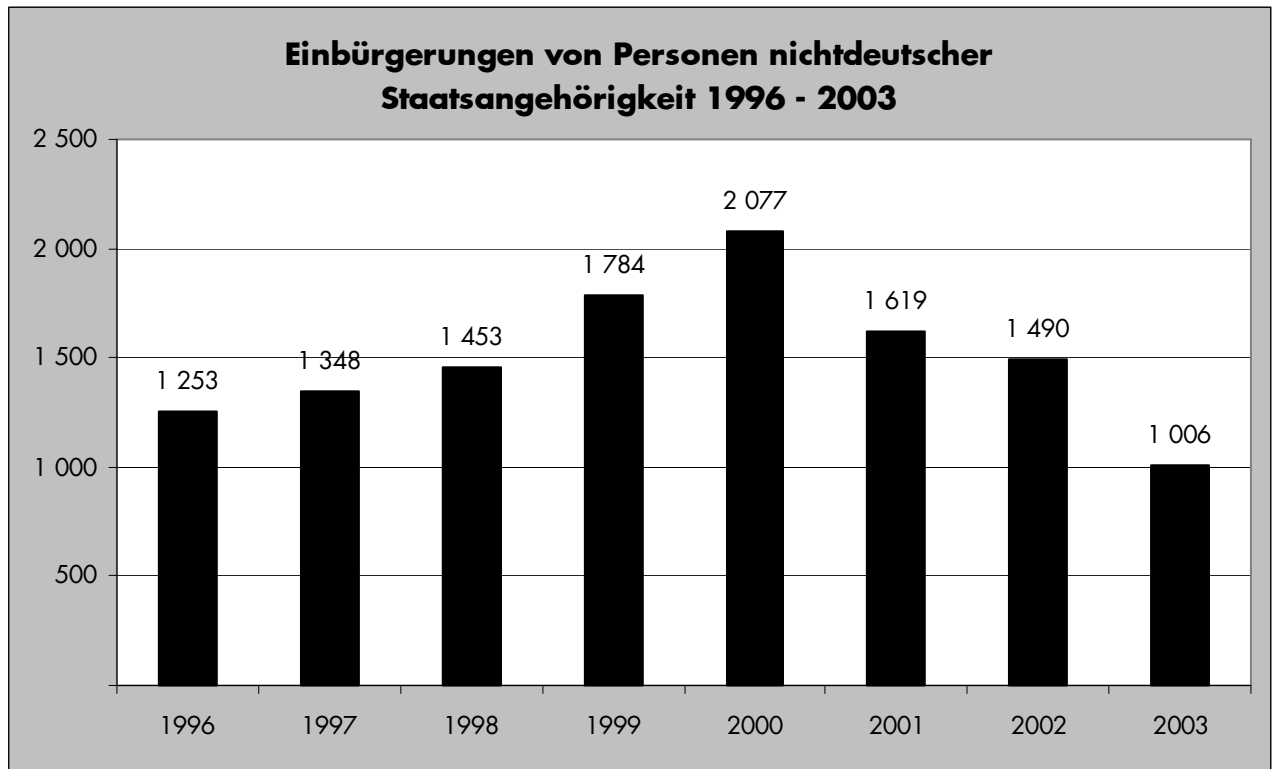
Allgemeine Entwicklung

Grundlage für die Steuerung des Zuzugs von Ausländern in die Bundesrepublik bildet das neue Zuwanderungsgesetz, das am 01. Januar 2005 in Kraft tritt.

Entwicklung in Wuppertal

1970 gab es bereits 22.000 nichtdeutsche Einwohner. Das entsprach einem Bevölkerungsanteil von 5,4 v.H. Am Ende des Jahres 2003 waren es 49.000 oder 13,5 v.H. Berücksichtigt man die Staatsangehörigkeitsänderungen der vergangenen 10 Jahre, so kommen rund 61.000 der hier Lebenden aus anderen Ländern.





Wertschöpfung

Die Wertschöpfung in der Stadt, also die Summe der in der Stadt produzierten, in marktgängige Produkte und Dienstleistungen mündenden Tätigkeiten, wird anhand zweier Indikatoren gemessen,

- der Bruttowertschöpfung je Einwohner
- der Industrieproduktion je Einwohner.

Datenlage. Quellen

Die Bruttowertschöpfung in den kreisfreien Städten und Kreisen wird von den Statistischen Landesämtern mit mehrjähriger zeitlicher Verzögerung errechnet bzw. anhand von Rechengrößen aus der Bruttowertschöpfung für das gesamte Land disaggregiert.

Die Industrieproduktion wird zeitnah aus den Meldungen der Industrieberichterstattung ermittelt, zu der alle Industriebetriebe mit mehr als 20 Beschäftigten verpflichtet sind. Bei abnehmender Bedeutung des industriellen Sektors für die gesamte Wertschöpfung bzw. bei einem sich vollziehenden Strukturwandel hin zu einem höheren Dienstleistungsanteil sinkt der Aussagewert der Industrieberichterstattung.

Da lange Jahre die D-Mark Grundlage aller ökonomischen Darstellungen war, musste die historische Datenbasis nachträglich auf EUR umgerechnet werden.

Generelle Entwicklung der Indikatoren

Verbunden mit dem Wachstum der Volkswirtschaft bzw. dem Produktivitätsfortschritt im Einzelnen steigt sowohl die Bruttowertschöpfung als auch der Wert der erzeugten Industrieprodukte ständig. Relativiert wird dieser Anstieg durch Berücksichtigung der Preisinflation und im Vergleich zu anderen, wachstumsstärkeren Regionen.

Die „Gewichtung“ je Einwohner bezieht beide Größen auf die Stadt als Ganzes. Sie eliminiert sowohl den Pendlersaldo, also von wem die Wertschöpfung erwirtschaftet wird, als auch die Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung, die wiederum stark von deren Altersstruktur abhängt.

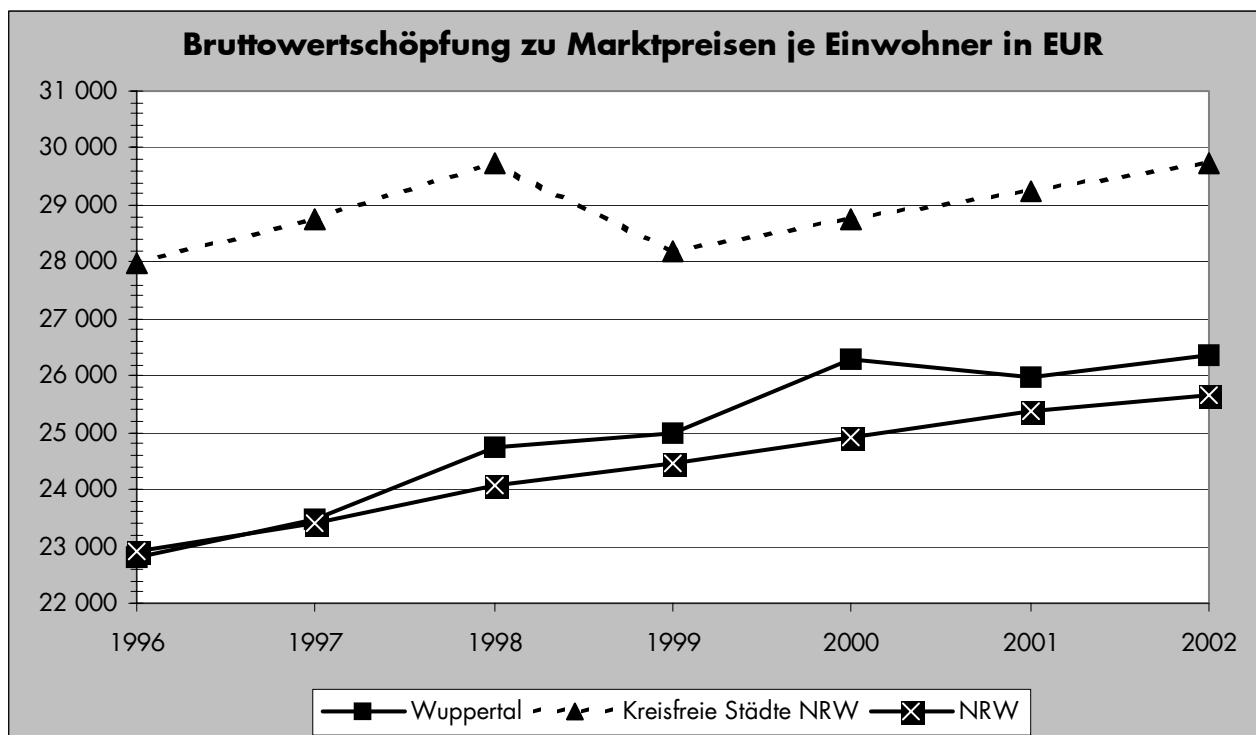
Entwicklung in Wuppertal

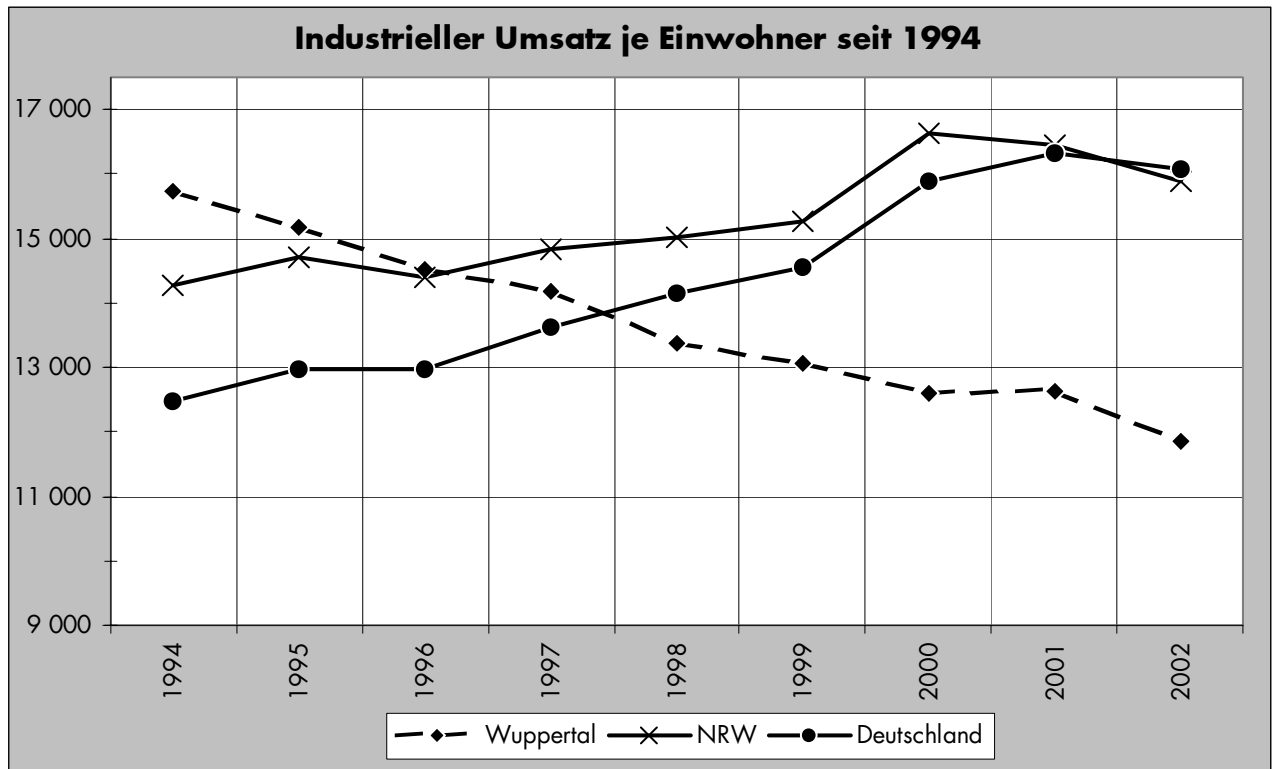
Mit 26.366 EUR/Einwohner lag 2002 die Bruttowertschöpfung in Wuppertal über dem Landesdurchschnitt (25.671 EUR/Einwohner). Sowohl bei der Bruttowertschöpfung wie bei der Industrieproduktion liegt Wuppertal hinter den kreisfreien Städten in NRW.

Lag die Bruttowertschöpfung je Einwohner in Wuppertal 1996 noch bei 82 v.H. des Wertes aller kreisfreien Städte NRWs, so stieg dieser Vergleichswert bis zum Jahr 2002 auf 86 v.H.

Während die Industrieumsätze je Einwohner 1994 noch 10 v.H. über dem Landesschnitt und 26 v.H. über dem Bundesdurchschnitt lagen, sanken sie bis zum Jahr 2003 auf 72 v.H. des Landesdurchschnitts und auch auf 70 v.H. des Bundesdurchschnitts.

Seit 1992 sinken die Industrieumsätze je Einwohner in Wuppertal. Damit sinkt auch der Anteil der industriellen an der Gesamtwertschöpfung auf weniger als die Hälfte.





Arbeitsplatzstruktur

Daten über die Wirtschaftsstruktur sollten Aufschluss über die Zusammensetzung der Wirtschaft nach Betriebsgröße, Branche, Rechtsform (Filiale u.ä.), aber auch den Anteil von Forschung und Entwicklung, von „zukunftsfähigen“ und „alten“ Bereichen geben. Da keine ausreichend detaillierten und aktuellen Daten über die Wertschöpfung in diesen Kategorien vorliegen, kann nur die Arbeitsplatzentwicklung herangezogen werden. Und für diese kann neben den absoluten Zahlen nur die Verteilung auf die Wirtschaftssektoren bzw. -abteilungen analysiert werden.

Datenlage. Quellen

Während für die Vergangenheit tiefgreifende Querschnitterhebungen in Form von Volks-, Berufs- und Arbeitsstättenzählungen vorliegen, beschränken sich aktuelle Daten (nach 1987) auf die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Gleichzeitig ist die Aussagekraft deswegen eingeschränkt, weil der Verteilung der Arbeitsplätze auf die klassischen Wirtschaftssektoren nichts über deren Wertschöpfung, deren Qualifikation oder deren Zukunftsfähigkeit aussagt. So sind im inzwischen dominierenden tertiären Sektor sowohl traditionelle und personenbezogene als auch moderne und überörtlich wirksame Dienstleistungen zusammengefasst.

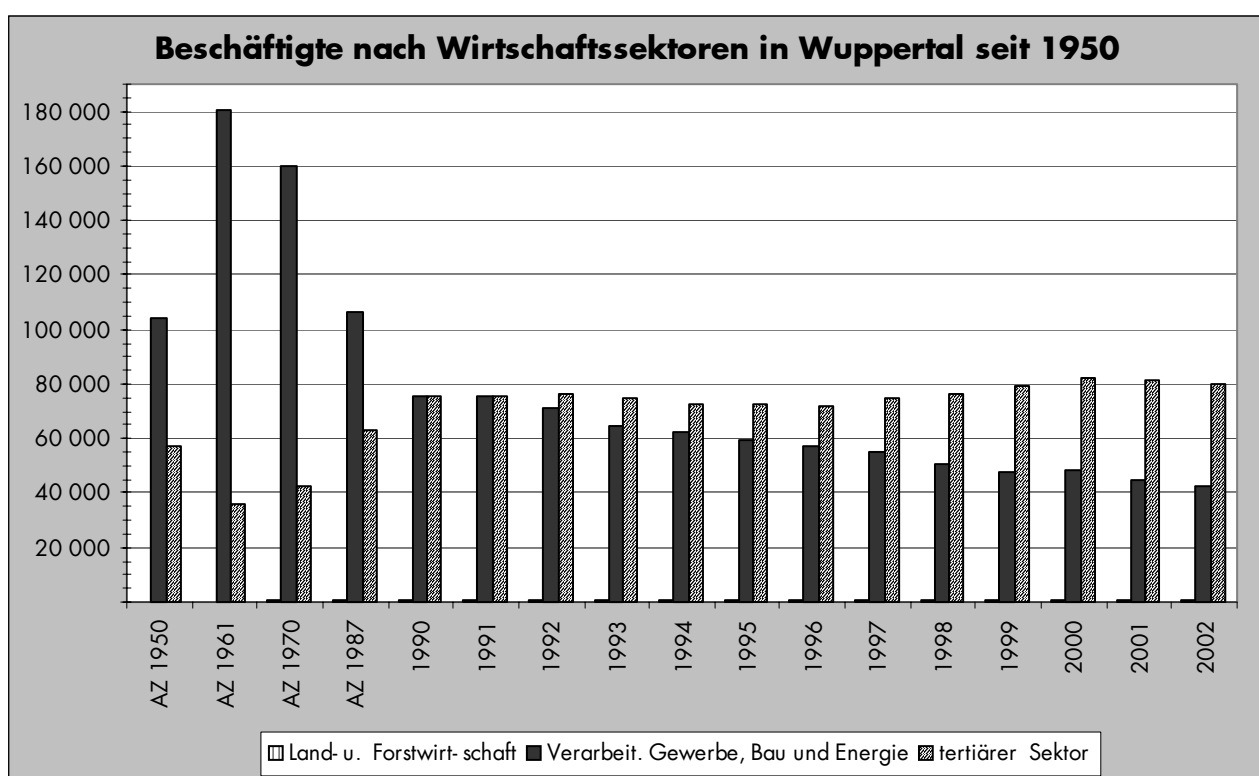
Allgemeine Entwicklung

Die Herstellung industrieller Massenprodukte verlagert sich in Länder mit niedrigen Arbeitslöhnen. Die hier hergestellten Produkte werden immer hochwertiger und erfordern einen wachsenden Dienstleistungsanteil (Forschung, Entwicklung, Marketing, Vertrieb usw.). Während bundesweit der Abbau industrieller Arbeitsplätze durch das Anwachsen des Dienstleistungssektors ausgeglichen wird, kommt es zu regionalen Ungleichgewichten. Alt-industrialisierte Städte hinken hinter den Dienstleistungsmetropolen und anderen günstigen Standortfaktoren der Dienstleistungsgesellschaft her.

Durch die gesunkene Versicherungspflichtgrenze wird inzwischen ein höherer Anteil der geringfügig Beschäftigten statistisch erfasst.

Entwicklung in Wuppertal

Der Strukturwandel trifft Wuppertal voll. Den über 180.000 Arbeitsplätzen im verarbeitenden Gewerbe zum Zeitpunkt der Volkszählung 1961 stehen weniger als 43.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in diesem Wirtschaftsbereich 2002 gegenüber. Im gleichen Zeitraum veränderte sich die Zahl der Tertiärbeschäftigten von 36.000 (Volkszählung 1961) auf 80.000 (sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 2002). Die Zahl der in der Landwirtschaft Tätigen ist mit rund 600 zahlenmäßig inzwischen fast unbedeutend.



Erwerbsquote

Mit Blick auf die wirtschaftliche Vitalität einer Stadt misst die Erwerbsquote den Anteil der Einwohner, die ihren Lebensunterhalt ganz oder teilweise durch eine bezahlte Erwerbstätigkeit decken können. Da auch Arbeitslose indirekt, nämlich über die Arbeitslosenversicherung, von ihrer Erwerbstätigkeit leben, addieren sich Erwerbstätige und Arbeitslose zu den Erwerbspersonen.

Die Erwerbsquote wird wesentlich durch die Altersstruktur der Bevölkerung bestimmt. In unserem Lande ist nicht nur Kinderarbeit verboten, sondern immer hochwertigere Bildungsabschlüsse führen zu einem immer späteren Zugang junger Menschen zum Arbeitsmarkt. Andererseits ist die Altersgrenze für das Ausscheiden aus dem Erwerbsleben gesetzlich fixiert, so dass bei einer älter werdenden Bevölkerung der Anteil der Nicht-mehr-Erwerbstätigen kontinuierlich ansteigt.

Ein Weiteres ist für Erwerbsquote kennzeichnend, nämlich die Verteilung der (bezahlten) Erwerbstätigkeit auf Frauen und Männer. Je traditioneller eine Gesellschaft organisiert ist, desto größer ist der Unterschied zwischen den geschlechtsspezifischen Erwerbsquoten.

Datenlage. Quellen

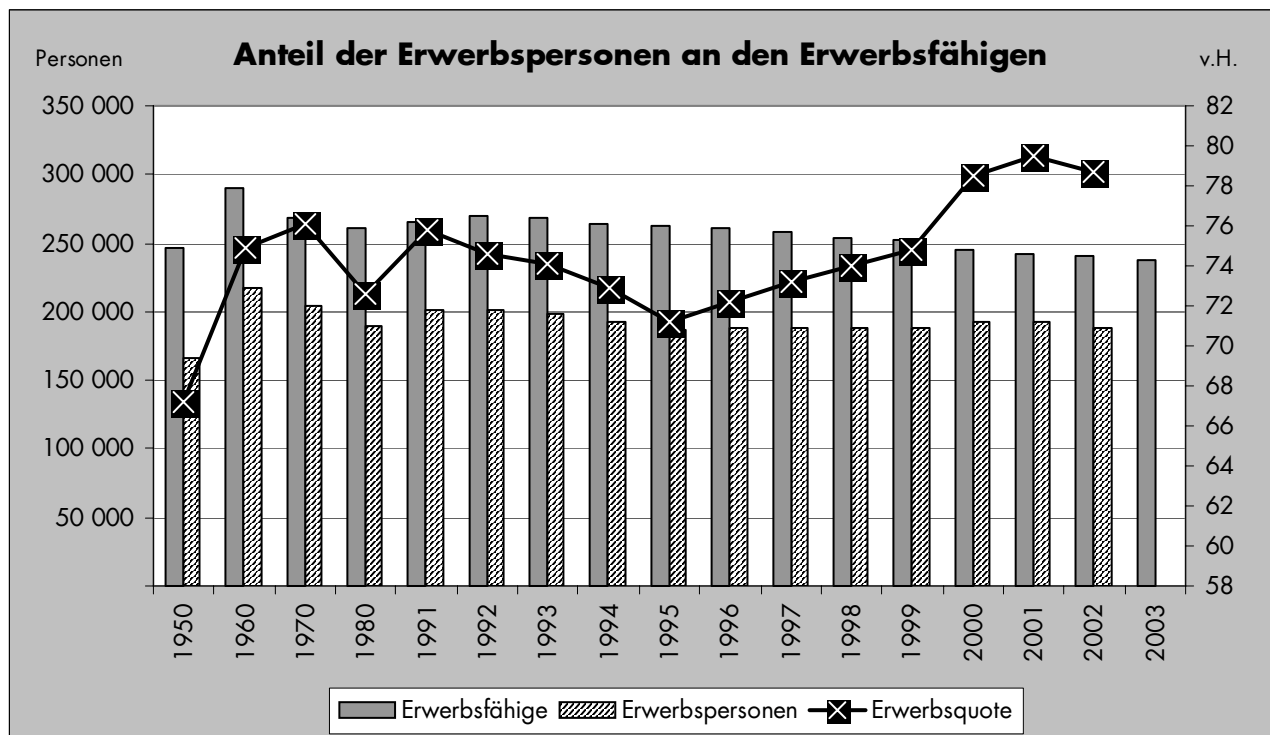
Die Grunddaten – Bevölkerung nach Alter und Geschlecht – sind aktuell der laufenden Bevölkerungsstatistik zu entnehmen. Sehr zeitnah ist auch die Arbeitslosenstatistik. Daten über die Erwerbstätigkeit der Bevölkerung entstammen den Volkszählungen, seit 1990 der Statistik der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

Die allgemeine Entwicklung

Aufgrund der verlängerten Ausbildungsdauer und der älter werden Bevölkerung sinkt der Anteil der Erwerbsfähigen. Das gesellschaftliche Ziel der Geschlechtergerechtigkeit führt zu einem allmählichen Angleichen von Männer- und Frauenerwerbstätigkeit.

Die Entwicklung in Wuppertal

Die Erwerbsquote stieg in den vergangenen Jahren von 71,2 v.H. (1995) auf 78,7 v.H. (2002).



Arbeitslose

Als arbeitslos gezählt werden diejenigen unter der erwerbsfähigen Bevölkerung, die sich bei der Arbeitsverwaltung als arbeitslos melden. Personen oder Bevölkerungsgruppen, die sich aus individuellen oder gesellschaftlichen Gründen nicht melden, werden oft als „stille Arbeitskräftereserve“ bezeichnet. Die als arbeitslos gemeldet sind nicht automatisch Leistungsempfänger der Arbeitslosenversicherung, so dass darunter auch solche sind, die von der Unterstützung durch Familienangehörige und von Sozialhilfe leben.

Datenlage. Quellen

Datenquelle ist das monatlich aktualisierte Register der Bundesagentur für Arbeit, das nicht nur für den Arbeitsamtsbezirk Wuppertal, sondern auch für das Wuppertaler Stadtgebiet Daten ermittelt. Die Arbeitslosenquote ist das Verhältnis der Arbeitslosen zur Summe aus Erwerbstätigen und Arbeitslosen.

Allgemeine Entwicklung

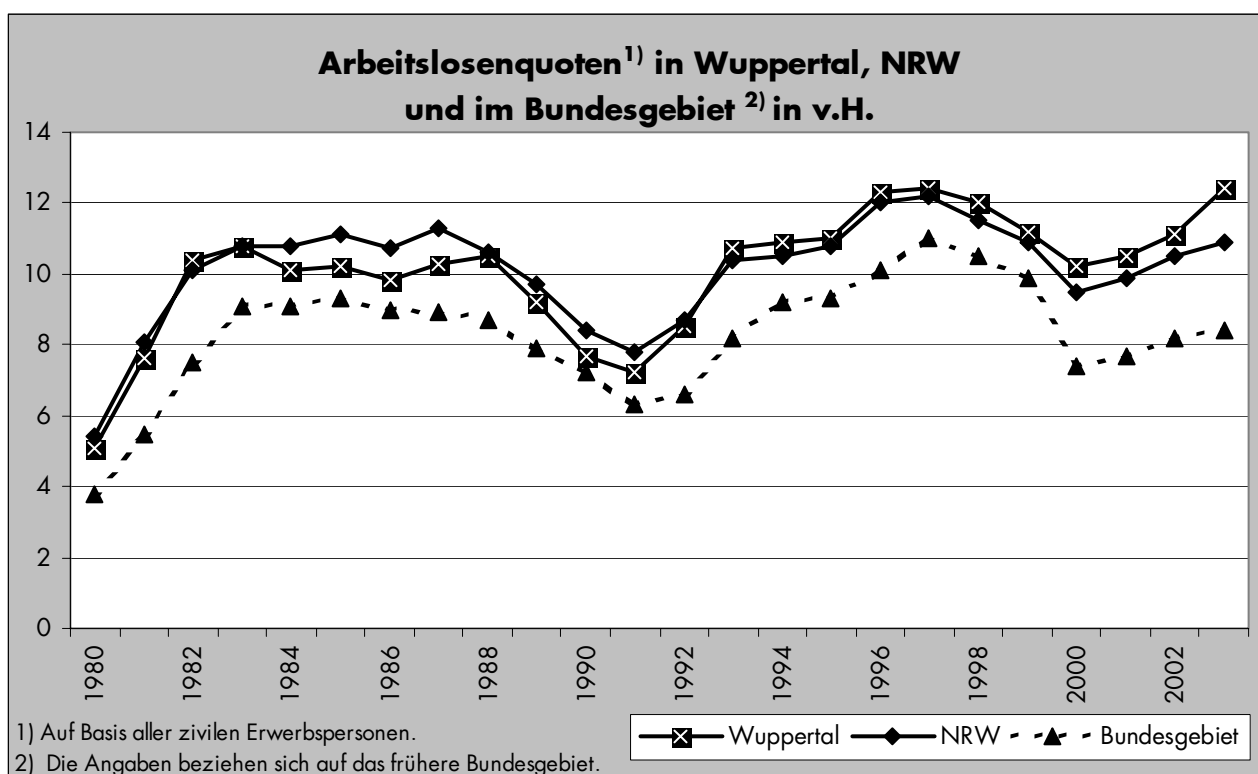
Seit der Vollbeschäftigung in den 1960er Jahren ist die Arbeitslosigkeit im Verlauf der Konjunkturabschwächungen immer wieder angestiegen. Dies zeigt auch die Langzeitentwicklung seit 1950 für Wuppertal.

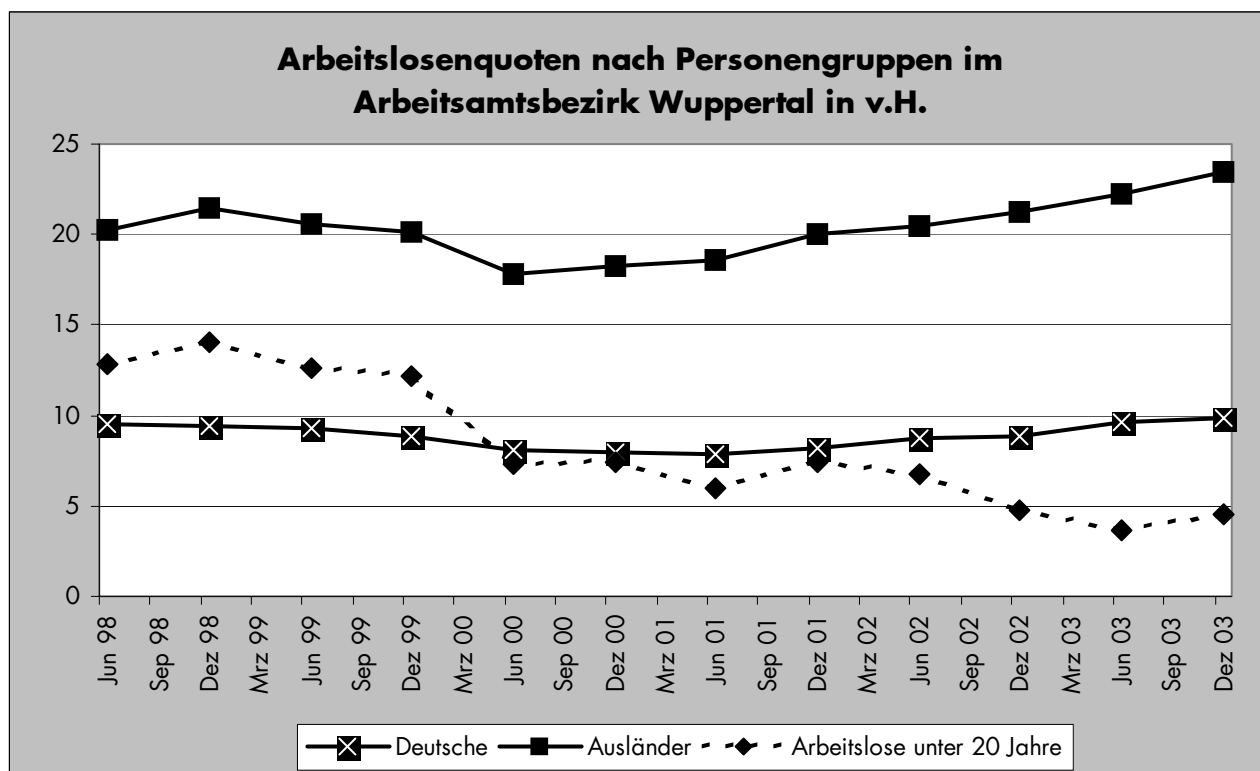
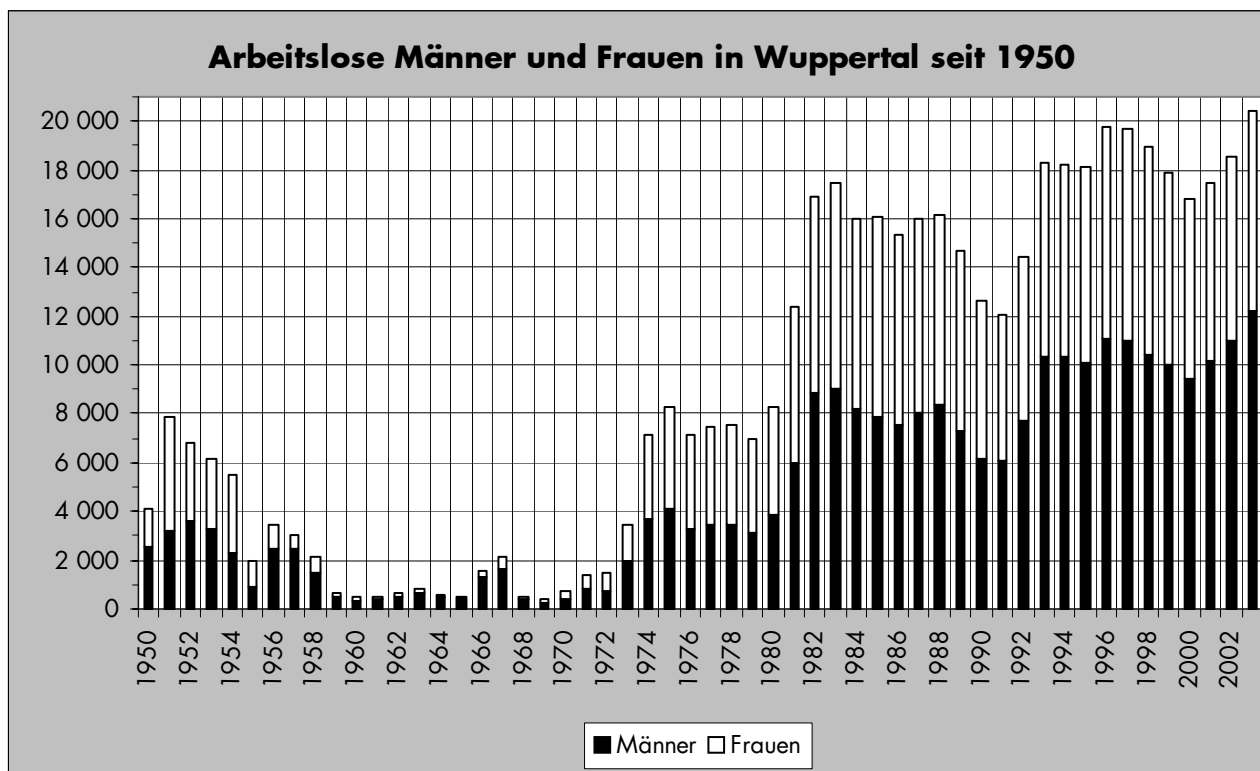
Aktuelle Entwicklung

Politisches Ziel aller Parteien ist die deutliche Senkung der Arbeitslosenzahlen. In welchem Umfang dies durch bessere Vermittlungsmethoden oder durch konjunkturelles Wachstum erreichbar ist, steht im Mittelpunkt der politischen Diskussion. Dahinter steht die Frage zurück, wie bei anhaltender Rationalisierung der Arbeit und angesichts des globalen Lohngefälles höhere Beschäftigtenzahlen und höhere Erwerbsquoten erreichbar sind.

Entwicklung in Wuppertal

Seit den 1990er Jahren liegt die Wuppertaler Arbeitslosenquote über der des Landes NRW. Das Arbeitslosigkeitsrisiko von Ausländern ist deutlich höher als das der deutschen Bevölkerung. Erfreulich ist die sinkende Quote bei den unter 20jährigen.

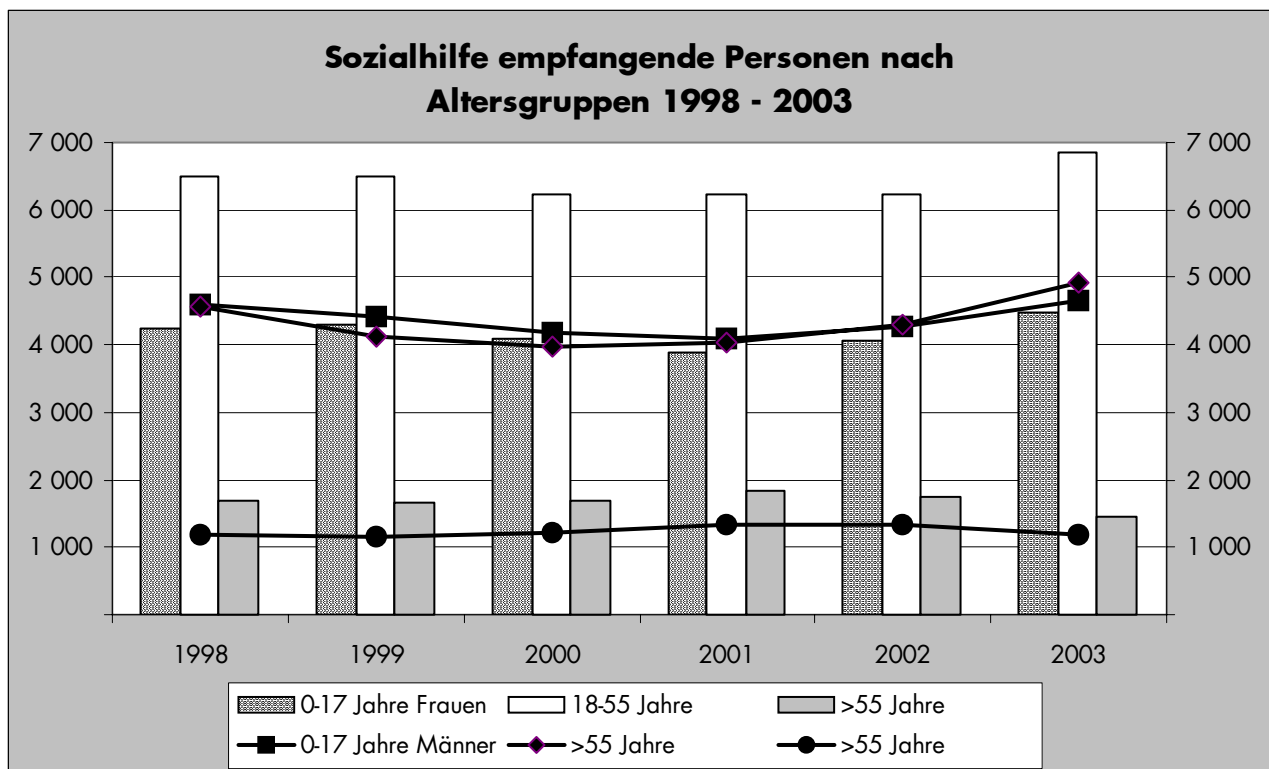
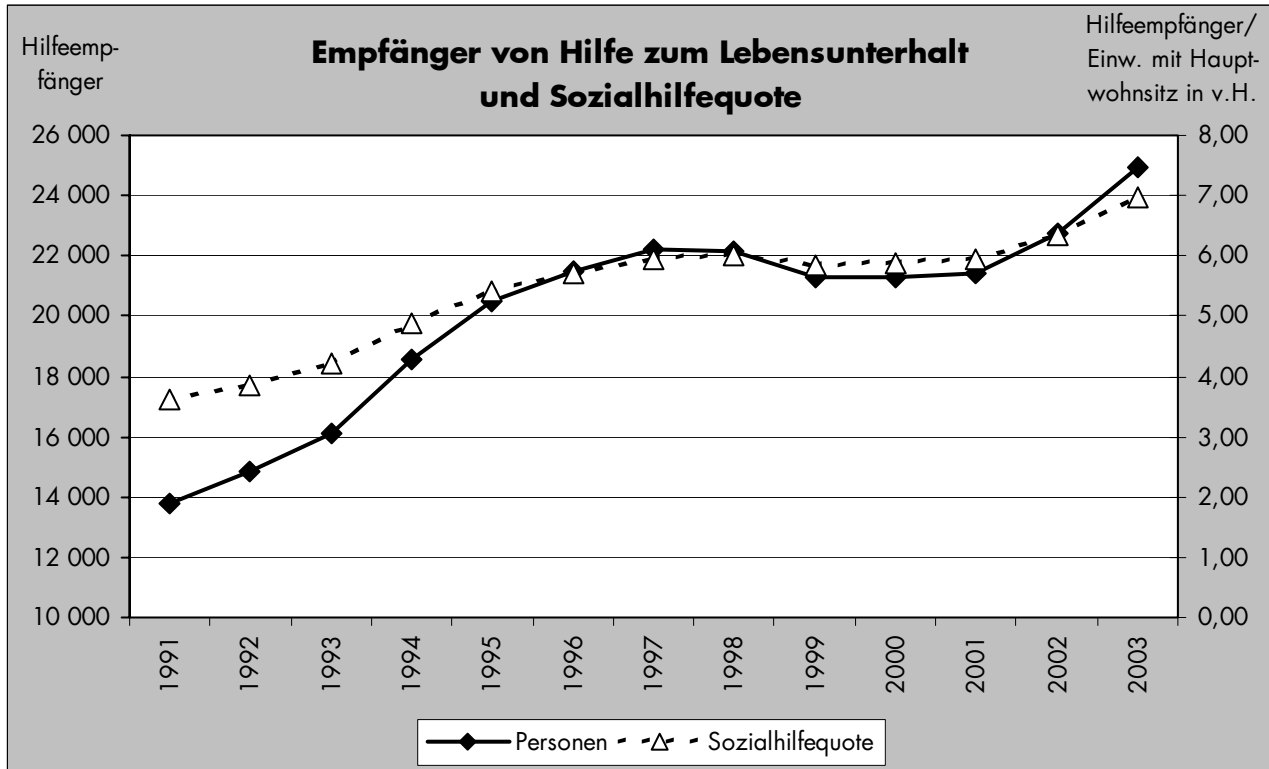




Empfänger von Sozialhilfe

Wie es sich auch in dem steigenden Anteil der Sozialhilfeausgaben am städtischen Haushalt ausdrückt, steigt die Zahl der Sozialhilfeempfänger in den letzten Jahren an. Während 1991 3,6 v.H. der Einwohner Wuppertals Sozialhilfe erhielten, waren es 2003 fast 7 v.H.

Auffallend ist der deutlich höhere Anteil der Frauen sowohl bei den 18-55 jährigen wie bei den älteren Sozialhilfeempfängern, während diese Geschlechterdifferenzierung bei den unter 17jährigen noch nicht gegeben ist.



Einnahmen der Stadt aus Steuern

Die Einnahmen des Stadthaushaltes kommen aus unterschiedlichen Quellen. Betrachtet wird der Anteil der Steuern (Realsteuern, Gemeindeanteil an der Einkommensteuer sowie andere Steuern und steuerähnliche Einnahmen) als der aus der Wirtschaftskraft der Stadt entspringende Einnahmeanteil.

Datenlage. Quellen

Die Wuppertaler Daten entstammen der durch Gesetz vorgeschriebenen Jahresrechnung der Stadtfinanzen. Daten des Städtevergleiches können dem Gemeindefinanzbericht des Städtetages oder dem Statistischen Jahrbuch Deutscher Gemeinden entnommen werden.

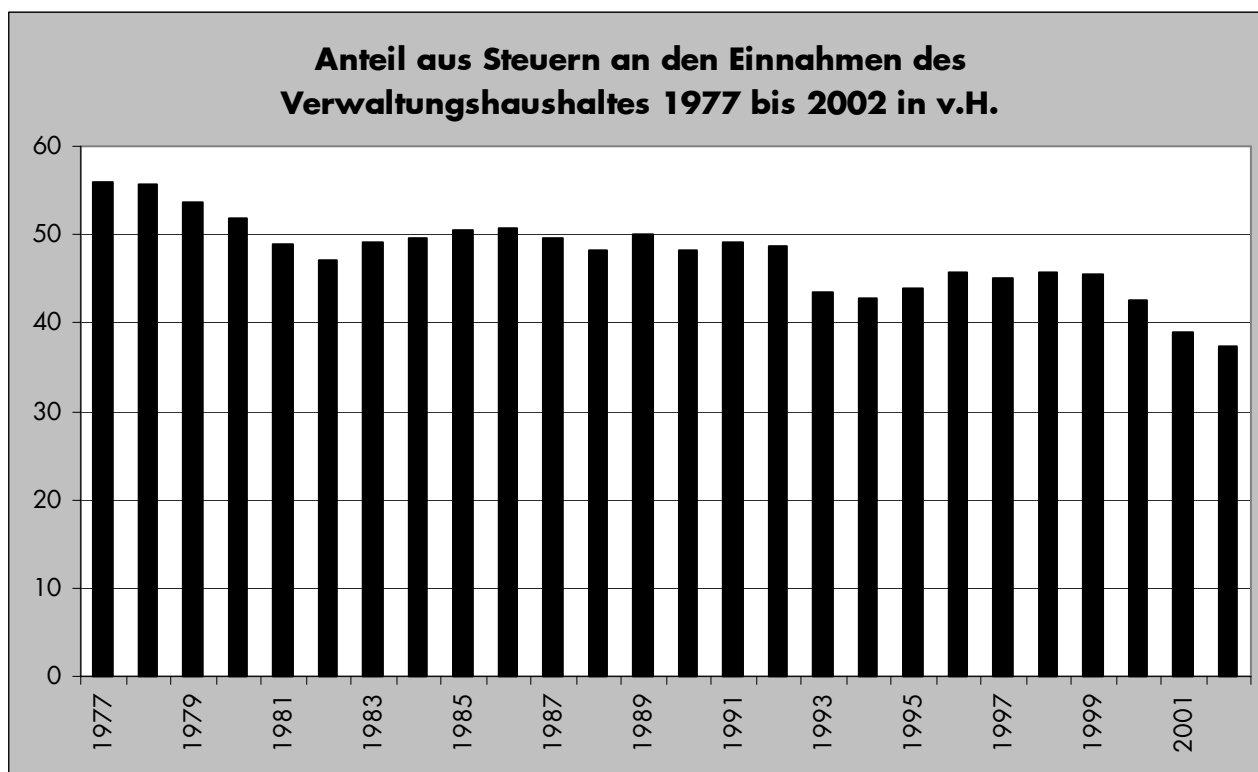
Allgemeine Entwicklung

Mit dem wachsenden Wohlstand wächst normalerweise auch das Steueraufkommen. Konjunkturelle Einbrüche und Reformen der Steuergesetzgebung können zu Rückgängen bzw. zu Verschiebungen in den Steuerarten führen. Die Städte beklagen seit langem einen zu geringen Anteil am Steueraufkommen. Die neuerliche Steuerreform hat vorübergehend zu deutlichen Einbrüchen insbesondere beim Gewerbesteueraufkommen geführt.

Entwicklung in Wuppertal

Der Anteil der Einnahmen aus Steuern am Verwaltungshaushalt der Stadt Wuppertal ist von 56 v.H. (1977) auf 37,4 v.H. (2002) gefallen.

Auffallend ist der deutliche Rückgang seit 1999. Hauptursache ist der Ausfall von Gewerbesteuereinnahmen.



Ausgaben für Investitionen

Der Anteil des Vermögenshaushaltes am Gesamthaushalt (Ausgaben des Verwaltungs- und des Vermögenshaushaltes zusammen) gibt einen Eindruck davon, in welchem Verhältnis investive, der Zukunftsfähigkeit der Stadt dienende zu konsumtiven Ausgaben stehen. Man sagt, wer nicht in die Zukunft investiert, habe auch keine. Eine vergleichbare Zahl gibt es auch für die volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, nämlich den Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt. Dieser Anteilswert hat Eingang in die 21 Nachhaltigkeitsindikatoren der Bundesregierung gefunden.

Datenlage. Quellen

Datenquelle der Wuppertaler Daten ist die Ergebnisrechnung des Stadthaushaltes.

Allgemeine Entwicklung

Daten aus Vergleichsstädten konnten aus arbeitstechnischen Gründen nicht dargestellt werden.

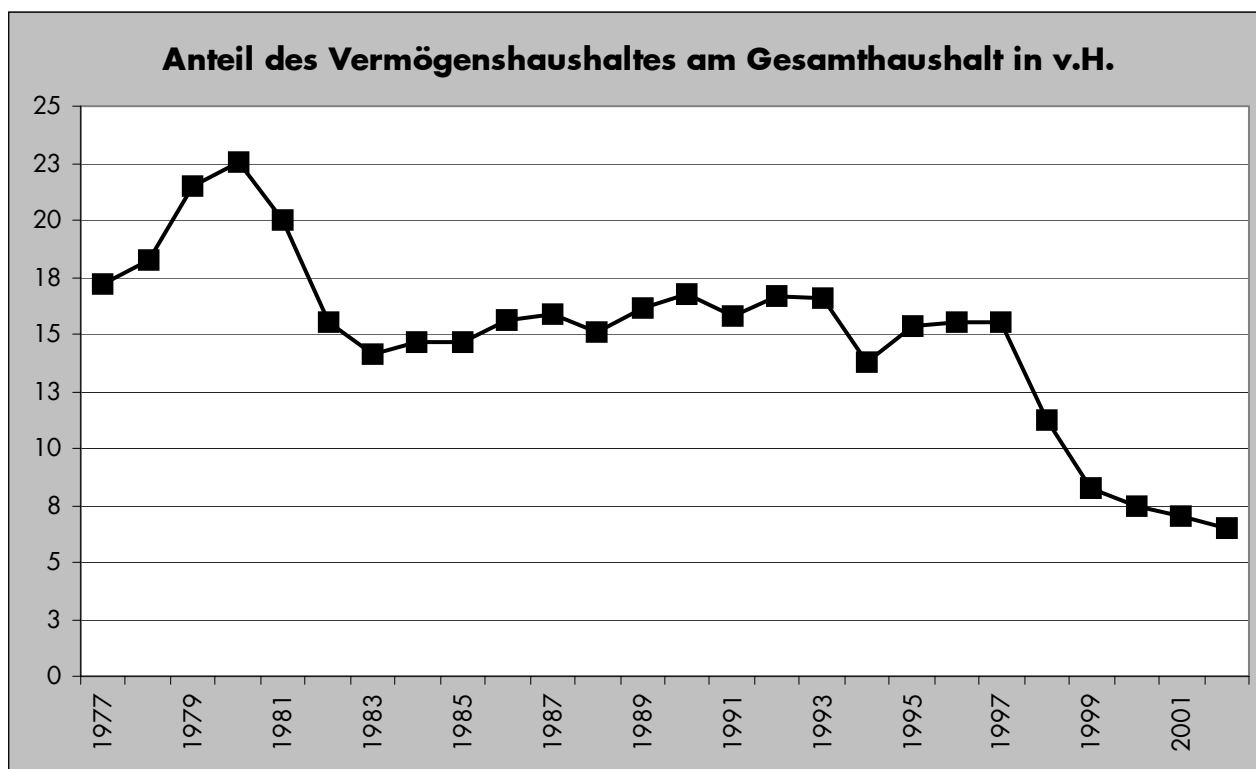
Entwicklung in Wuppertal

Der Anteil ist von einem Spitzenwert von 23 v.H. Ende der 1970er Jahre zunächst auf rund 15 v.H. in den 1980er und 1990er Jahren gesunken. Seit 1997 sackte er dann auf 6,5 v.H. (2002) ab.

Der Rückgang der Investitionsanteils im Stadthaushalt ist besorgniserregend. Da der Bestand an baulichen Anlagen sowohl im Hochbau- wie im Tiefbaubereich wächst, müsste in jedem Fall der Umfang der Instandhaltungs- und Erneuerungsinvestitionen wachsen. Zukunftsgestaltung verlangt vor allem eine Anpassung der Infrastruktur durch Neu- und Umbau sowie bauliche Sanierung.

Aktuelle Entwicklung

Die mittelfristige Finanzplanung der Stadt sieht einen weiteren Rückgang des Investitionsanteils am Gesamthaushalt (2006: 5,3 v.H.) vor. Der Bestand an baulichen Anlagen kann damit weder gesichert noch modernisiert werden.



Ausgaben für Sozialhilfe

Der Anteil der Ausgaben für Sozial- und Jugendhilfe, für Flüchtlinge und für Grundsicherung gibt einen Hinweis darauf, in welchem Umfang der städtische Haushalt dadurch belastet ist, dass viele Menschen über kein ausreichendes eigenes Einkommen verfügen. Diese Notlagen auszugleichen ist eine Pflichtaufgabe der Städte und Gemeinden.

Datenlage. Quellen

Die Daten entstammen den Jahresberichten zum städtischen Haushalt bzw. der Finanzplanung. Die Vergleichsdaten können aus dem Gemeindefinanzbericht bzw. dem Statistischen Jahrbuch Deutscher Gemeinden entnommen werden. Sie setzen sich rechnerisch aus der Zahl der Empfänger und den gewährten Leistungen an diese Empfänger zusammen. Die Zahl der Sozialhilfeempfänger gehört in diesem Bericht zu den Informationen über soziale Sachverhalte.

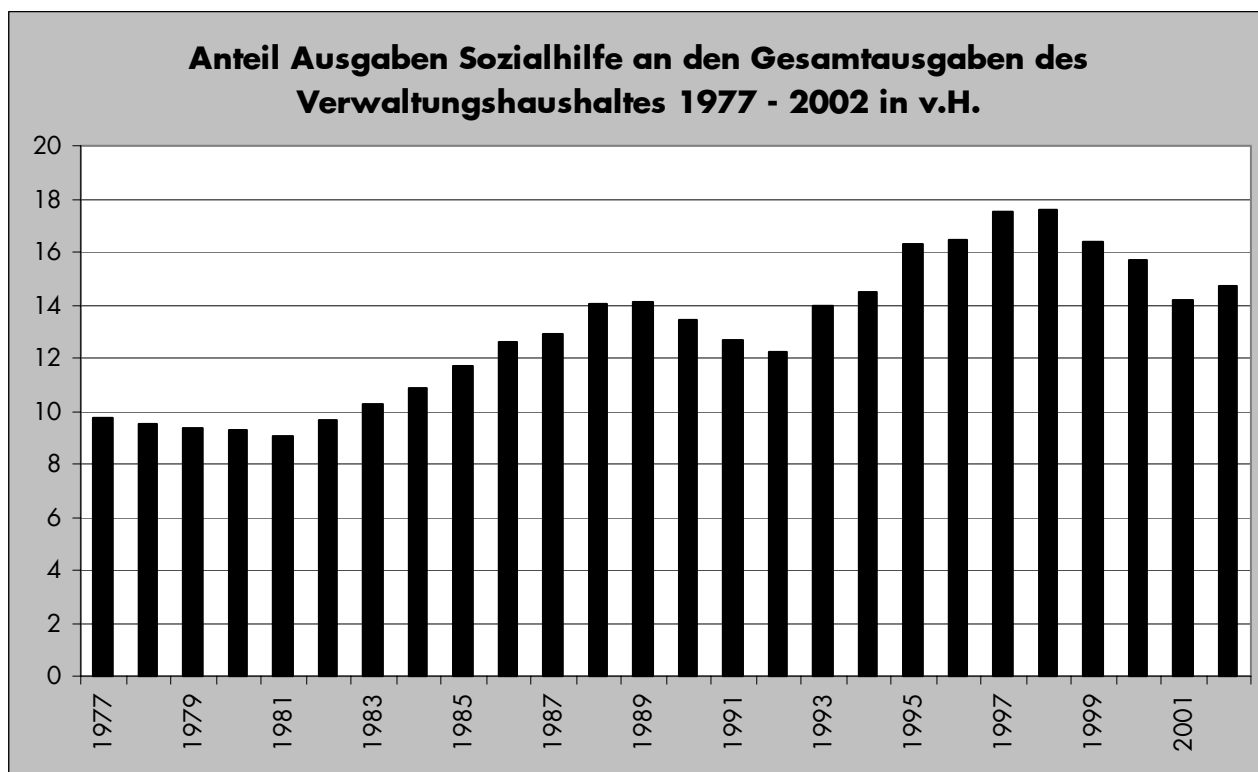
Allgemeine Entwicklung

Die Nettoausgaben nach dem Sozialhilfegesetz sind in Deutschland von 30,3 (1991) auf 40,8 Mrd. DM (2000) angestiegen. Pro Einwohner umgerechnet waren das in 531 DM für Westdeutschland und 590 DM für Nordrhein-Westfalen. Spitzenwerte unter den Bundesländern erreichen die Stadtstaaten mit über 1.000 DM/Einwohner.

Entwicklung in Wuppertal

Die Ausgaben für Leistungen der Sozialhilfe und ähnliche Zwecke sind von 73,7 Mio. DM (1977) auf 275,4 Mio. DM (2001) gestiegen. Bezogen auf die Gesamtausgaben des Verwaltungshaushaltes stieg der Anteil von 9,7 v.H. in 1977 auf 14,7 v.H. in 2002.

Bezogen auf die Einwohnerzahl errechnet sich für Wuppertal und die (umfassenderen) Sozialhilfeausgaben des kommunalen Haushalts in 2000 ein Wert von 780 DM je Einwohner.



Verschuldung

Die Gesamtschulden des Stadthaushaltes, gemessen in EUR je Einwohner, geben einen Hinweis auf die finanziellen Verpflichtungen zu Lasten zukünftiger Haushaltspläne und Generationen.

Die Verschuldung bzw. die Nettokreditaufnahme zu begrenzen, wird inzwischen durch Gesetz geregelt. Dabei geht es nicht nur um die finanzielle Leistungsfähigkeit bzw. Belastbarkeit des Stadthaushalts, sondern auch um den Beitrag der Länder, Städte und Gemeinden zur Gesamtverschuldung der öffentlichen Hände, die durch die sogenannten Maastricht-Kriterien der EU limitiert ist.

Datenlage. Quellen

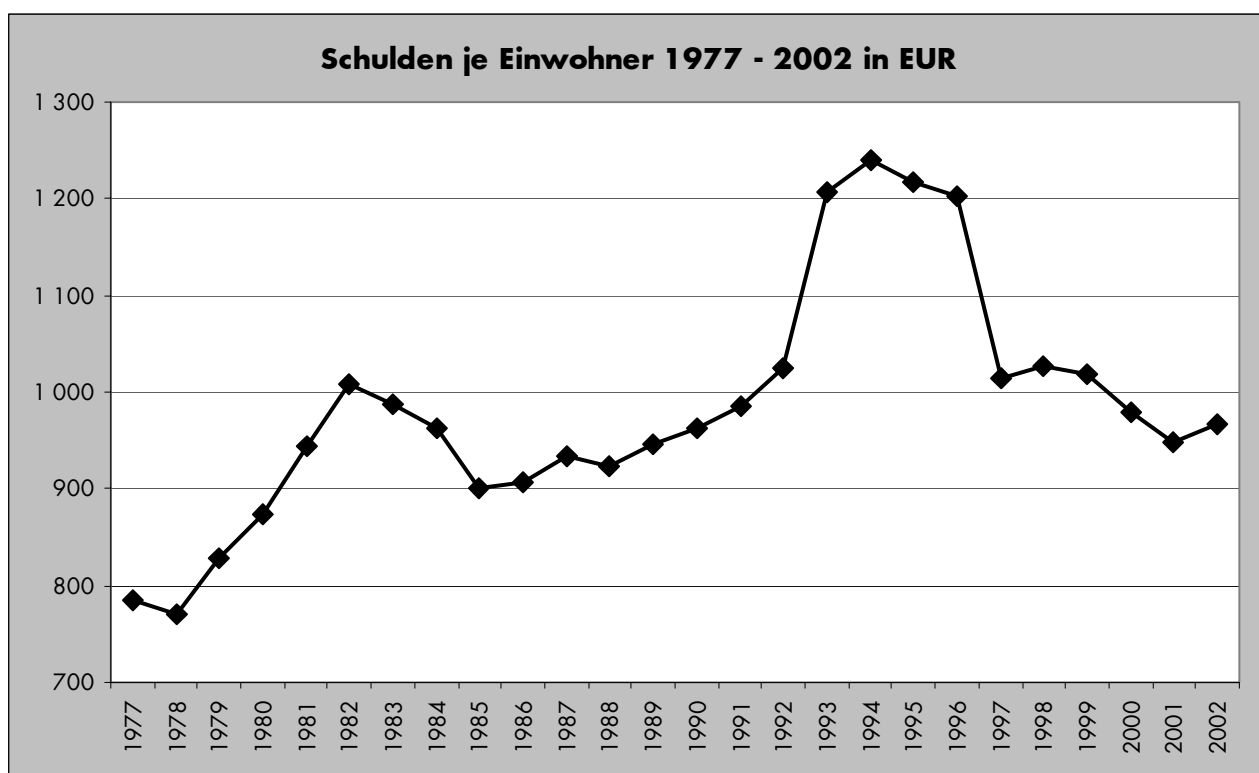
Die Daten entstammen der Finanzberichterstattung auf den unterschiedlichen staatlichen Ebenen.

Allgemeine Entwicklung

Die für die gemeindliche Finanzwirtschaft geltenden gesetzlichen Restriktionen haben dazu geführt, dass eine Nettoneuverschuldung ausgeschlossen ist. Diese Restriktion gilt nicht in der gleichen Schärfe für den Bund und die Länder. In welchem Maße Altschulden angehäuft wurden und in welchem Maße diese abgebaut werden, hängt unter anderen von der Wirtschaftskraft, genauer: dem Steueraufkommen, der jeweiligen Gebietskörperschaft ab.

Entwicklung in Wuppertal

Seit einem Maximum in den 1990er Jahren sinkt die Pro-Kopf-Verschuldung.



Haushaltsfehlbeträge als Indikator eingeschränkter finanzieller Handlungsfähigkeit

Eine Kenngröße, die sowohl die Remanenz der kommunalen Ausgaben wie das Schrumpfen bzw. Schwanken der Einnahmen beschreibt, ist der in der Jahresrechnung ausgewiesene Fehlbetrag. Er hat in den vergangenen Jahren Größenordnungen angenommen, die früher unvorstellbar waren und ein Maß für die fehlende finanzielle Handlungsfähigkeit darstellen.

Datenlage. Quellen

Die Daten entstammen der kommunalen Finanzstatistik.

Allgemeine Entwicklung

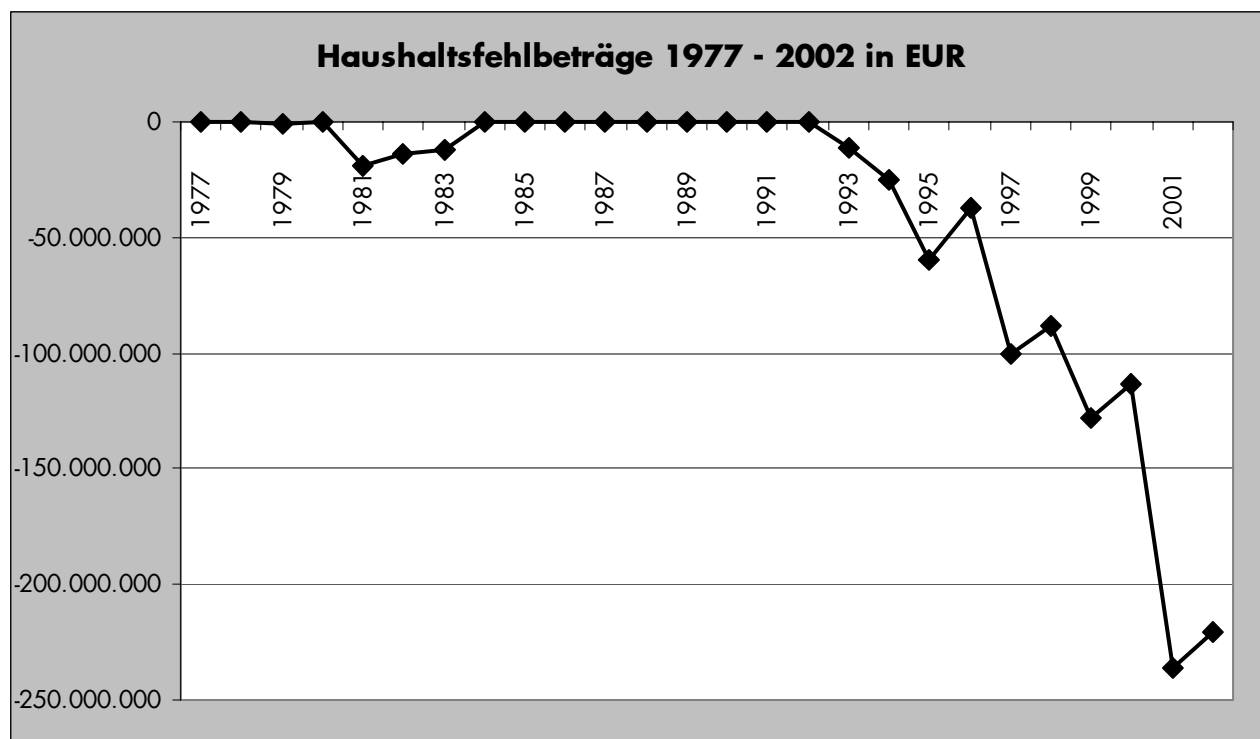
Der wirtschaftliche Strukturwandel, der Konjunkturverlauf und die in etlichen Städten rückläufigen Einwohnerzahlen, aber auch die Steuergesetzgebung haben zu einer zunächst schleichenden, inzwischen gravierenden Verschlechterung der Kommunalfinanzen geführt.

Entwicklung in Wuppertal

In den Jahren 1981-83 gab es bereits einmal Haushaltsfehlbeträge, die aber in den Folgejahren ausgeglichen werden konnten. Dagegen summieren sich die seit 1993 zu verzeichnenden Fehlbeträge zu Größenordnungen auf, die kaum zu bewältigen erscheinen.

Aktuelle Entwicklung

Der Haushaltsfehlbetrag des Jahres 2002 erreicht nach dem Ergebnis der Jahresrechnung 220 Mio. EUR. Das sind über 30 v.H. der Gesamteinnahmen des Verwaltungshaushaltes. Nach den Daten der mittelfristigen Finanzplanung wird dieser Wert in den kommenden Jahren noch ansteigen und in 2005 mit 406 Mio. EUR fast 50 v.H. der prognostizierten Einnahmen von 833 Mio. EUR ausmachen.



Bildungsabschluss

Die Diskussion um Bildung, Bildungsabschlüsse und Bildungsdefizite hat durch die internationale PISA-Studie hohe Aktualität erhalten. Die Frage der geeigneten Beurteilungs- und Messverfahren ist aber weiter strittig. Die hier dargestellten Indikatoren setzen beim erreichten Schulabschluss an und bewerten diesen in zweierlei Hinsicht:

Zahl und Anteil der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss verweist auf diejenigen Jugendlichen, die erfahrungsgemäß schlechte Chancen auf dem Arbeitsmarkt und damit auch für eine selbständige Lebensgestaltung haben. Diese Personengruppe ist gleichzeitig Zielgruppe für Nachqualifizierungsangebote der Schulen und Weiterbildungseinrichtungen.

Der Anteil der Schulabgänger mit Hochschulreife beeinflusst einerseits das Bildungsniveau positiv und ist andererseits ein Maß für unterdurchschnittliche individuelle Arbeitsplatzrisiken.

Datenlage. Quellen

Die Schulen melden die entsprechenden Daten, die dann sowohl von den Schulbehörden wie den Statistikstellen für unterschiedliche Zwecke und Zielgruppen aufbereitet werden.

Grundsätzlich muss dieser Datenweg von Stichtags- und Querschnitterhebungen unterschieden werden, in denen für die Gesamtbevölkerung bzw. einzelne Altersjahrgänge der jeweils erreichte Schulabschluss erfragt wird. Die Schulabgänger eines Schuljahrganges sind dagegen unterschiedlich alt!

Allgemeine Entwicklung

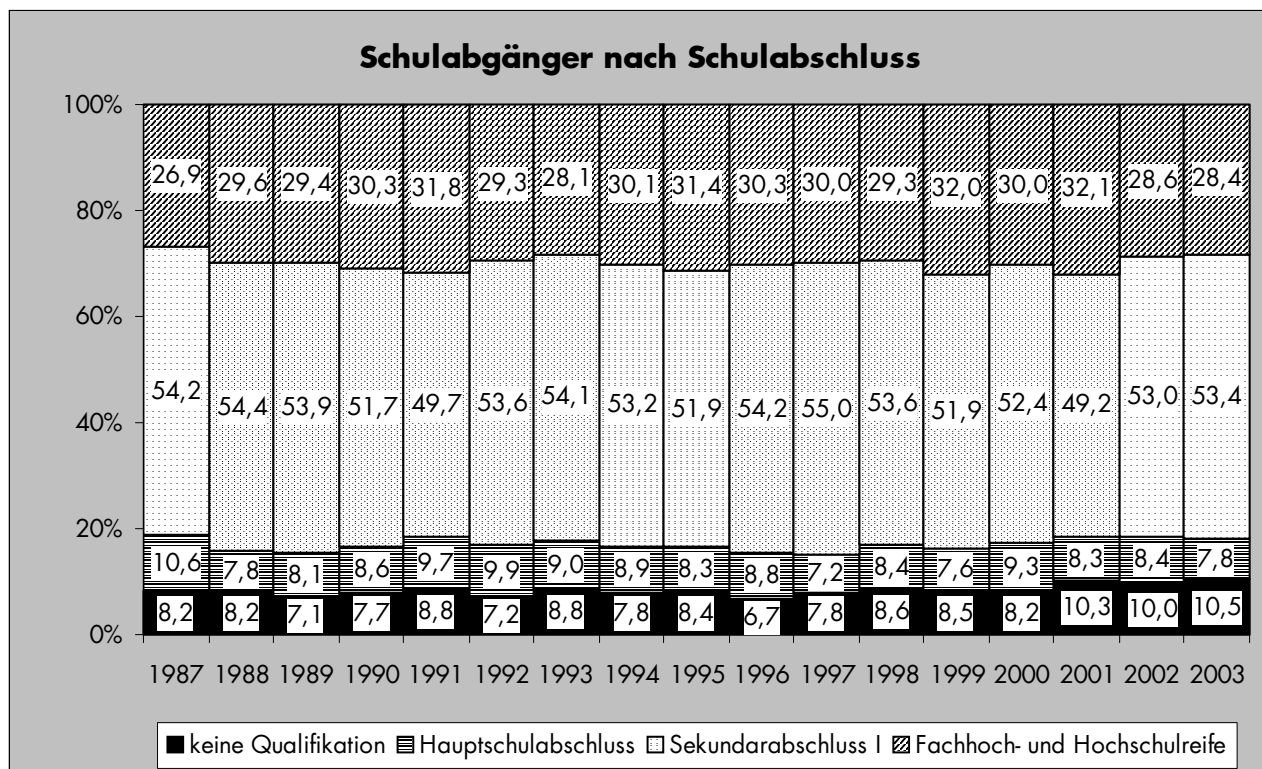
Der Bildungsstand – gemessen an der Zahl gelungener Bildungsabschlüsse – steigt deutlich. Insbesondere die Abiturientenquote ist gestiegen.

Entwicklung in Wuppertal

Der häufigste Bildungsabschluss ist der Abschluss der Sekundarstufe I, den i.d.R. über die Hälfte der Schulabgänger eines Jahres erreichen. Diesem folgt anteilmäßig die Fachhochschul- und Hochschulreife, die ein knappes Drittel der Schulabgänger erlangen. Knapp 10 v.H. erreichen den Hauptschulabschluss und weitere 10 v.H. – das sind jährlich rund 300 Jugendliche – verlassen das Wuppertaler Schulsystem ohne Abschluss.

Aktuelle Entwicklung

Sowohl die formal hohen Bildungsabschlüsse wie Zahl und Anteil der Schulabgänger ohne Abschluss erreichten 2001 Spitzenwerte. Die Quote der Schulabgänger mit Fachhochschul- und Hochschulabschluss stieg von 30 (2000) auf 32,1 v.H. (2001), sackte dann aber in 2003 auf 28,4 v.H. ab. Die Quote der Schulabgänger ohne Abschluss stieg von 8,2 (2000) auf 10,5 v.H. (2003). Das sind absolut betrachtet über 365 Jugendliche.



Indikator für Gesundheit: vorzeitig Gestorbene

Gesundheit ist schwer messbar. Gesundheitliche Beeinträchtigungen können individuell, aber auch durch die (soziale und/oder ökologische) Umwelt verursacht sein. Manchmal wird die steigende Lebenserwartung als Beleg für den Erfolg gesellschaftlicher und speziell gesundheitsfördernder Maßnahmen genommen. Doch gerade im höheren Alter sind die Menschen auch öfter krank.

Die von der Bundesregierung vorgelegten nationalen Nachhaltigkeitsindikatoren weisen einen schlüssigen Ausweg aus diesem Dilemma.

„Auskunft über den Gesundheitszustand und die Gesundheitsversorgung gibt die vorzeitige Sterblichkeit, also der Anteil der Personen, die vor dem 65. Lebensjahr sterben. In diesen Indikator fließen z.B. durch Krebserkrankungen und Verkehrsunfälle verursachte Todesfälle ein. Sinkende Werte des Indikators spiegeln also Fortschritte der Medizin, Verbesserung in der Behandlung sowie das Verhalten der Bevölkerung (z.B. Tabakkonsum) und vorbeugende Maßnahmen wider. In einem weiteren Sinne gehen auch Aspekte der Nachhaltigkeit, z.B. bessere Luft durch Minderung von Schadstoffemissionen oder bessere Ernährung durch qualitätsorientierte Produktion, in diesen Indikator ein.“

Datenlage. Quellen

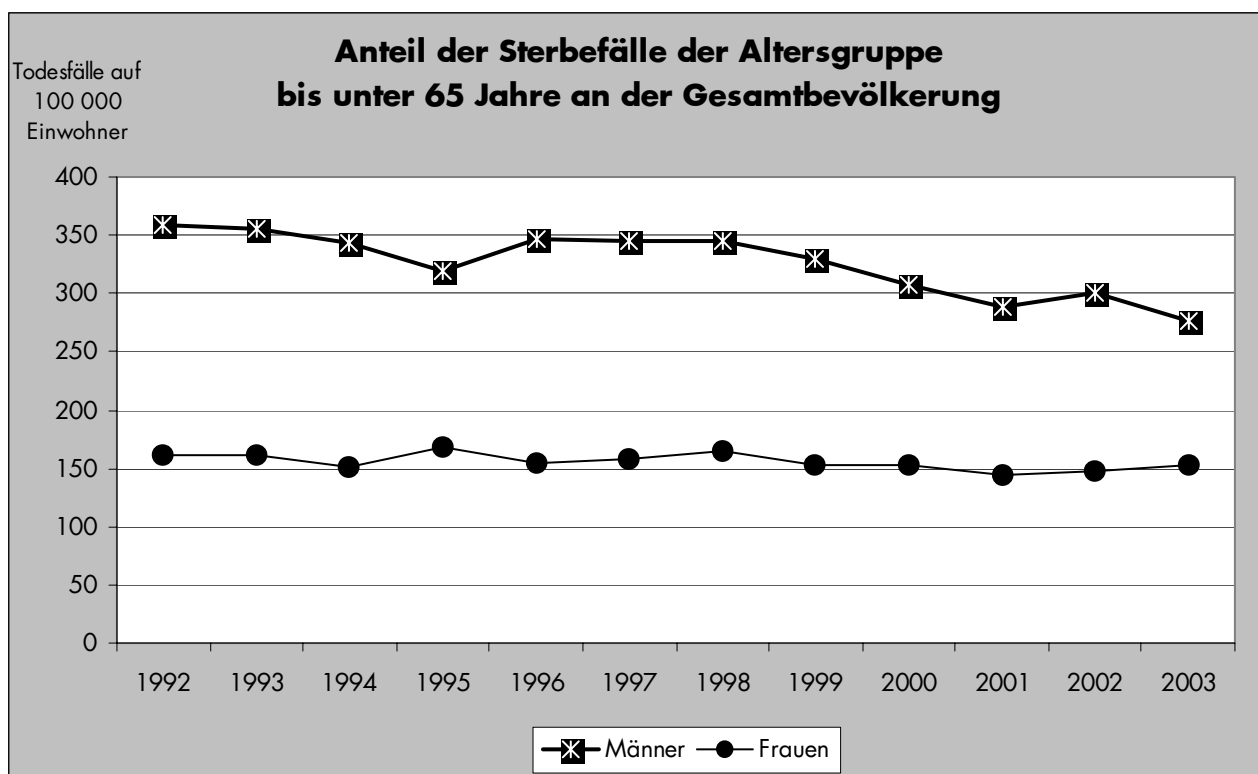
Die Daten können der allgemeinen Bevölkerungsstatistik entnommen werden, da diese auch das Sterbealter ausweist. Die Gestorbenen unter 65 Jahre werden auf 100.000 Einwohner der gleichen Altersjahrgänge und des gleichen Geschlechts bezogen.

Allgemeine Entwicklung

Die vorzeitige Sterblichkeit der Männer ist deutlich höher als die von Frauen. Beide Werte sind in den vergangenen Jahren gesunken. Dabei nähern sich die Werte der Männer denen der Frauen an.

Entwicklung in Wuppertal

Die vorzeitige Sterblichkeit ging in den letzten Jahren kontinuierlich zurück. Die Unterschiede bei der vorzeitigen Sterblichkeit von Frauen und Männern wurden geringer. So starben 2003 statistisch von je 100.000 Einwohnern 153 Frauen bzw. 276 Männer vor Erreichen des 65. Lebensjahres. 1992 waren es noch 161 Frauen bzw. 358 Männer. Auf Bundesebene starben im Jahr 2002 auf 100.000 Einwohner gerechnet 141 Frauen und 279 Männer vorzeitig.



Sicherheit: Verkehrsunfälle und Kriminalität

Für sichere Lebensbedingungen zu sorgen, ist eine unverzichtbare und zentrale staatliche Aufgabe. Die Wahrscheinlichkeit, Opfer eines Unfalls oder eines Kriminalitätsdeliktes zu werden, wird als Indikator für Sicherheit herangezogen. Unsicherheit bzw. die Angst vor Unfällen und Delikten ist in hohem Maße subjektiv geprägt. Deshalb sollten die objektiven Indikatoren möglichst durch Befragungsergebnisse ergänzt werden. Junge Menschen und Männer schätzen Risiken oft geringer ein, Frauen und ältere Menschen reduzieren dagegen aus Unsicherheit ihren Aktionsradius. Angsträume und Angstzeiten haben deshalb reale Auswirkungen auf das Leben in der Stadt.

Datenlage. Quellen

Verkehrsunfälle und angezeigte Delikte werden von den Polizeibehörden statistisch erfasst.

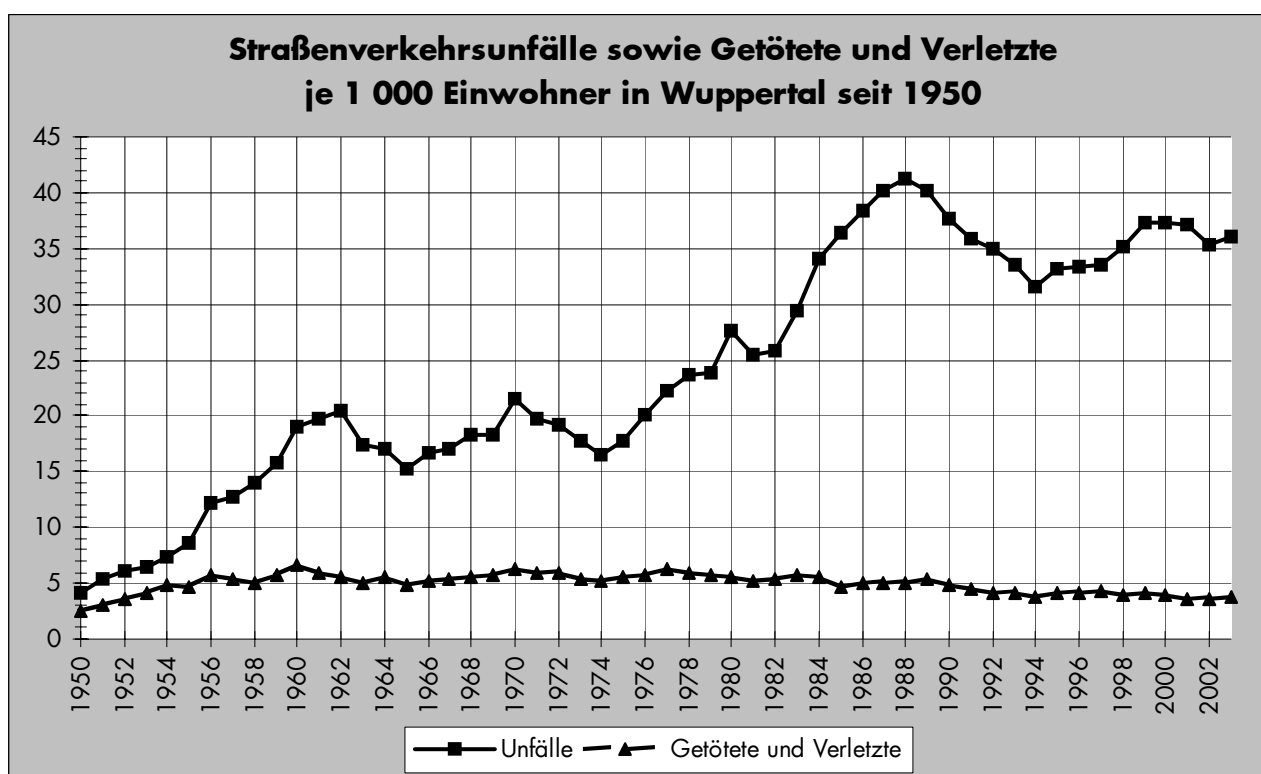
Allgemeine Entwicklung

Das Risiko, durch einen Straßenverkehrsunfall zu Tode zu kommen, ist in den vergangenen Jahrzehnten trotz stark gestiegenen Autoverkehrs bemerkenswert gesunken.

Entwicklung in Wuppertal

Das Verkehrsunfallrisiko ist zunächst mit der Zunahme des Straßenverkehrs rasant angestiegen – von 5-10 Verkehrsunfällen pro 1.000 Einwohner auf über 40 im Jahr 1988. Seitdem sanken die Risikoquoten, steigen aber seit 1994 wieder an. Das Risiko, bei einem Verkehrsunfall in Wuppertal getötet oder verletzt zu werden, ist gegenüber den vorausgegangenen Jahrzehnten gesunken: von 5:1.000 und mehr in den 1960-90ern auf derzeit 4:1.000.

In vergleichbarer Größenordnung bewegt sich das „Straftatenrisiko“: es stieg von 25 auf 1.000 Einwohner in den 1950er Jahren auf 83 pro 1.000 Einwohner (2002).





Teilhabe am Gemeinwesen: Wahlbeteiligung

Die Chance zur Mitwirkung an der Entwicklung des Gemeinwesens ist ein Kennzeichen des demokratischen Staates. Sie geht weit über das aktive und passive Wahlrecht hinaus. Dennoch ist die Wahlbeteiligung ein guter Indikator für die Gesamtstimmungslage: Mitwirkungsbereitschaft und die subjektive Beurteilung der Mitwirkungsmöglichkeiten fließen in dieser Maßzahl zusammen.

Datenlage. Quellen

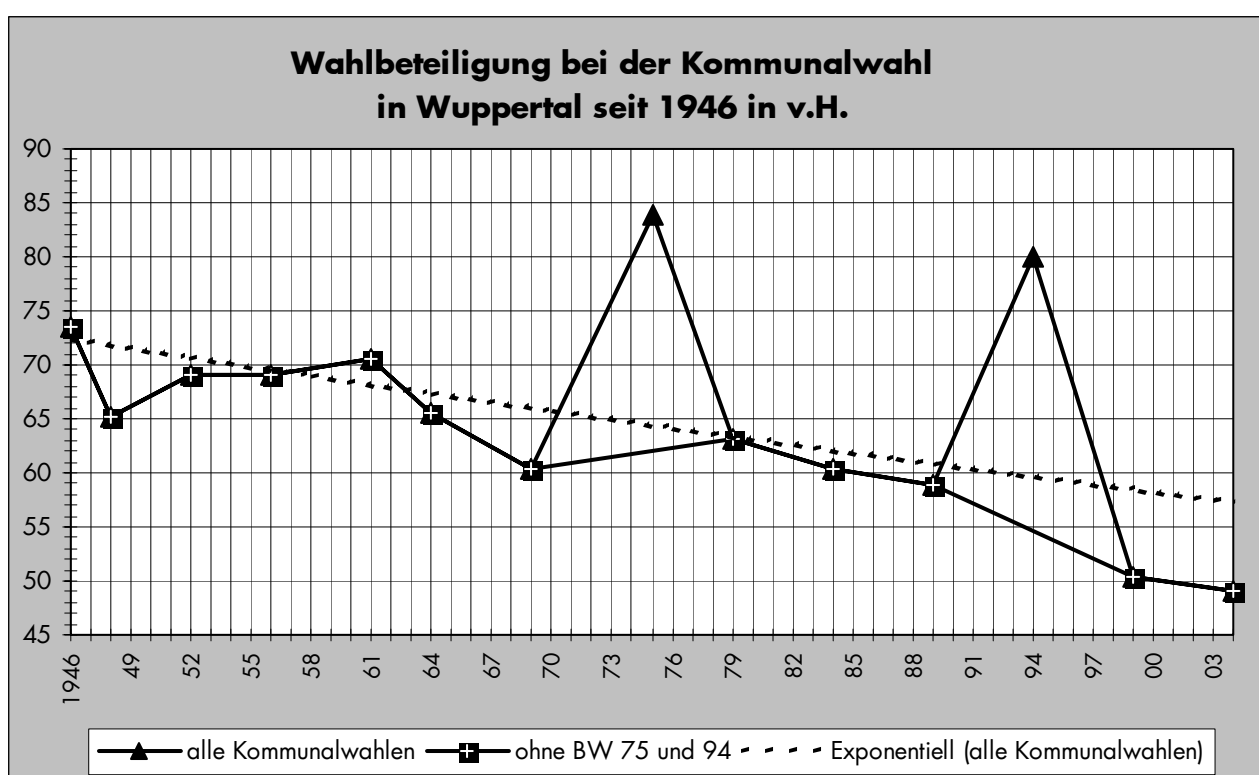
Die Daten werden durch die Wahlbehörden auf der Basis der Verzeichnisse der Wahlberechtigten und der abgegebenen Wählerstimmen zeitnah ermittelt.

Allgemeine Entwicklung

Ein Rückgang der Wahlbeteiligung ist allenthalben zu beobachten. Zwischen den politischen Ebenen gibt es in Deutschland ein relatives Gefälle der Wahlbeteiligung: Die höchste Wahlbeteiligung wird bei Bundestagswahlen erreicht. Dem folgen Landtags- und Kommunalwahlen. „Schlusslicht“ bilden die Wahlen zum Europaparlament.

Entwicklung in Wuppertal

Die Beteiligung an Kommunalwahlen sinkt seit 1946 kontinuierlich. Die gleichzeitige Durchführung von Kommunal- und Bundestagswahlen hebt die Wahlbeteiligung der Kommunalwahl an die der Bundestagswahlen heran. 2004 lag erstmals bei einer Kommunalwahl die Beteiligung unter 50 v.H.



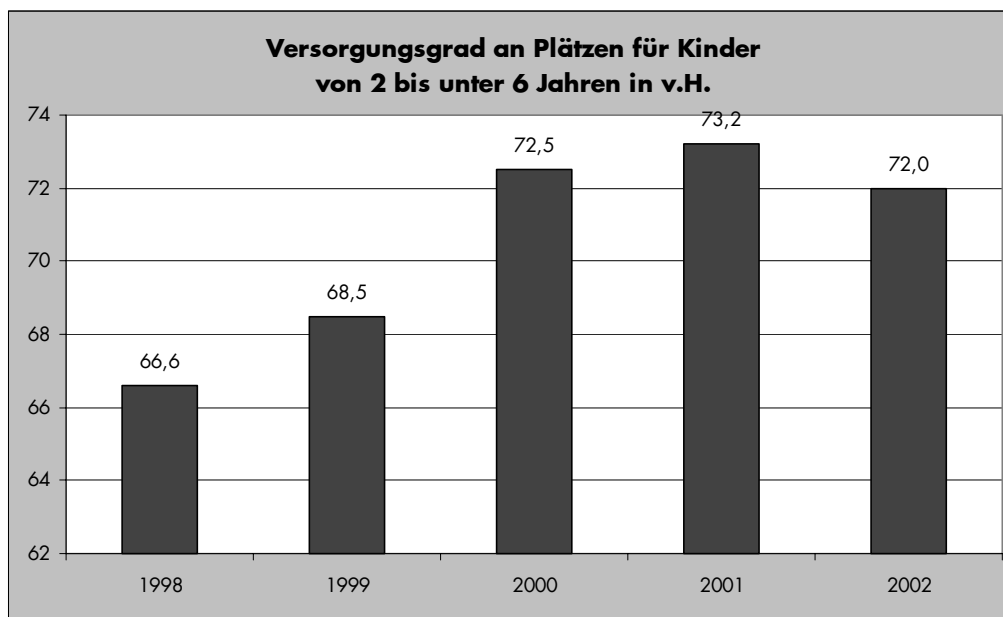
Betreuungsangebote für Kinder

Die Versorgung mit Tageseinrichtungen für Kinder gilt als Indikator dafür, inwieweit die gleichzeitige Teilnahme von Männern und Frauen am Erwerbsleben möglich ist. Das Recht auf einen Kindergartenplatz wurde vom Gesetzgeber in Verbindung mit der Novellierung des Gesetzes über Schwangerschaftsabbrüche zur kommunalen Pflichtaufgabe erklärt und hat große investive und organisatorische Anstrengungen auch in Wuppertal zur Folge. Inzwischen hat sich die gesellschaftliche Debatte auch auf andere Altersgruppen (Betreuungsmöglichkeiten für Kinder unter 3 Jahre und Grundschüler) ausgeweitet.

Entwicklung in Wuppertal

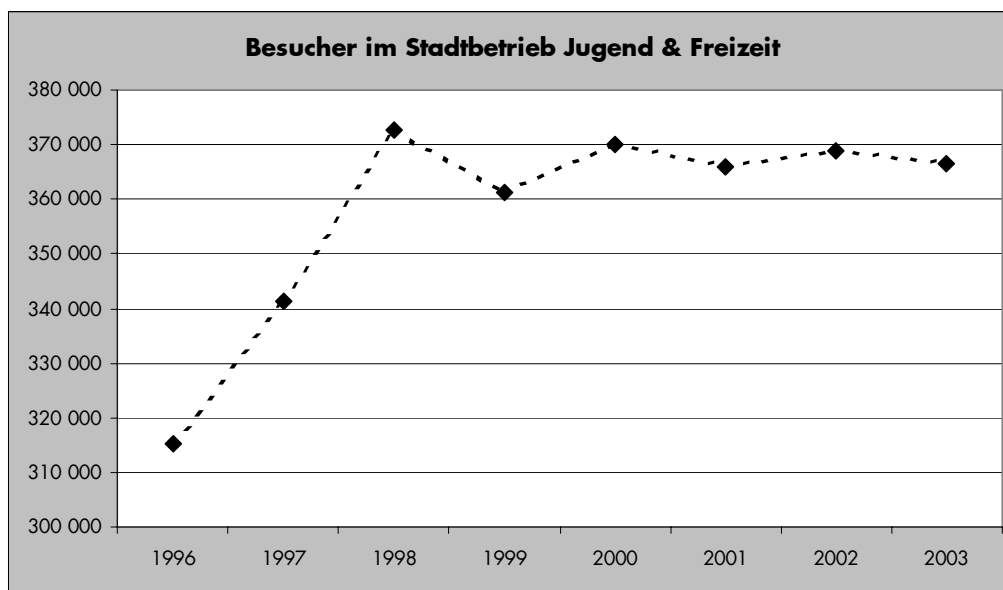
Die Versorgungsquote schwankt im Jahresvergleich erheblich. Dafür ist sowohl die demographische Entwicklung als auch das sich verändernde Platzangebot der unterschiedlichen Trägergruppen verantwortlich.

Im Jahr 1998 konnte eine Quote von 66,6 v.H. erreicht werden, im Jahr 2002 lag sie bei 72 v.H. Als Zielquote wurde vom Rat der Stadt Wuppertal eine Versorgung von 77 v.H. der 2 bis unter 6-jährigen beschlossen.



Offene Kinder- und Jugendeinrichtungen

Der Stadtbetrieb Jugend & Freizeit verzeichnete im Jahr 2003 in den eigenen Einrichtungen 366.400 Besucher/innen, in denen freier Träger 126.000 Besucher/innen. Vergleichszahlen aus anderen Städten liegen nicht vor.



Geschlechtergerechtigkeit

Geschlechtergerechtigkeit hat die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an gesellschaftlichen Entscheidungen, an Bildung, Konsum, dem Arbeitsmarkt, Freizeit, Bewegungsfreiheit, Gesundheit etc. zum Ziel. Mehr als der biologische Begriff des Geschlechts drückt der englische Begriff „Gender“ auch die sozialen Gegebenheiten und Bedingungen der Geschlechter aus. Die Strategie des „Gender Mainstreaming“ will erreichen, dass bei Entscheidungen und bei Maßnahmen die Auswirkungen auf Frauen und Männer explizit beschrieben und ggfls. erforderliche Schritte zur Förderung der Geschlechtergerechtigkeit beschrieben werden.

Datenlagen, Quellen

Es sollte selbstverständlich sein, dass überall dort, wo dies sinnvoll und zweckmäßig ist, soziale Sachverhalte auch nach Geschlechtern getrennt erfasst und dargestellt werden. Damit werden sowohl gesellschaftliche Veränderungen sichtbar wie auch Handlungsdefizite erkennbar. Gleichwohl ist dies bisher bei weitem nicht der Fall. Für den vorliegenden Nachhaltigkeitsbericht wurden die folgende Daten zusammengestellt.

Bildung:

Bezogen auf weiterführende Schulabschlüsse, die zum Besuch der Hoch- und Fachhochschulen berechtigen, haben Mädchen in den letzten Jahren deutlich ihren Anteil steigern können. Dies spiegelt sich noch nicht im gleichen Maße beim Anteil der weiblichen Studierenden und den Absolventinnen an der Bergischen Universität wieder. Die Aufholendenz ist jedoch unverkennbar.

Erwerbstätigkeit:

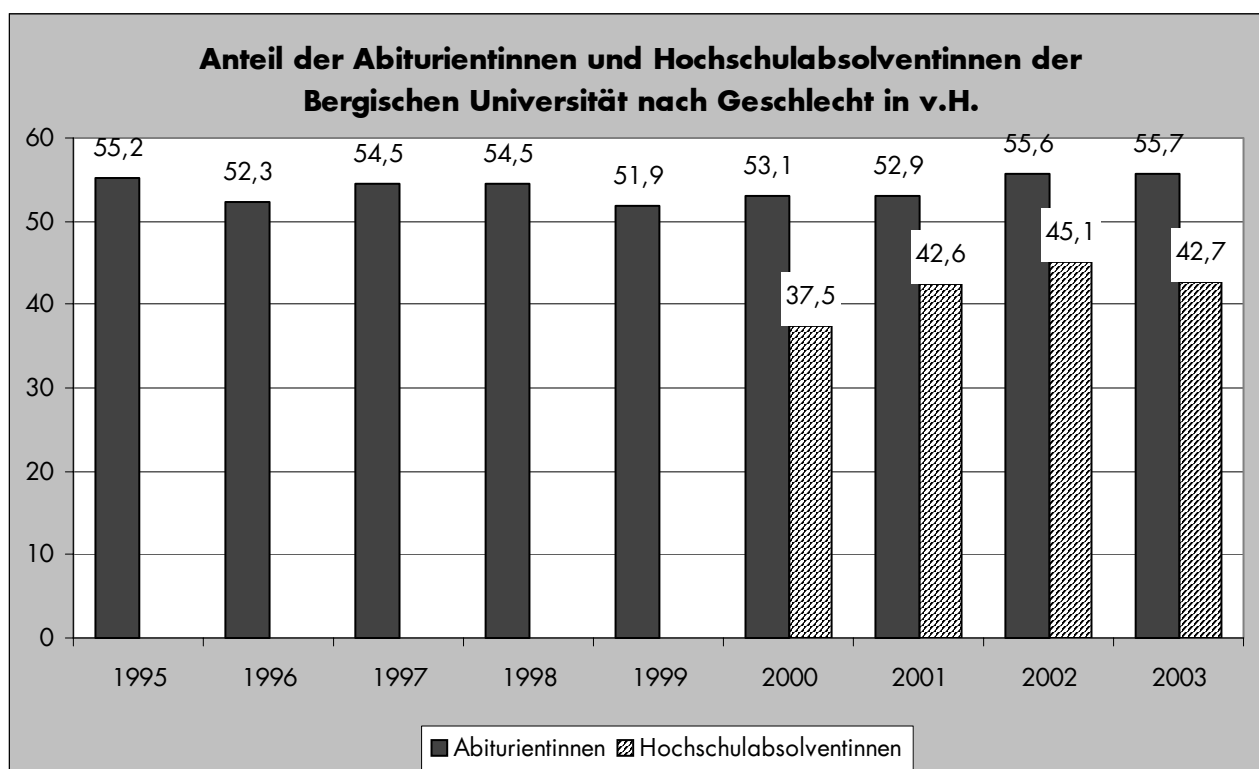
Voraussetzung für ein eigenständiges Leben ist sowohl für Frauen als auch für Männer eine eigenständige, existenzsichernde Berufstätigkeit. Hierdurch wird der Zugang zu privatem Wohlstand, zu Gütern und Dienstleistungen und zu gesellschaftlichem Ansehen gesichert. Ein geschlechtsspezifisches Ungleichgewicht ist immer noch in der Bewertung von sogenannten Frauenberufen gegenüber sogenannten Männerberufen zu sehen. Darüber hinaus ist die Bezahlung, auch bei gleichen bzw. gleichwertigen Berufen, noch immer unterschiedlich. Frauen sind zudem oft in den gering entlohten Berufen und Beschäftigungsverhältnissen zu finden. Ein weiteres Ungleichgewicht ist in der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu sehen, die nach wie vor überwiegend den Frauen zugeschrieben wird und viel mehr Teilzeitarbeitsverhältnisse als bei den Männern zur Folge hat.

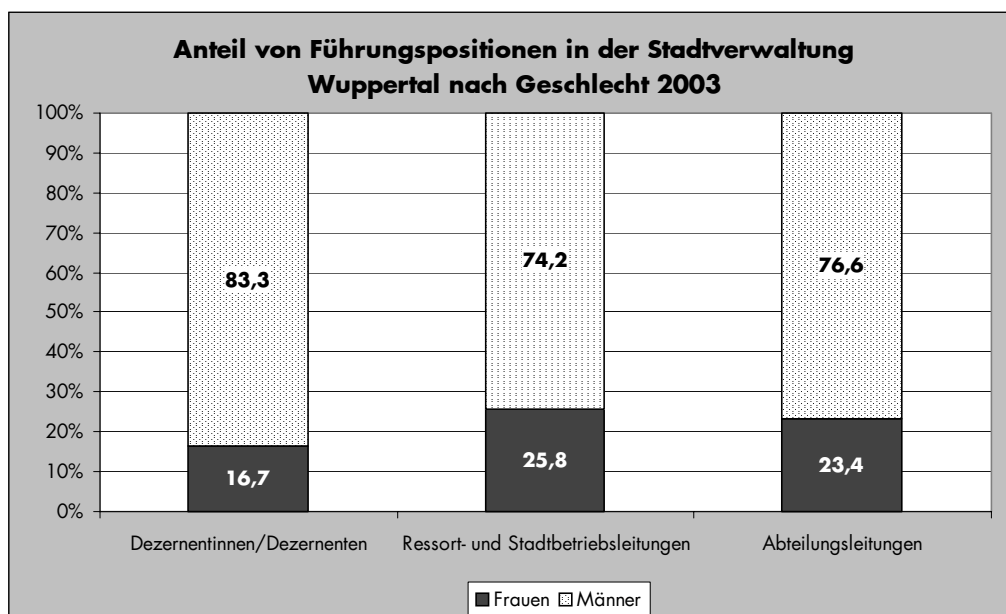
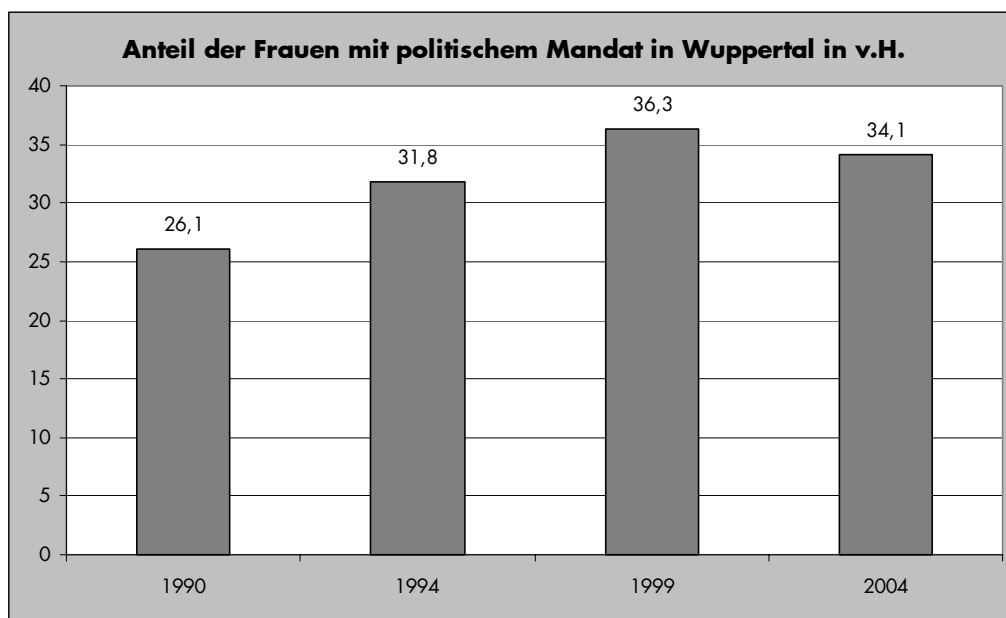
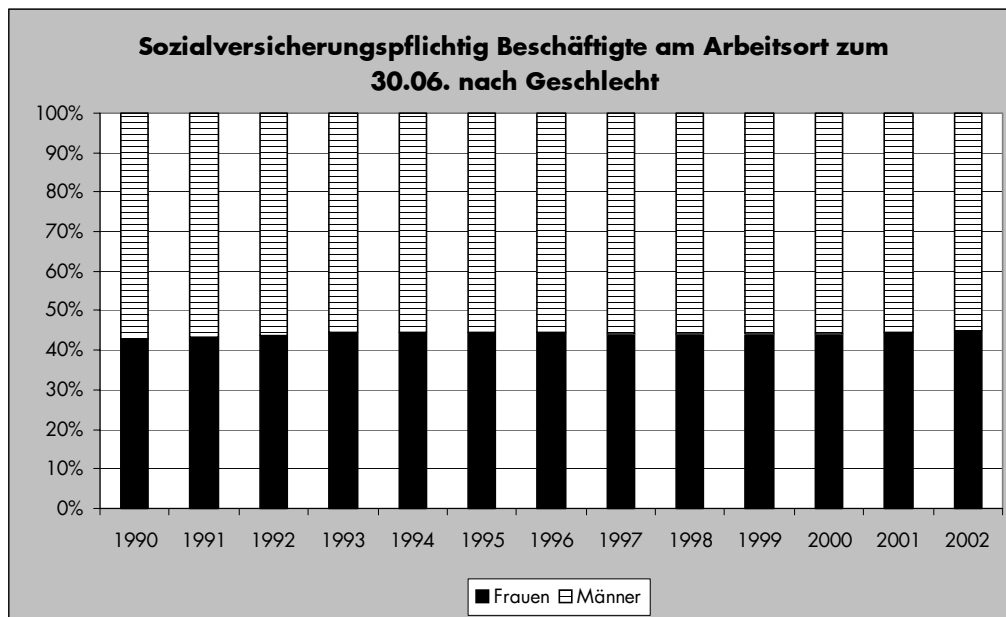
Kommunale Mandate:

Die Partizipation von Frauen und Männern an politischen Entscheidungen lässt sich an ihrer Beteiligung in den Parteien, vor allem aber an den Mandaten im Rat und in den Bezirksvertretungen ablesen.

Führungspositionen:

Für die öffentliche Verwaltung gelten gesetzlich fundierte Frauenförderpläne und das Landesgleichstellungsgesetz. Für die Privatwirtschaft gibt es derzeit keine rechtlich fixierten und gesellschaftlich akzeptierten Ziele zur Umsetzung der Geschlechtergerechtigkeit. Nachstehend wird der Anteil von Frauen an Führungspositionen in der Stadtverwaltung für das Jahr 2003 dargestellt.





Flächennutzung und „Flächenverbrauch“

Die Stadtfläche ist nicht vermehrbar. Während die meisten für Leben und Wirtschaften in der Stadt benötigten Dinge „importiert“ werden können, gilt dies nicht für die Fläche, auf denen Leben und Wirtschaften, Verkehr, Versorgung, Freizeit usw. stattfindet. Insofern kann es im eigentlichen Sinne auch keinen Flächenverbrauch geben. Durch die Stadtpolitik beeinflussbar ist die Dichte bzw. die Verteilung und Mischung der urbanen Nutzungen. Nutzungsansprüche und konkrete Flächennutzungen können im Lauf der Stadtentwicklung wechseln. Deshalb ist es die wichtigste Aufgabe der Stadtplanung, neuen Bedarfen und Nutzungen geeignete Standorte zuzuweisen, also überholte oder weniger wichtige Nutzungen zu ersetzen oder die Nutzungsdichte zu erhöhen.

Unter Flächenverbrauch wird die Nutzungsveränderung von „fruchtbarem“ (wo etwas wächst) zu „unfruchtbarem“ Boden verstanden. Diese Nutzungsänderung ist unumkehrbar. Die über Jahrtausende geformte Bodenfunktion kann nicht wieder hergestellt werden.

Datenlage. Quellen

Die reale (nicht die geplante) Flächennutzung wird von den Katasterämtern im Liegenschaftskataster nach Hauptflächennutzung erfasst und kontinuierlich fortgeschrieben.

Allgemeine Entwicklung

In Deutschland werden täglich 130 ha neu als Siedlungs- und Verkehrsfläche ausgewiesen. Von den ausgewiesenen Flächen wird etwa die Hälfte bebaut oder anderweitig versiegelt. Darüber hinaus zerteilen neue Verkehrswege die Landschaft und damit die Lebensräume von Pflanzen und Tieren, was den Artenverlust fördert und die Erholungsmöglichkeiten für die Menschen mindert.

Die Bundesregierung strebt im Rahmen ihrer Nachhaltigkeitsstrategie eine drastische Reduzierung der Flächeninanspruchnahme um 75 v.H. bis 2020 an: also auf 30 ha/Tag.

Entwicklung in Wuppertal

Wuppertal ist eine altindustrialisierte Stadt. D.h. das Stadtwachstum hat früher als anderswo eingesetzt. Mit Beginn der Industrialisierung setzte in Wuppertal Mitte des 19. Jahrhunderts eine kräftige Siedlungsentwicklung ein. Erst ab den 80er Jahren des 20. Jahrhundert ist ein Abschwächen des Flächenverbrauches zu verzeichnen. In den vorangegangenen 150 Jahren wuchs die Gebäudefläche proportional mit der Bevölkerung. Heute wächst bei sinkender Bevölkerung der „Raumwohlstand“: Während auf einen Wuppertaler des Jahres 1929 rund 97 m² Siedlungs- und Verkehrsfläche entfielen, sind es heute 80 v.H. mehr, nämlich 175 m².

Wuppertal 1827



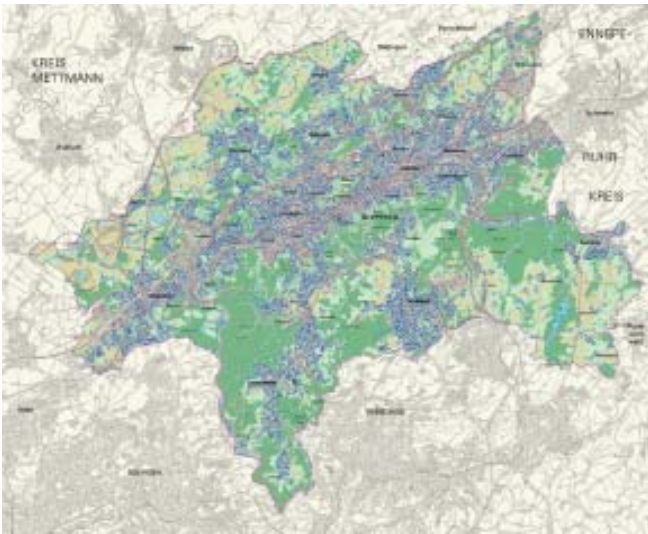
Wuppertal 1929



Wuppertal 1979



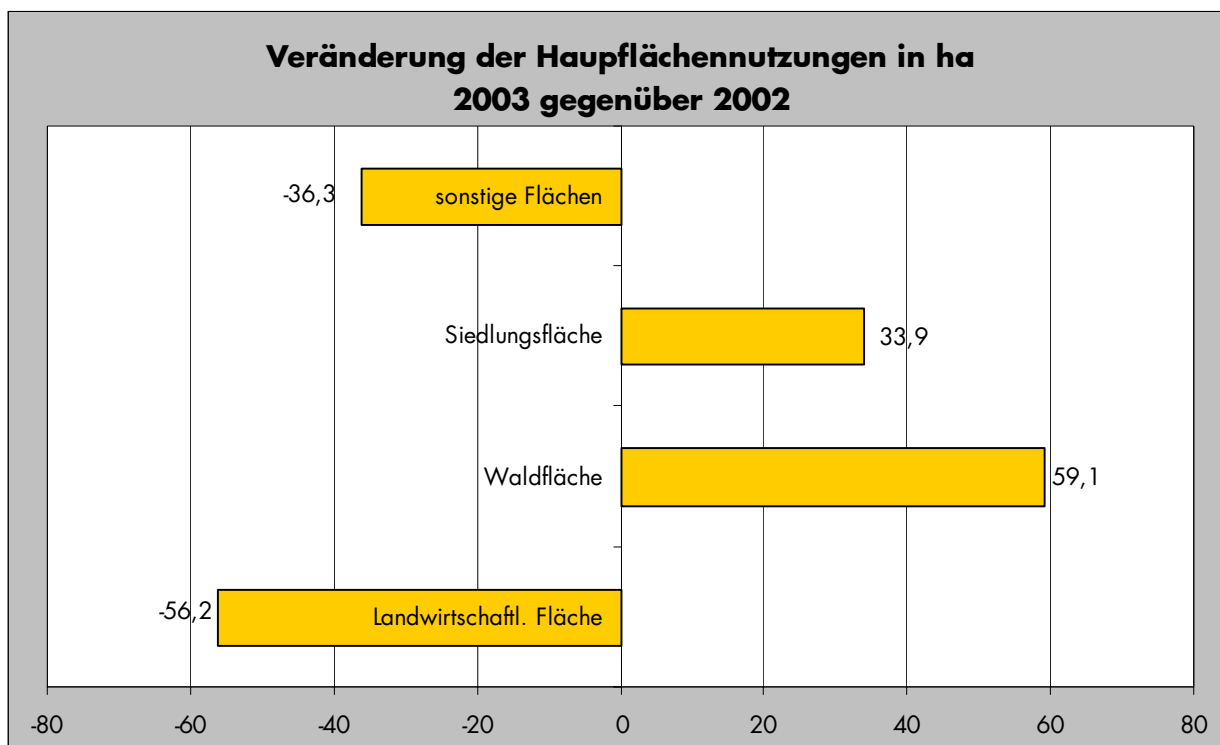
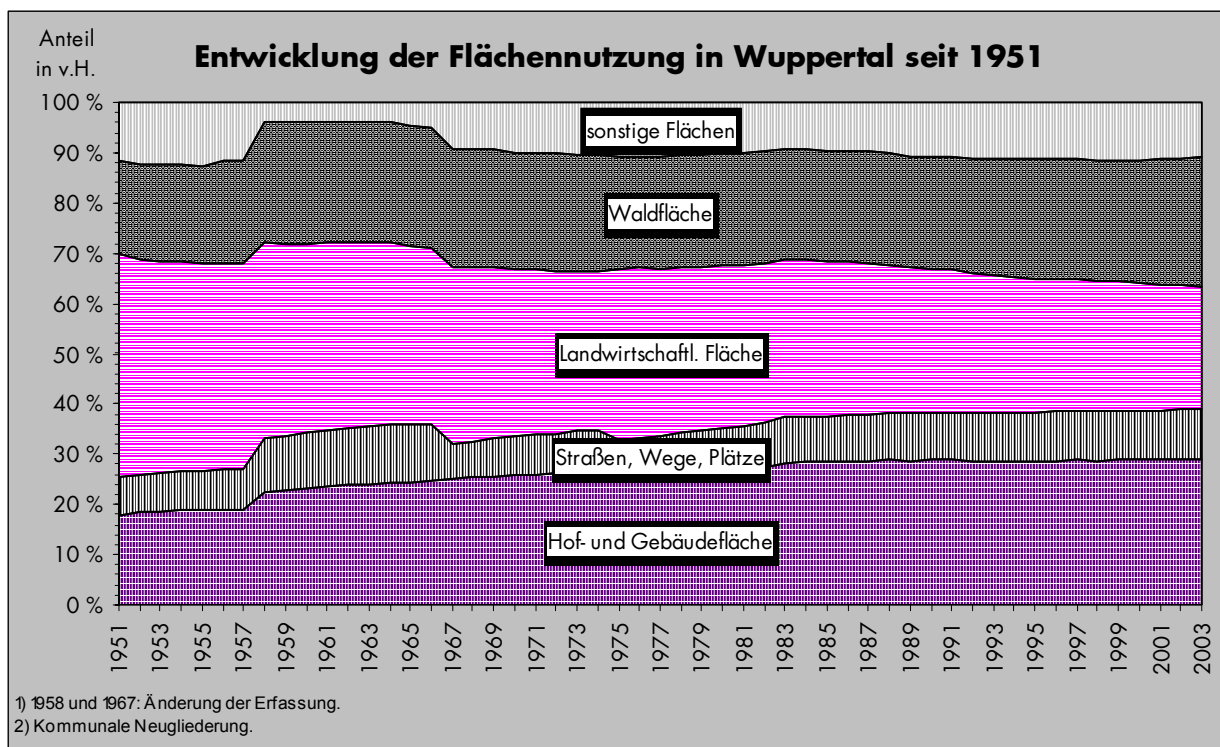
Wuppertal 2004



An der Entwicklung der Flächennutzung seit 1951 ist deutlich zu erkennen, dass der Anteil der Verkehrs- und Gebäudefläche stets zu Ungunsten der landwirtschaftlichen Fläche wuchs. Eine Besonderheit ist die Zunahme der Waldfläche seit 1988, die ebenfalls zu Lasten der landwirtschaftlichen Flächen geht. Hier handelt es sich allerdings vorwiegend um Katasterberichtigungen. Um einen weiteren Flächenverbrauch zu reduzieren, hat sich der Rat der Stadt zum Ziel gesetzt, die Versiegelung intakter Böden zu minimieren, der Innenentwicklung Vorrang vor der Außenentwicklung zu geben und vorrangig verbrauchte Standorte wieder zu nutzen.

Aktuelle Entwicklung

Die Veränderungsrichtungen haben sich 2003 gegenüber den Vorjahren nicht verändert: die Waldfläche nimmt zu (um 59 ha gegenüber 84 ha im Vorjahr), die Landwirtschaftsfläche nimmt wie in den Vorjahren kontinuierlich ab (um 56 ha gegenüber 15 ha). Die deutliche Zunahme der Siedlungsfläche (Verkehrs- und Gebäudeflächen) (um 34 ha gegenüber 51 ha im Vorjahr) geht zum Teil zu Lasten der „sonstigen Flächen“. Hier scheint sich ein „Richtungswechsel“ anzubahnen, der darauf zurück zu führen ist, dass Brachen und andere innerstädtische Flächen verstärkt wiedergenutzt werden.



Verbrauch an Energie

Das Hauptaugenmerk beim Energieverbrauch ist auf die fossilen Energien (Kohle, Erdöl, Erdgas) gerichtet, weil deren Emissionen maßgeblich zum Treibhauseffekt und zur Klimaveränderung beitragen. Hinter der drohenden Klimakatastrophe tritt die Einsicht zurück, dass die von der Erdoberfläche in Jahrmillionen gebundenen pflanzlichen Abfälle endlich sind und binnen weniger Jahrzehnte unwiederbringlich verfeuert und vernichtet werden.

Datenlage. Quellen

Auf der nationalen Ebene liefern Produktions- und Handelsstatistiken ein umfassendes Bild. Auf der kommunalen Ebene geben allein die durch die Wuppertaler Stadtwerke verkauften Mengen an leitungsgebundenen Energien (Strom, Gas, Fernwärme) einen aktuellen Anhalt über die Entwicklung des Energieverbrauchs. Verkaufs- bzw. Verbrauchszahlen für Kohle und Erdöl sind auf örtlicher Ebene nicht bekannt. Der Anteil der regenerativen Energien ist noch immer sehr gering.

Allgemeine Entwicklung

Lange Zeit wurde der Mehrverbrauch an Energie mit volkswirtschaftlichem Wachstum gleich gesetzt. Die Klimaveränderung hat inzwischen zu einem Umdenken geführt. Effizienter und sparsamer Energieeinsatz ist möglich, ohne die Volkswirtschaft zu gefährden. Der Aufbau der regenerativen Energieumwandlung hat Konjunktur. Gemessen an dem Ziel, den CO₂-Aufstoß in den reichen Ländern zu halbieren, reichen die bisherigen Anstrengungen bei weitem nicht aus.

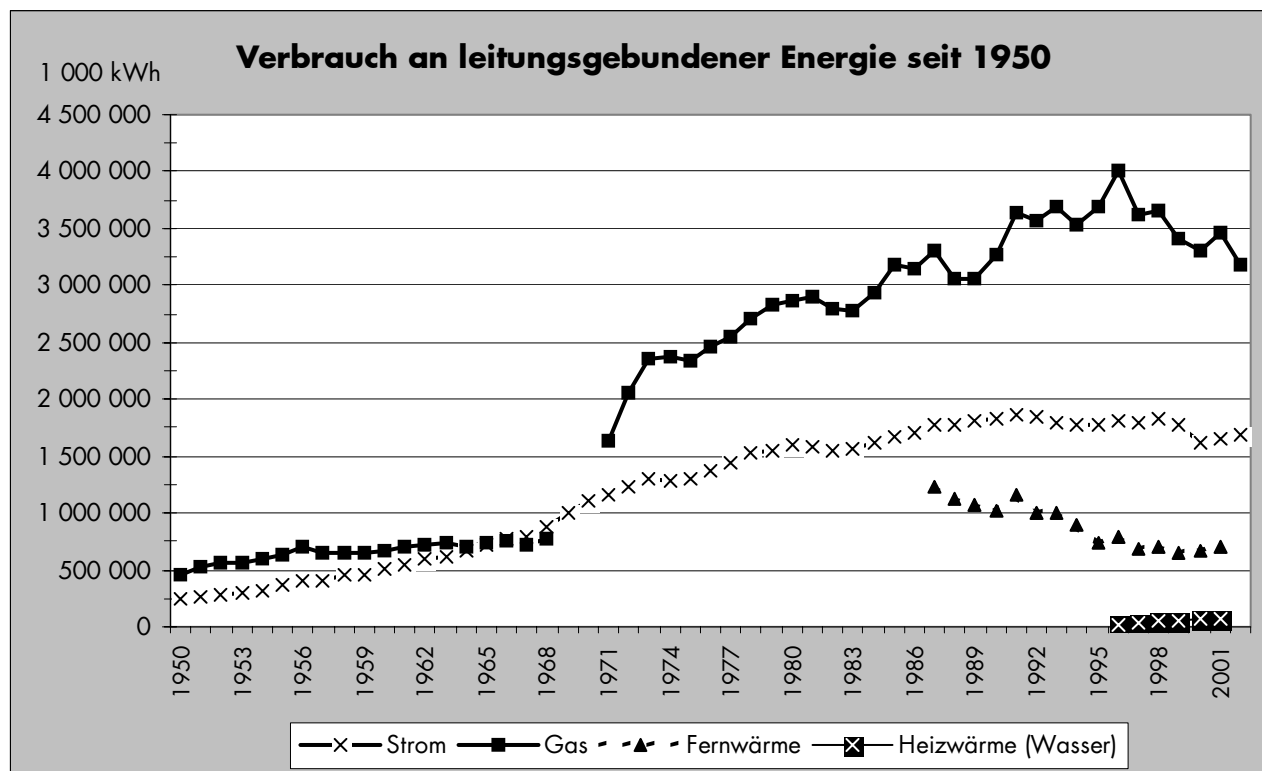
Entwicklung in Wuppertal

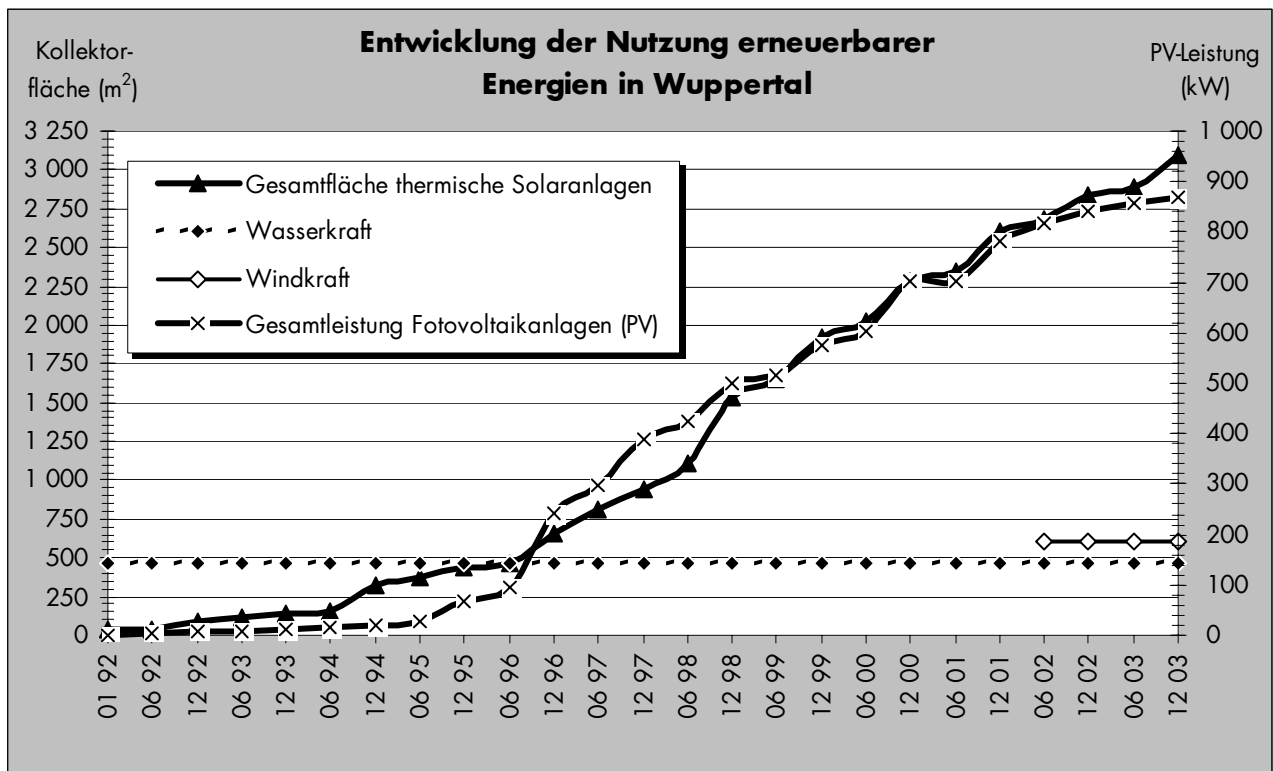
In den 1970er und 1980er Jahren hat eine beispiellose Ausweitung der leitungsgebundenen Energieversorgung stattgefunden. Diese Ausweitung hat emissionsträchtige Kohleheizungen ersetzt und den Wohnkomfort gesteigert. Der inzwischen rückläufige Energieverbrauch ist auf den wirtschaftlichen Strukturwandel, auf den Bevölkerungsrückgang und auf einen effizienteren Energieeinsatz (Wärmedämmung an Gebäuden, neue Heizkessel usw.) zurückzuführen.

Aktuelle Entwicklung

Der Verbrauch an Strom, Fernwärme und Heizwärme ist in den letzten drei Jahren auf dem gleichen Niveau geblieben. Allein der Absatz an Gas ist Schwankungen ausgesetzt. Während 2001 ein leichter Anstieg zu verzeichnen war, ist 2002 der Absatz etwa um den gleichen Anteil zurück gegangen. Dies kann auf witterungsbedingte Einflüsse zurück zu führen sein.

Bei den regenerativen Energien steigen in Wuppertal die Gesamtfläche der thermischen Solaranlagen ebenso wie die installierte Leistung für Fotovoltaik seit Jahren kontinuierlich an. Die Anteile für Wind- und Wasserkraft bleiben auf dem gleichen Niveau. Insgesamt liegt der Anteil der regenerativen Energien am Gesamtverbrauch noch unter 0,5 Prozent.





Verbrauch an Wasser

Wasser ist die mengenmäßig wichtigste Umweltressource. Der Wasserverbrauch pro Person beträgt größenordnungsmäßig das Zehnfache aller festen Stoffe zusammen. Wasser wird nur gebraucht, nicht verbraucht. Daraus resultiert andererseits die Verpflichtung, die mit dem Gebrauch verbundenen Belastungen zu minimieren und so die uneingeschränkte Wiedernutzung zu ermöglichen.

Datenlage. Quellen

Regelmäßig gemessen (und abgerechnet) werden die Verbräuche an Trinkwasser aus dem Verteilungsnetz der Wasserversorgungsunternehmen. Nicht regelmäßig gemessen werden dagegen Verbräuche aus privaten oder gewerblichen Grundwasserentnahmestellen und aus Oberflächengewässern.

Allgemeine Entwicklung

Die gesicherte Versorgung mit sauberem Trinkwasser gilt als eines der drängendsten globalen Umweltprobleme. Rund 1 Mrd. Menschen hat keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Andererseits steigt bei günstig verfügbarem Wasser der Wasserverbrauch für eine intensivere Landwirtschaft und auch zu Komfortzwecken.

Entwicklung in Wuppertal

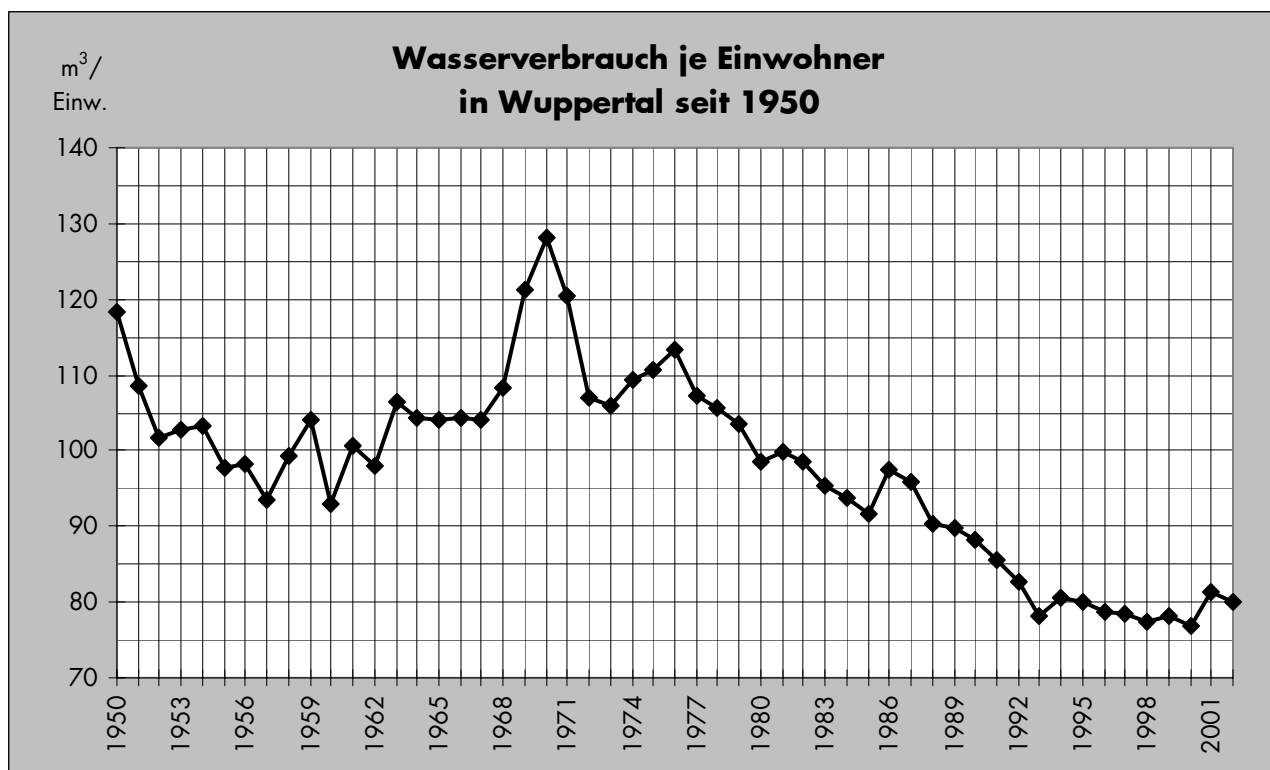
In Wuppertal nimmt der Gebrauch seit einem Maximum in den 1970er Jahren (mit über 120 m³ je Einwohner und Jahr) kontinuierlich ab. Ursächlich sind:

- die Abnahme der Zahl der industriellen Betriebe und Arbeitsplätze.
- die Vollaussstattung privater Haushalte mit Dusche/Bad, WC sowie Wasch- und Spülmaschine - der wohlstandsbedingte Mehrverbrauch dürfte somit stagnieren.
- Effizienzsteigerungs- und Einsparmaßnahmen in der Wirtschaft und den privaten Haushalten.

Aktuelle Entwicklung

Während in 2001 gegenüber 2000 der Wasserverbrauch pro Einwohner um 4 m³ gestiegen ist, erfolgte in 2002 wieder ein Rückgang um 1 m³. Der aktuelle Wert von 80 m³ je Einwohner und Jahr umfasst sowohl den gewerblichen wie den privaten Verbrauch. Ohne Zuordnung der Leitungsverluste (rund 10 v.H.) entfallen auf Privathaushalte 69 v.H. des Gesamtverbrauchs oder rund 55 m³ pro Einwohner und Jahr (= 151 l/Tag). Dieser Verbrauch liegt deutlich über dem bundesdeutschen Durchschnitt von 123 l/Tag.

Die nach wie vor steigenden Infrastrukturkosten für Wasser und Abwasser (Wasserspeicherung und -aufbereitung, Verteilung, Kanalerneuerung und -neubau, Abwasserreinigung) führen bei sinkenden Verbrauchsmengen zu einem wachsenden Fixkostenanteil an den Gesamtkosten.



Abfälle aus Haushaltungen = Verbrauch an festen Stoffen

Anders als bei einem Wirtschaftsunternehmen oder bei der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung stehen Daten für die in der Stadt verarbeiteten bzw. verbrauchten Roh- und Halbstoffe sowie Fertigprodukte nicht zur Verfügung. Näherungsweise soll deshalb das Abfallaufkommen als Indikator für den Verbrauch an festen Stoffen genutzt werden.

Datenlage. Quellen

Die Stadt Wuppertal erhebt regelmäßig die Mengen der dem Anschluss- und Benutzungszwang unterliegenden Abfälle. Vollständig erfasst werden nur die Abfälle aus Haushaltungen. Über verwertete und beseitigte gewerbliche Abfälle liegen Daten nur für geringe Teilmengen vor. Der größte Mengenstrom wird durch den Hoch- und Tiefbau verursacht. Dessen Abfälle werden zum großen Teil verwertet.

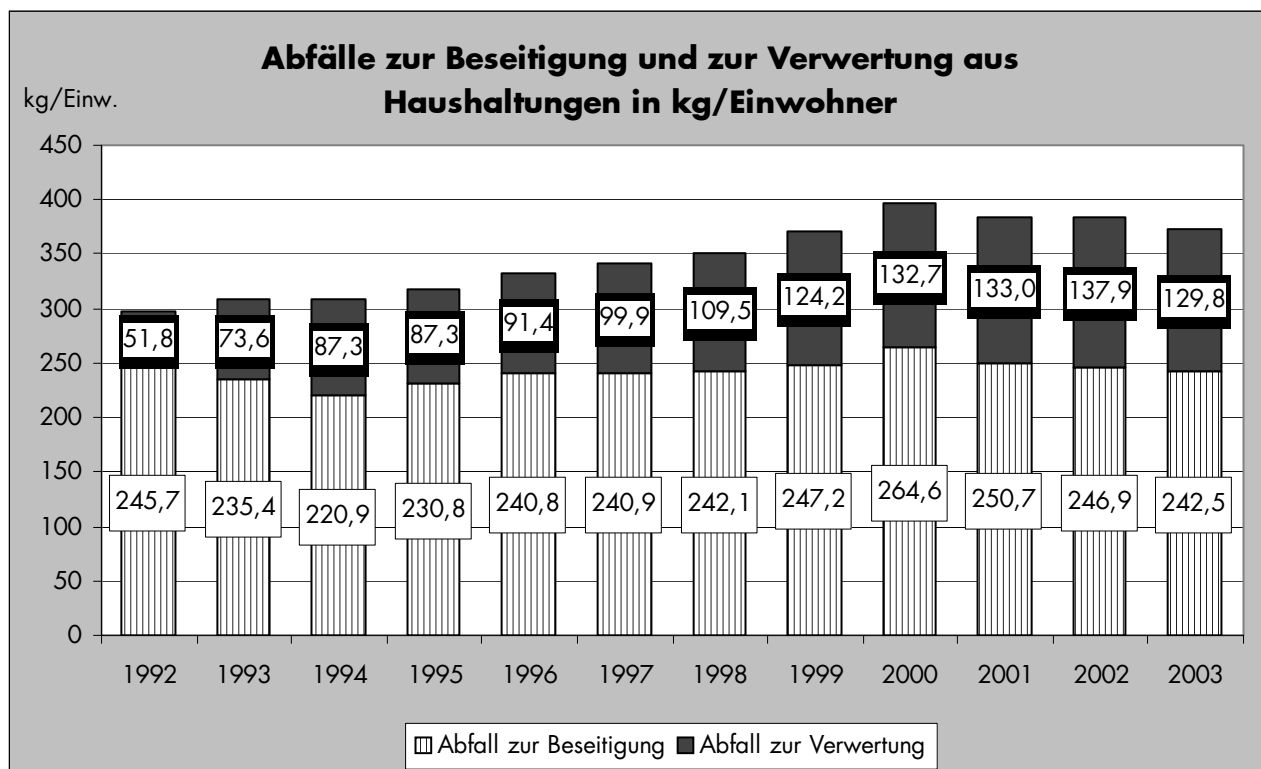
Allgemeine Entwicklung

Bundesweit ist das Abfallaufkommen in den letzten acht Jahren konstant geblieben. Der Anteil verwertbarer Abfälle nahm zu. Schwankende Abfallmengen des Hoch- und Tiefbaus, die rund 60 v.H. des Gesamtvolumens ausmachen, sind vorwiegend konjunkturell bedingt. Die Leichtverpackungsmengen nehmen zu. Das Abfallaufkommen in den Städten ist höher, die Verwertungsquote niedriger als in ländlichen Gebieten.

Aktuelle Entwicklung Wuppertal

Der durch das Hausmüllaufkommen angezeigte private Verbrauch an kurz- und langfristigen Gütern ist in den 6 Jahren von 1994 bis 1999 sukzessive um etwa 26 kg pro Kopf und Jahr angestiegen. Nach einem sprunghaften Anstieg um weitere 17 kg, der durch die Umstellung der Sperrmüllabfuhr vom Kartensystem auf eine quartalsweise Abfuhr bedingt war, hat sich das Pro-Kopf-Aufkommen in den nachfolgenden Jahren wieder um 22 kg/pro Einwohner und Jahr (von 264,5 kg auf 242,5 kg) reduziert und somit in 2003 den Stand von 1998 erreicht. Eine mögliche Erklärung mag in einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage vieler Haushalte und damit verbundener Konsumzurückhaltung zu sehen sein. Theoretisch kann aber auch ein umweltbewussteres Einkaufen von verpackungsarmen und langlebigeren Gütern zu der Entwicklung beigetragen haben. Genauere Untersuchungen zu diesem Thema liegen nicht vor.

Der Anteil der Abfälle aus Wuppertaler Haushalten, der verwertet wurde, ist seit 1993 zum ersten Mal rückläufig. Es wurden weniger Papier und Altglas über das Duale System erfasst. Bei Altpapier könnte der – aus Kostengründen – reduzierte Verbrauch von Zeitungen und auch verstärkte Nutzung des Internets ein Grund sein. Der Rückgang bei Altglas könnte durch den Trend zu Kunststoffverpackungen (PET-Flaschen) und das Greifen der Verpackungsverordnung (Pfandpflicht) verursacht sein.



Wasserqualität der Wupper

Ziel der europäischen Wasserrahmenrichtlinie ist der gute Zustand der Gewässer. Nach den Bewertungsmaßstäben dieser Richtlinie ist ein guter Zustand für die Wupper innerhalb des Stadtgebietes („Stadtfluss Wupper“) nicht erreichbar. Realistisch ist dagegen das Ziel, dass das in Wuppertal ver- bzw. gebrauchte Wasser das Stadtgebiet ohne zusätzliche Belastung des Rheins und der Nordsee verlässt. Das entspricht der bisherigen Gewässergüteklasse II, die unterhalb des zentralen Wuppertaler Klärwerks nicht überschritten werden dürfte. Auch für die der Wupper zufließenden Bäche im Stadtgebiet kann diese Zielsetzung angewandt werden: möglichst viele Bäche sollen eine Gewässergüte von II (mäßig belastet) oder besser besitzen.

Datenlage. Quellen

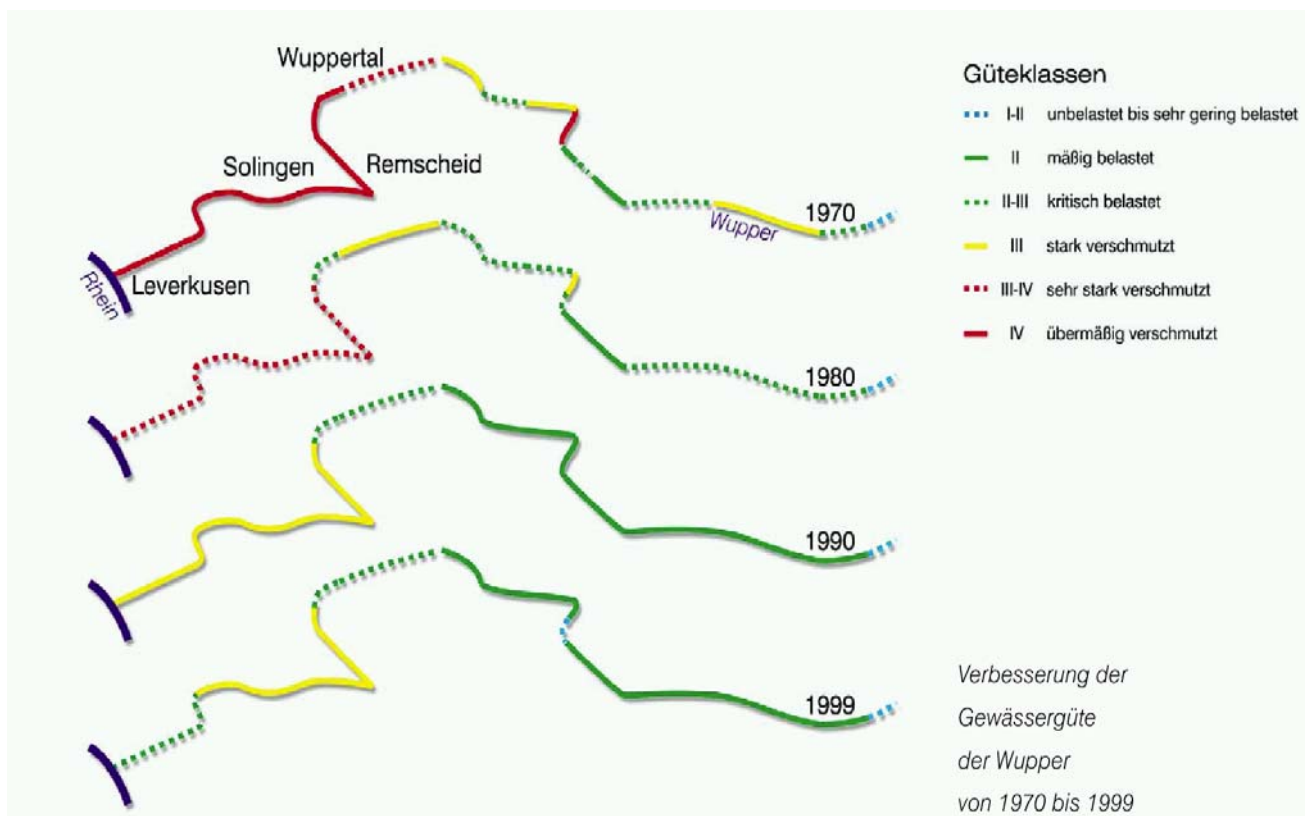
Der Wupperverband und die staatlichen Umweltämter führen die erforderlichen Messungen durch. Die Datenlage wird sich mit Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie europaweit erheblich verbessern.

Allgemeine Entwicklung

Die Abwasserreinigung und Gewässerreinigung hat in den vergangenen Jahren bemerkenswerte Fortschritte gemacht. Dies führte dazu, dass inzwischen nahezu alle Fließgewässer in der Bundesrepublik eine Wassergüte von mindestens II – mäßig belastet – aufweisen.

Entwicklung in Wuppertal

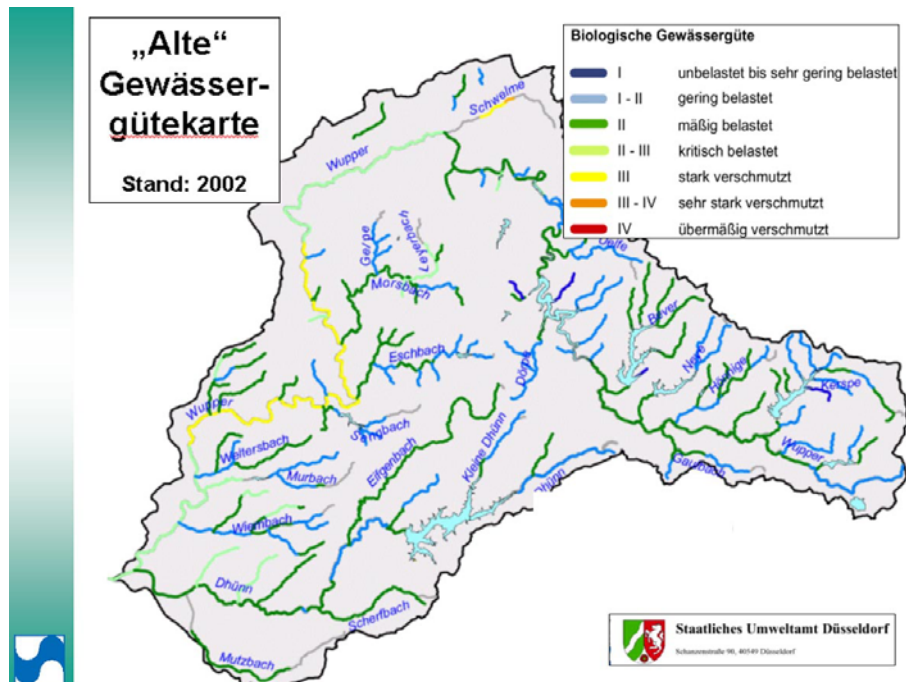
Auch die Wupper ist auf dem langen und aufwändigen Weg vom „schwärzesten Fluss der Welt“ zu einem ansehnlichen Stadtfluss gut voran gekommen. Durch die erheblichen Investitionen in die Abwasserreinigung hat sich die Wassergüte in den letzten 30 Jahren deutlich verbessert. Nur noch der Abschnitt unterhalb der Kläranlage Buchenhofen hat den Zielwert noch nicht erreicht. Im Jahre 2004 sollen die zusätzlichen Reinigungsstufen im Klärwerk Buchenhofen in Betrieb gehen. Die Maßnahmen zur Regenwasserbehandlung (Wupper-Sammler usw.) werden ebenfalls in den nächsten Jahren die Belastung der Wupper und ihrer Zuflüsse verringern.



Aktuelle Entwicklung

Mit den Kriterien der EU Wasserrahmenrichtlinie ist erstmalig ein neues Bewertungssystem an Wupper und Nebengewässern angewendet worden. Hatte man bisher schwerpunktmäßig die „fließende Welle“ betrachtet, wird zukünftig der Zustand des gesamten Gewässers beurteilt. Das heißt, die Bewertung umfasst nunmehr den Bestand an Fischen, Pflanzen, Kleinstlebewesen und Plankton sowie chemische und physikalische Parameter.

Als Ergebnis dieser Bewertung sind die Wupper und die meisten ihrer Nebengewässer als gefährdet eingestuft worden. Der Begriff „gefährdet“ bedeutet nicht, dass vom Gewässer eine Gefahr für die Menschen ausgeht. Er soll ausdrücken, dass der „gute ökologische Zustand“ nach den Kriterien der EU-Wasserrahmenrichtlinie bis zum Jahr 2015 ohne weitere Maßnahmen nicht zu erwarten ist. Die Konsequenzen aus dieser Zustandsbeschreibung und die notwendigen Maßnahmen werden derzeit von den Staatlichen Aufsichtsbehörden in Zusammenarbeit mit der Stadt Wuppertal und dem Wupperverband erarbeitet.



Quelle: Landesumweltamt NW, Wupperverband.

Luftreinhaltung

Bei der Minderung der Luftbelastung sind deutliche Fortschritte zu verzeichnen. Die Großfeuerungsanlagenverordnung und ein Bündel weiterer Maßnahmen haben dazu verholfen, dass das Thema der SO_2 -Belastung der Luft heute der Vergangenheit angehört. Schadstoffe, die vorwiegend dem Straßenverkehr entstammen (Ozon, Benzol, Ruß und Stickoxyde), sind die derzeitigen Schwerpunkte der Luftreinhaltepolitik. Verschärfte Vorschriften zur Fahrzeugtechnik und zu Treibstoffen werden in den nächsten Jahren zu weiteren Belastungsreduzierungen führen. Die Dynamik der von der EU erlassenen Luftqualitätsrichtlinie bringt eine regelmäßige Anpassung und Verschärfung der Belastungsgrenzwerte mit sich. Insbesondere die Belastung der Luft durch Feinstäube, für die es in einem großen Ballungsraum zahlreiche Verursacher gibt, wird zu andauernden Anstrengungen für die Luftreinhaltung führen müssen.

Allgemeine Entwicklung

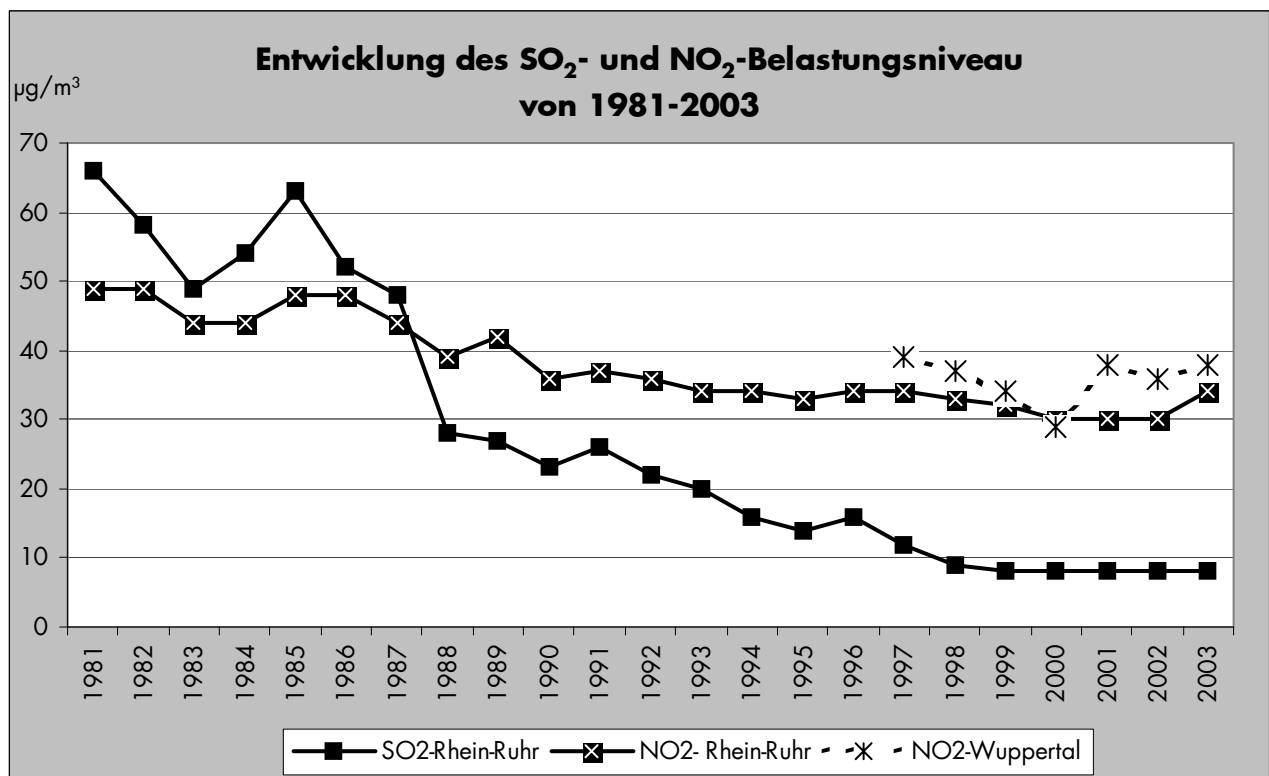
Die mittlere SO_2 -Belastung ist im Rhein-Ruhr-Gebiet von 66 $\mu\text{g}/\text{m}^3$ in 1981 auf 8 $\mu\text{g}/\text{m}^3$ in 2003, die mittlere NO_2 -Belastung von 49 $\mu\text{g}/\text{m}^3$ auf 34 $\mu\text{g}/\text{m}^3$ in 2003 zurück gegangen.

Entwicklung in Wuppertal

Bei NO_2 liegen die Mittelwerte der Hintergrundmessstation an der Bundesallee 2003 mit 38 $\mu\text{g}/\text{m}^3$ etwas höher als 1998 bis 2000 und gleichauf mit dem Jahr 2001. Das Niveau des Jahres 1997 wird jedoch auch in 2003 wieder knapp unterschritten. Gegenüber dem Vorjahr ist der Jahresmittelwert für NO_2 geringfügig höher. Generell zeigt sich hier wie auch bereits im Vorjahr ein Einfluss der gegenüber den Jahren 1999 und 2000 geringeren Windgeschwindigkeiten.

Aktuelle Entwicklung

Die an der Verkehrsmessstation des Landesumweltamtes NRW gemessenen Feinstäube liegen zur Zeit unter den Grenzwerten der EU. Hingegen weist die an der Friedrich-Engels-Allee liegende Verkehrsmessstation seit Beginn der Messungen im Jahre 2000 eine Überschreitung des ab 2010 geltenden Stickstoffdioxid-Grenzwertes auf. Aufgrund dieser Überschreitungen ist nicht auszuschließen, dass ein Luftreinhalteplan durch die für den Immissionsschutz zuständige Landesbehörde - unter Beteiligung der Stadt - aufgestellt werden muss. Die Stadt Wuppertal wird gefordert sein, Maßnahmen zur Einhaltung der Grenzwerte zu entwickeln und umzusetzen.



CO₂-Minderung

Mit dem Einsatz fossiler Energien verbunden ist der Ausstoß von CO₂. Das konzentrierte Verbrennen der Erdvorräte (jährlich wird das Produkt von Jahrzehntausenden der Erdgeschichte verbrannt) führt zur Klimaerwärmung und u.a. zu einer Häufung extremer Wetterereignisse. In Folge des Beitritts zum kommunalen Klimabündnis 1991 hat die Stadt Wuppertal 1994 den Ausgangsbestand für eine städtische Klimaschutzstrategie ermittelt. In einem Zwischenbericht wurde über den Stand des Jahres 1999 berichtet.

Datenlage. Quellen

Für Deutschland und alle anderen Länder, die sich zum Klimaschutz verpflichtet haben, werden jährlich CO₂-Emissionen bilanziert. Für kleinere Gebietseinheiten stehen die dafür verwendeten Datenquellen nicht zur Verfügung.

Allgemeine Entwicklung

Deutschland kann bei Fortsetzung seiner Anstrengungen das selbst gesetzte Ziel von -25 v.H. gegenüber 1991 erreichen. Der Wissenschaftliche Beirat Globale Umweltveränderungen (WBGU) empfahl der Bundesregierung

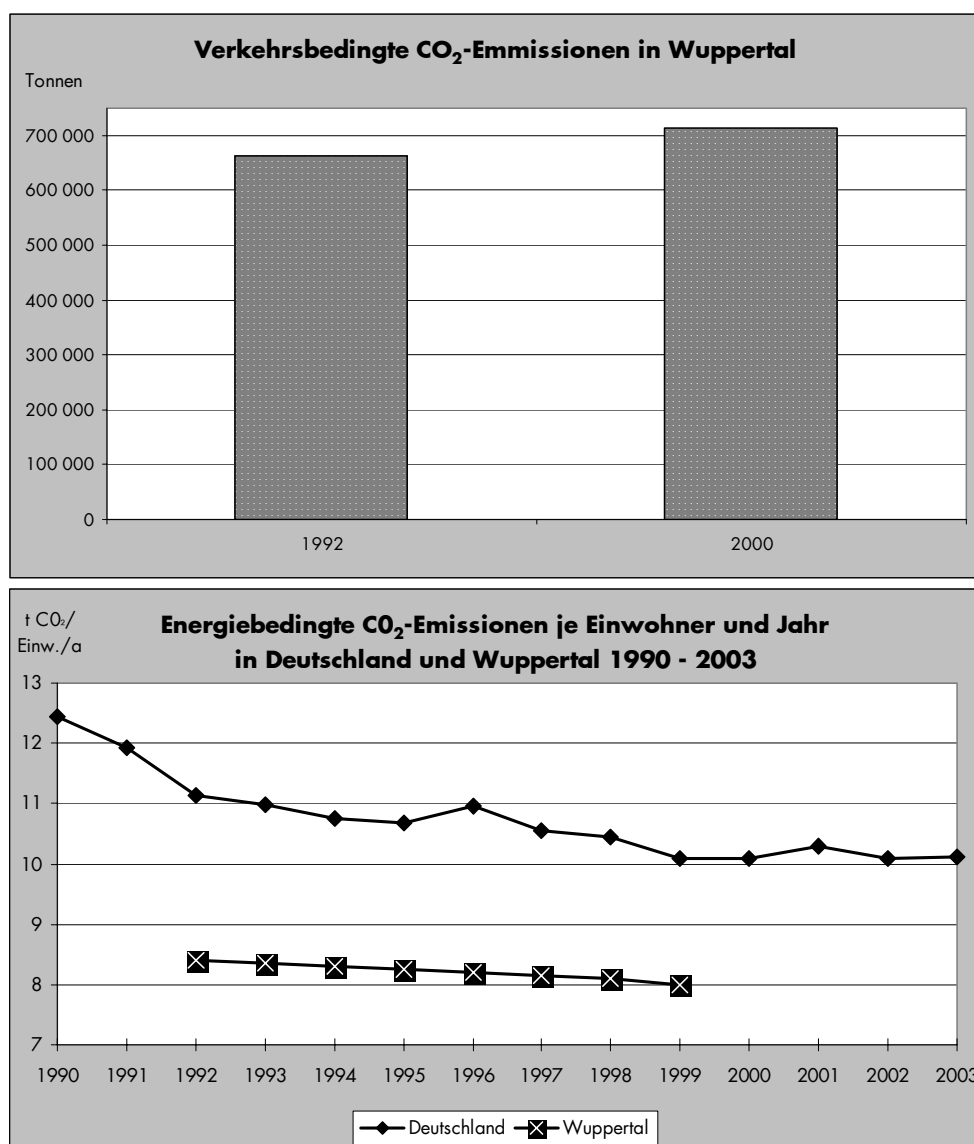
im Gutachten „Über Kyoto hinausdenken -Klimaschutzstrategien für das 21. Jahrhundert“ vom 25.11.03 allerdings weitere einschneidende CO₂-Reduktionsmaßnahmen, um die Folgen des Klimawandels einzudämmen. Weltweit nimmt der CO₂-Ausstoß weiterhin bedrohlich zu.

Entwicklung in Wuppertal

Die Wuppertaler CO₂-Bilanz für die Jahre 1992 – 1999 ist bemerkenswert günstig, darf aber nicht zum Ausruhen verleiten. Die Zukunft der für die relativ günstige CO₂ – Bilanz bedeutsamen Heizkraftwerke ist nicht gesichert. Die verkehrlichen CO₂-Emissionen stiegen bis 2000 an. Seitdem verharren sie auf hohem Niveau. Das Landesumweltamt NRW stellte seit 2001 die gemeindescharfe Bilanzierung der verkehrsbedingten CO₂-Emissionen aus Kostengründen ein.

Aktuelle Entwicklung

Die Reduktion der CO₂-Emissionen für das Stadtgebiet wird zukünftig im Rahmen des European Energy Award bilanziert. Für 2003 liegen jedoch noch keine verlässlichen Daten vor.



Belasteter Boden, Altlasten

Altlasten sind Altablagerungen und Altstandorte, die zu schädlichen Bodenveränderungen oder zu anderen Gefahren für den Einzelnen oder die Allgemeinheit führen. Die Umweltpolitik zielt daher darauf, Altlasten und altlastverdächtige Flächen zu erfassen, sie zu untersuchen und ggf. zu sanieren sowie Vorsorgemaßnahmen zu treffen. Altlasten können sich auf alten Industrie- und Gewerbegrundstücken oder auch auf solchen Grundstücken befinden, auf denen Abfälle behandelt, gelagert oder abgelagert wurden bzw. auf denen mit umweltgefährdenden Stoffen umgegangen wurde.

Datenlage. Quellen

Die Daten zur Bodenbelastung entstammen in der Regel kommunalen Quellen (untere Abfall- bzw. Bodenschutzbehörden) und werden auf staatlicher Ebene aggregiert. Lange Zeit war der unterschiedliche Erfassungsgrad entscheidend. Inzwischen dürfte sich das Gesamtbild runden, wenn auch die Entdeckung bisher unbekannter bzw. vergessener Bodenbelastungen nicht ausgeschlossen werden darf.

Allgemeine Entwicklung

In Deutschland sind mehr als 360.000 Flächen als altlastverdächtig erfasst. Neben den Altlasten der industriellen Entwicklung gibt es die Altlasten durch militärische Nutzung der Flächen und durch Rüstungsgüterproduktion. Grundlage für staatliche Maßnahmen ist das Bundesbodenschutzgesetz mit der Bodenschutz- und Altlastenverordnung, in Kraft seit 1999.

Entwicklung in Wuppertal

Die frühe Industrialisierung brachte es mit sich, dass Generationen von Produkten und Produktionsweisen ihre Spuren im Boden hinterlassen haben. Inzwischen ist davon auszugehen, dass direkte Bodenverunreinigungen aus der Produktion oder unkontrollierten Abfallablagerungen ausgeschlossen sind bzw. sich auf Havarien beschränken. Bodenbelastungen sind nicht nur eine potentielle Umweltgefährdung, sondern auch ein Investitionshindernis. Dieser Umstand hat zum paradoxen Ergebnis geführt, dass hochwertige Böden bebaut werden und belastete Standorte eher ungenutzt bleiben. Die heutige Aufgabe besteht daher in der systematischen Erkundung von Bodenbelastungen und der Sanierung bzw. Sicherung der Böden.

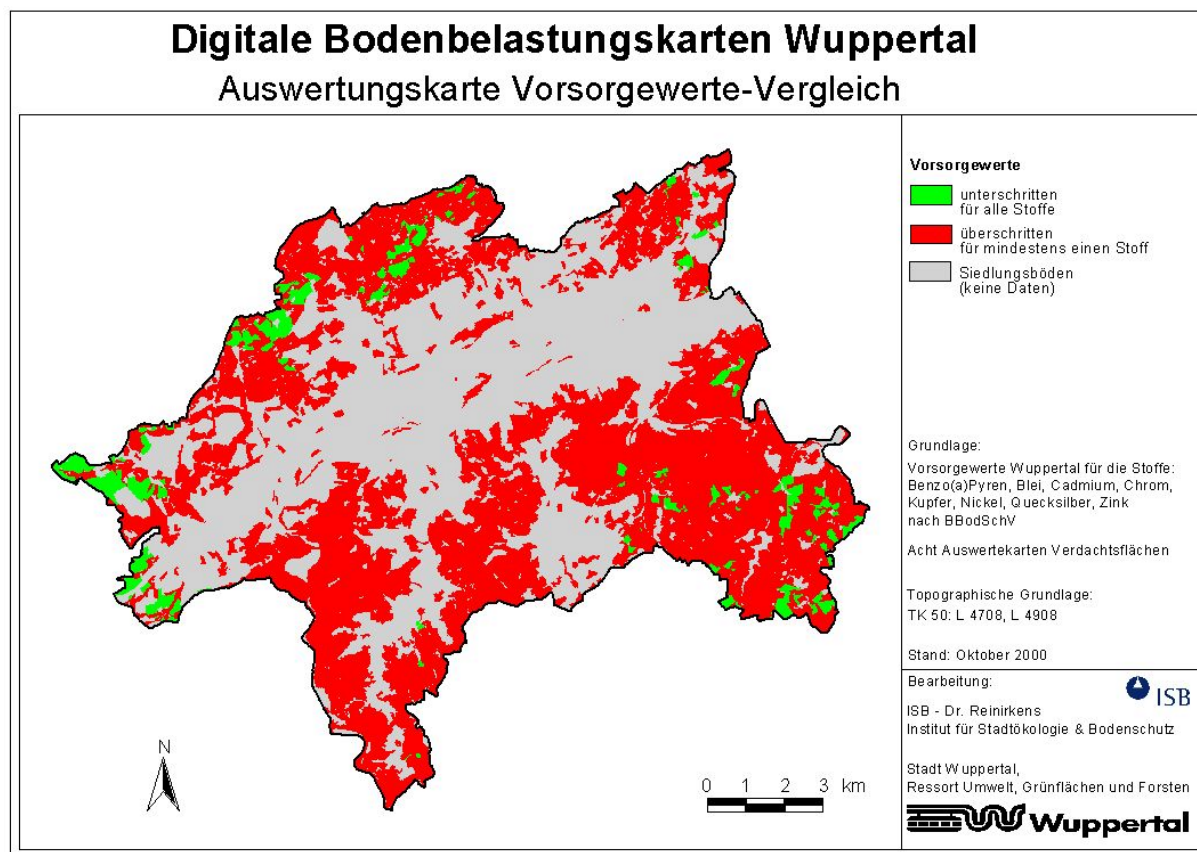
Durch das Bundesbodenschutzgesetz (BBodSchG), die Bundesbodenschutzverordnung (BBodSchV) und das Landesbodenschutzgesetz NRW (§5 Abs.1 LbodSchG) ist die Stadt als Untere Bodenschutzbehörde verpflichtet, schädliche Bodenveränderungen und entsprechende Verdachtsflächen zu erfassen.

Insgesamt sind (Stand 2004) rd. 13300 Altstandorte und rd. 3100 Altablagerungen als Hinweisflächen erfasst.

Diese Daten werden zur Beurteilung von Bauleitplänen, Bauvorhaben und anderen Maßnahmen herangezogen. Daneben erfolgt eine systematische Untersuchung und Beurteilung. Von den geprüften Flächen ergaben sich bis heute (Stand 2004) 430 Altlasten bzw. Flächen mit schädlichen Bodenveränderungen.

Zur flächenhaften Erfassung von schädlichen Bodenverunreinigungen und Bewältigung anderer gesetzlicher Aufgaben (z.B. Bioabfallverordnung, Abfallklärschlammverordnung) können in NRW über die Erfassung von Altablagerungen und Altstandorten hinaus die digitalen Bodenbelastungskarten (BBK) herangezogen werden (§5 Abs.2 LbodSchG). Als eine der ersten Kommunen in NRW hat die Stadt Wuppertal diese Methode angewendet und Bodenbelastungskarten für Böden unter land-/forstwirtschaftlicher Nutzung erarbeitet. Die nutzungsbezogenen Prüf- und Maßnahmenwerte der BBodSchV werden auf fast allen Flächen unter land- und forstwirtschaftlicher Nutzung im Wuppertaler Stadtgebiet unterschritten. Ein Gefahrenverdacht ist nur dann vorhanden, wenn Altablagerung oder Altstandorte vorhanden sind. Nur auf einigen wenigen kleineren Grünlandflächen im Überschwemmungsbereich der Wupper wurden Überschreitungen festgestellt.

Allerdings hat sich heraus gestellt, dass fast im gesamten Außenbereich mindestens ein Vorsorgewert überschritten ist. Das hat Konsequenzen für das Ein- und Aufbringen von Bodenmaterialien. Da überwiegend landwirtschaftlich genutzte Flächen betrachtet worden sind, sind auch Fragen der Abfallentsorgung und Düngung angesprochen. Biokomposte sind demnach nicht mehr auf diesen Böden zu verwerten.



Aktuelle Entwicklung in Wuppertal

Seit 5 Jahren werden durch die Untere Bodenschutzbehörde Fallzahlen über die Auskünfte aus dem Altlastenkataster, Gutachten, Untersuchungen und Sanierungen von Flächen mit schädlichen Bodenverunreinigungen erfasst. Bei belasteten Flächen werden diejenigen zuerst bearbeitet, von denen die größte Gefahr für Mensch und Umwelt ausgehen kann. Da die Sanierung größerer Altlasten auch mehrere Jahre dauern kann, sind die Fallzahlen nur eingeschränkt aussagefähig. Insgesamt werden pro Jahr etwa 760 Fälle bearbeitet.

Um auch für die Siedlungsböden flächenhafte Aussagen zu ermitteln und vorsorgenden Bodenschutz vollziehen zu können, wird eine digitale Bodenbelastungskarte für den Innenbereich der Stadt Wuppertal erarbeitet. Erste Ergebnisse zeigen Belastungen insbesondere in älteren Siedlungsgebieten.

Fallzahlen in der unteren Bodenschutzbehörde

	1998	1999	2000	2001	2002	2003
Stellungnahmen zu Projekten:						
nach Dringlichkeitsliste	311	281	239	311	233	387
bei städtischen Vorhaben	60	73	86	136	107	57
bei Begleitung Maßnahmen Dritter	94	101	106	100	102	64
Stellungnahmen zu:						
Baugenehmigungsverfahren	542	487	367	513	408	518
Bauleitplanverfahren	196	163	134	127	98	58
Liegenschaftsverkehr	7	29	43	129	207	183
Bundesimmissionsschutzgesetzverfahren	5	12	14	5	9	3
Erschließungsmaßnahmen	5	3	7	2	3	1
Freistellungen (§67 BauONRW)	141	230	111	70	55	82

Umweltwahrnehmung – Saubere Stadt

Die (mangelnde) Sauberkeit der Städte wird immer mehr zum allgemeinen Qualitätskriterium, in dem sich nicht nur die „Reinigungsleistung“ der Grundstückseigentümer, Müllwerker und Straßenreiniger, sondern auch das Stadt- und Umweltbewusstsein der Stadtbewohner wieder spiegeln.

Diese „sichtbare“ (Un)Sauberkeit der Umwelt muss deutlich von der „unsichtbaren“ unterschieden werden. Die Daten zur Luft-, Wasser- und Bodenbelastung weisen eine signifikante Verringerung der durch die menschlichen Sinne kaum wahrnehmbaren, aber umwelt- und gesundheitsgefährdenden Schadstoffbelastungen aus.

Datenlage. Quellen

Objektive Daten dazu liegen nicht vor. Subjektive Daten sind in der Vergangenheit über wiederholte und vergleichbare Befragungen erhoben worden, so zuletzt in der Umfrage zur Stadtentwicklung 2002.

Allgemeine Entwicklung

„Littering“, das achtlose Wegwerfen von Verpackungsabfällen, ist zu einem Schlagwort der internationalen Fachdiskussion geworden. Im Streit um die Anwendung der Verpackungsverordnung geht es neben der Frage der Logistik in den kleinen und größeren Einzelhandelsgeschäften auch um die Frage, ob der Abfall per Pfand einen Wert erhalten soll oder ob weiterhin weggeworfener, wertloser Abfall durch schlecht entlohnte Reinigungskräfte aus Fluren, Höfen, Straßen, Anlagen und Wäldern aufgesammelt werden soll.

Entwicklung in Wuppertal

Bei der jährlichen Umfrage zur Stadtentwicklung hat das Thema „fehlende Sauberkeit“ 2001 unter den wichtigsten, von den Befragten genannten Einzelproblemen Rang 1 erreicht, nachdem es bereits 1999 (Rang 2) und 2000 (Rang 5) im vordersten Feld rangierte. Neuere Daten liegen nicht vor.

Wohnungsversorgung

Die Wohnqualität einer Stadt kann durch die Messung der subjektiven Wohnzufriedenheit der Bewohner, objektiv durch Merkmale der Wohnungsausstattung abgebildet werden. Der jährliche Wohnungsneubau gibt – in Relation zum Wohnungsbestand – Auskunft darüber, wie attraktiv es ist, in den jeweiligen Wohnungsmarkt zu investieren. Für den Ein- und Zweifamilienhausbau sind dabei dessen spezielle Finanzierungsformen zu berücksichtigen.

Datenlage. Quellen

Die Baugenehmigungs- und Baufertigstellungsstatistik ist Pflichtaufgabe jedes Bauherrn sowie der Bauaufsichtsbehörden.

Die von der Stadt Wuppertal seit einigen Jahren durchgeführten Erhebungen zum Wohnungsleerstand basieren auf den Daten der Wuppertaler Stadtwerke zu ungenutzten und ausgebauten Stromzählern.

Allgemeine Entwicklung

Die Versorgung mit Wohnfläche steigt nahezu kontinuierlich. Ein Grund dafür ist die veränderte Haushaltsstruktur, insbesondere die Zunahme von Einpersonenhaushalten und kinderlosen Familien. Eine Grenze der Bedarfsättigung ist derzeit nicht erkennbar. Allerdings führen knappe und teure Wohnungsmärkte wie etwa in Düsseldorf und München zu kostenbedingten Beschränkungen.

Entwicklung in Wuppertal

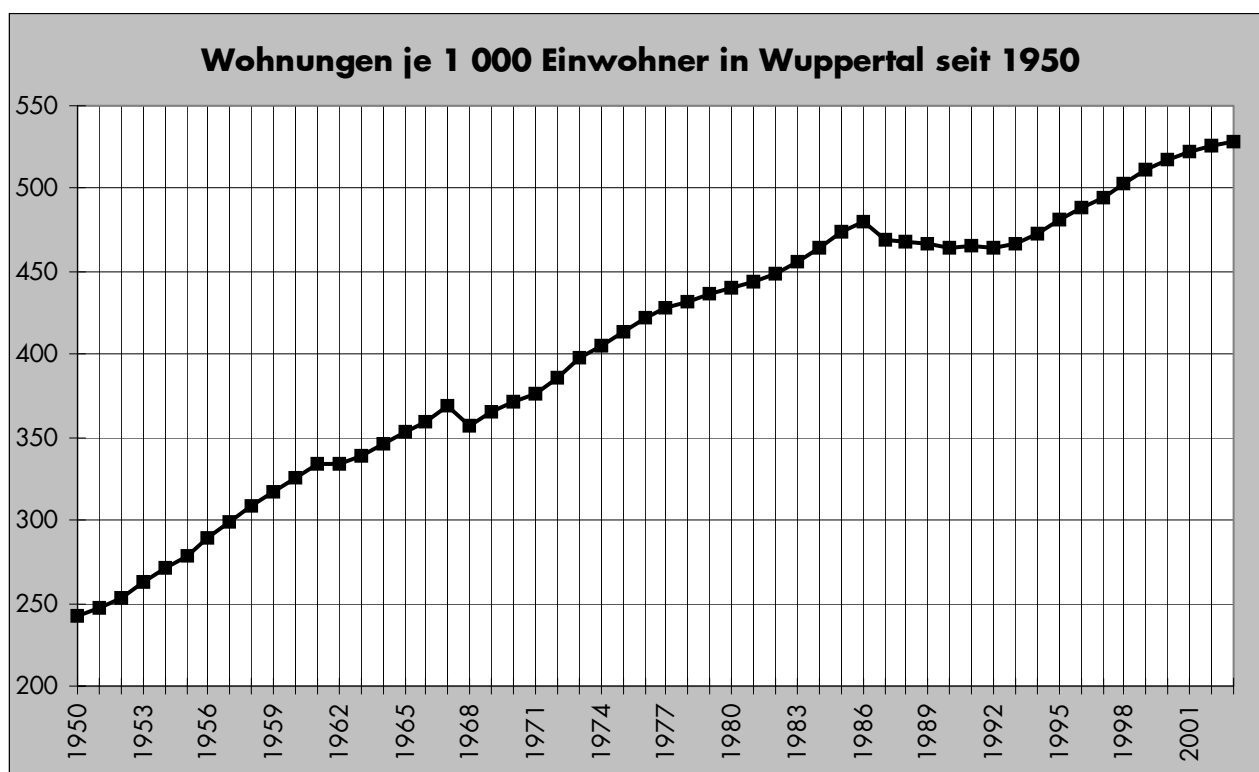
Die durchschnittliche Wohnungsversorgung pro Einwohner verbessert sich fast kontinuierlich. Die Zahl der Wohnungen je 1.000 Einwohner hat sich von weniger als 250 (1950) auf 529 (2003) mehr als verdoppelt. Eine vorübergehende Verlangsamung war in Folge des Bevölkerungszustromes nach Fall des Eisernen Vorhanges zu verzeichnen.

Aktuelle Entwicklung

Die Anzahl der Wohnungen pro 1.000 Einwohner ist auch in 2003 gestiegen.

Die Zahl der leerstehenden Wohnungen stieg von 8.200 (März 2001) auf 11.125 (März 2003) um über 35 v.H. Die letztgenannte Zahl der leerstehenden Wohnungen ergibt sich aus einer Stichtagsprobe zum 15.03.2003, die ausschließlich anhand stillgelegter Stromzähler der WSW AG erfolgt ist. Der wohnungsmarktstrukturell bedingte Leerstand - Wohnungen standen länger als drei Monate leer, weil hierfür keine Mieter gefunden wurden - betraf jedoch nur 5.565 Wohnungen. Das entspricht einem Prozentsatz von 2,9 des gesamten Wohnungsbestandes in Wuppertal. Diese Wohnungen stellen das eigentliche Problem auf dem Wohnungsmarkt dar. Hierbei handelt es sich überwiegend um Wohnungen mit Substandard oder anderen Defiziten bzw. um teure Wohnungen am Stadtrand.

Derzeit ist es nicht möglich, die Daten über stillliegende Zähler zu generieren. Erst für 2005 ist wieder eine Leerstandserfassung vorgesehen. Dann sollten weitere Indikatoren (u.a. Umweltqualität) einbezogen werden, um eine räumliche und strukturierte Bewertung des Wohnungsleerstandes durchführen zu können.





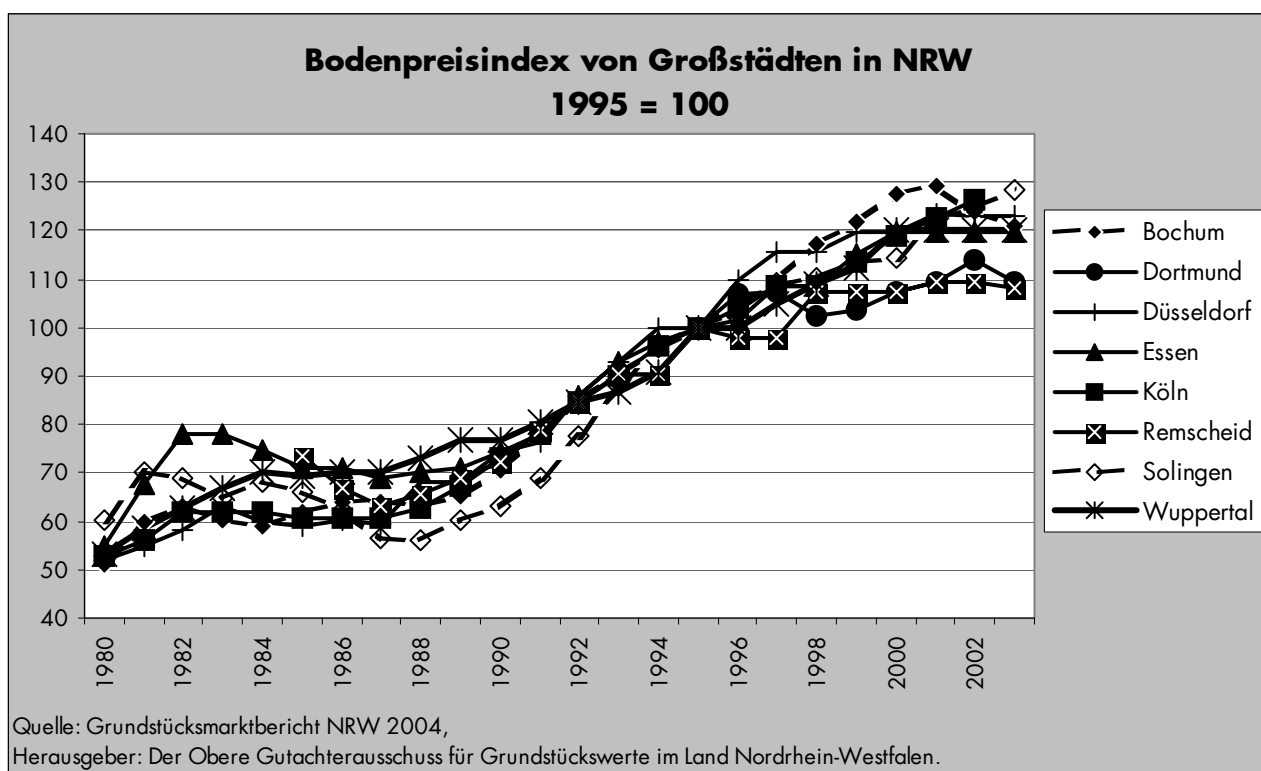
Miet- und Grundstückspreisniveau

Allgemeine Entwicklung

Hohe Miet- und Grundstückspreise sind ein Indikator für eine überdurchschnittliche Nachfrage und somit auch die Attraktivität eines Standortes. Gleichzeitig schlagen solche Preise auf die Lebenshaltungskosten am Standort durch. In der nachstehenden Grafik wird die relative Wertentwicklung unbebauter Grundstücke in Wuppertal und Vergleichsstädten für die Jahre ab 1980 dargestellt. Danach verläuft die Entwicklung von Nachfrage und Angebot an unbebauten Grundstücken im Zeitverlauf recht unterschiedlich.

Entwicklung in Wuppertal

Die Wuppertaler Preiskurve stieg bis zum Jahr 2000 kontinuierlich an und stagniert seitdem. Die relative Preisentwicklung unbebauter Grundstücke im betrachteten Zeitraum wird nur von Bochum und Köln übertroffen.



Verkehr: PKW-Besatz, Fahrten mit öffentlichen Verkehrsmitteln und Modalsplit

Mobilität gehört nicht nur zu den Grundvoraussetzungen unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, sie zählt in ihrer heutigen Form auch zu den Hauptverursachern von Umweltbelastungen und –verbräuchen. Das anhaltende Wachstum der Verkehrsströme und Verkehrsmengen ist geeignet, Erfolge auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung, wie sie in anderen Handlungsfeldern sichtbar werden, zunichte zu machen.

Datenlage. Quellen

Die Zulassungs- und Meldepflicht für Kraftfahrzeuge führt dazu, dass für das Stadtgebiet aktuelle und detaillierte Daten über den Kraftfahrzeugbestand vorliegen.

Die Ermittlung der Fahrgastzahlen im öffentlichen Personennahverkehr erfolgt über Datenaustausch und Umrechnungen zwischen den Verkehrsträgern (DB, VRR, WSW u.a.) und durch stichprobenhafte Fahrgastzählungen.

Der lokale Modalsplit kann nur durch Befragung ermittelt werden.

Allgemeine Entwicklung

Der Pkw-Besatz in Deutschland nimmt weiter zu. Die öffentlichen Verkehrsmittel verzeichnen dagegen unterdurchschnittliche Wachstumsraten.

Entwicklung in Wuppertal

Entsprechend dem Bundestrend hat sich der PKW-Bestand in Wuppertal seit 1950 verdreißigfacht. Fast jeder zweite Wuppertaler besitzt nunmehr einen PKW. Der PKW-Besatz in Wuppertal schien sich in den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts einer Sättigungsgrenze zu nähern. Tatsächlich ging der Bestand an PKW zwischen 1992 und 1999 um 2.500 Fahrzeuge zurück.

Auch im öffentlichen Nahverkehr schien der durch die Bildung des Verkehrsverbundes und durch die Wuppertaler Fahrplanoffensive in den 1990er Jahren ausgelöste Zuwachs ebenfalls abzuflauen.

Aktuelle Entwicklung

Seit dem Jahre 2000 steigt der PKW-Bestand in Wuppertal wieder an. Im Jahre 2002 waren gegenüber dem Vorjahr 3.000 PKW mehr angemeldet, eine Steigerung, wie sie zuletzt 1989 übertroffen wurde. Es ist jedoch fraglich, ob sich diese Tendenz angesichts der wirtschaftlichen Entwicklung in den Jahren 2003 und 2004 fortsetzen wird.

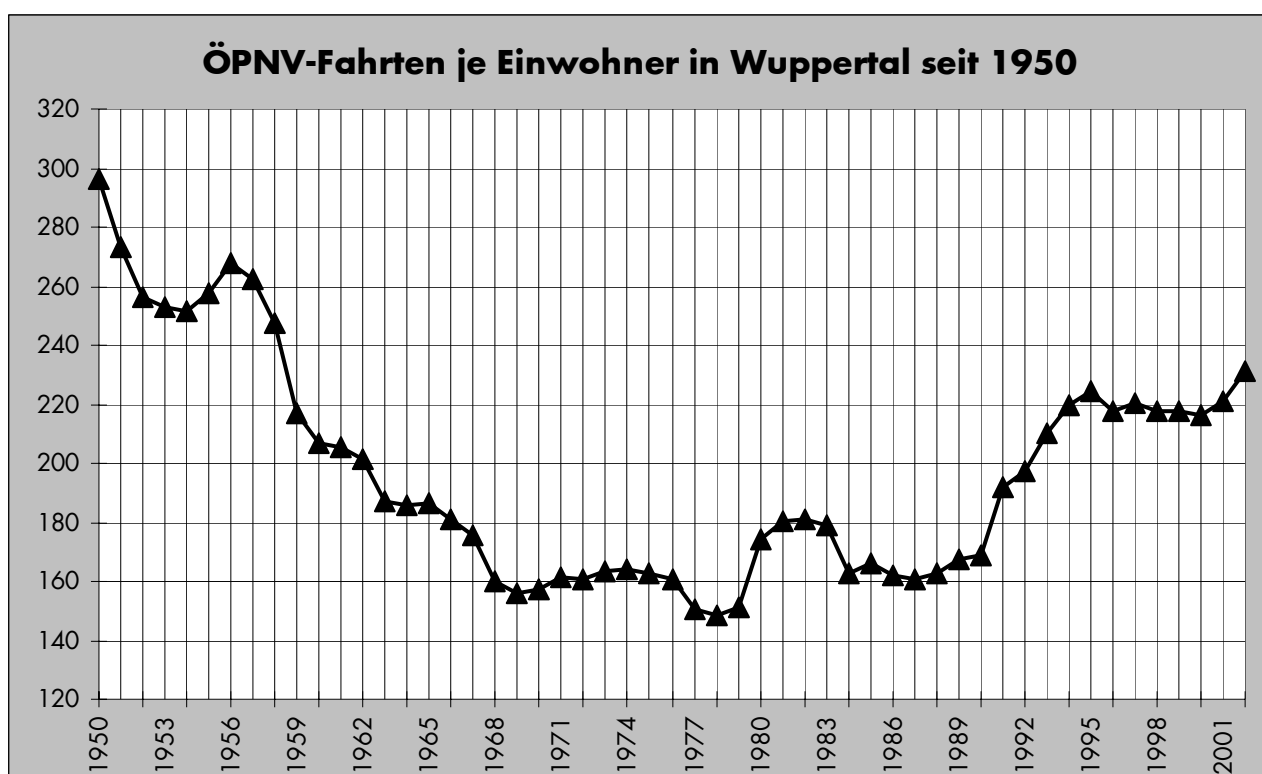
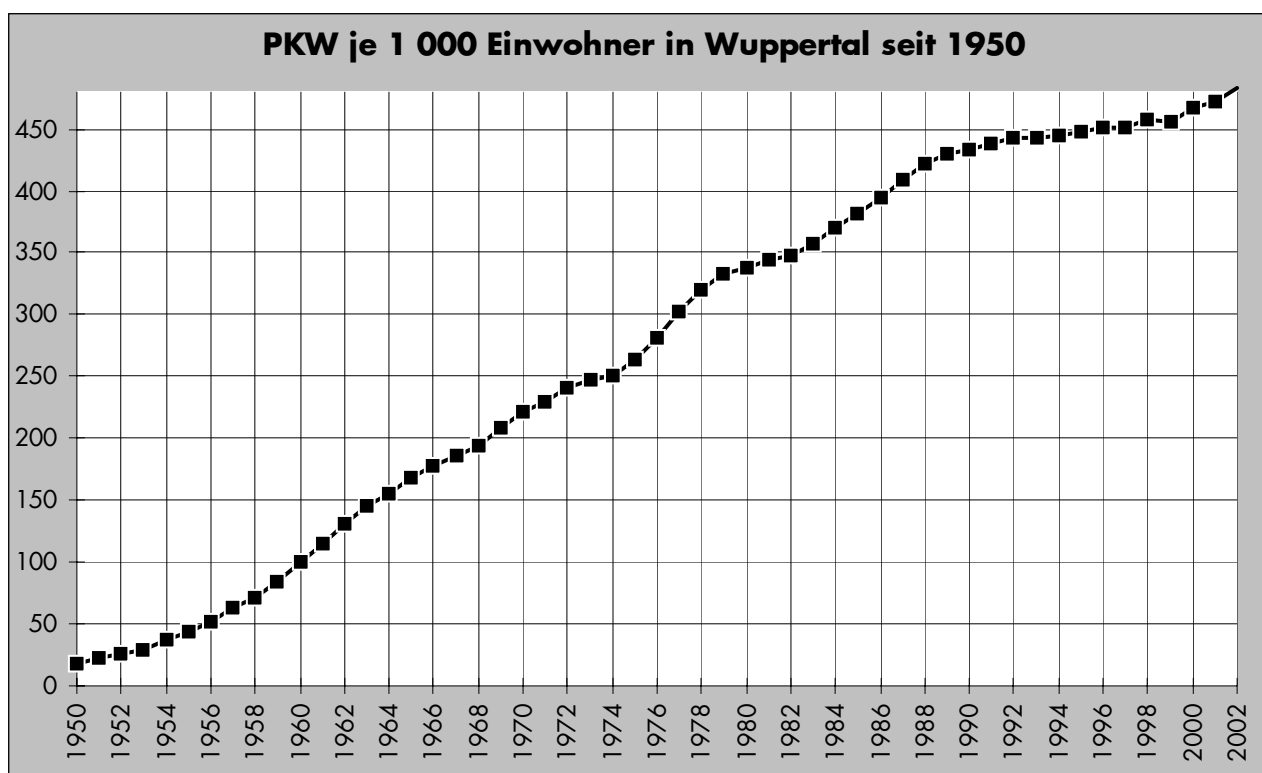
Auch der öffentliche Nahverkehr konnte in 2002 erstmals seit 1995 wieder deutlich mehr Fahrgäste befördern als im Vorjahr.

In 2002 wurde in Wuppertal eine Haushaltsbefragung zum Thema Mobilität und Verkehr durchgeführt. Aus dieser Befragung ergaben sich folgende Zahlen für die Anteile der Verkehrsmittel an der Mobilität in Wuppertal:

Anteil der Verkehrsträger an der Mobilität in Wuppertal (Modal-Split) im Jahr 2002

Verkehrsträger	Anteile in v.H.
Fuß	29
Rad	1
ÖPNV	19
Motorisierter Individualverkehr ..	51

Während der Anteil der Radfahrer nur noch in der Nachbarstadt Hagen vergleichbar gering ist (dort 2,3 v.H.), nimmt der Anteil der Fußgänger in Wuppertal einen Spitzenplatz unter den bundesdeutschen Großstädten ein (16 Mitgliedsstädte des deutschen Städtetages). Leipzig und Frankfurt haben höhere Fußgängeranteile. Beim motorisierten Individualverkehr befindet sich Wuppertal im oberen Drittel der deutschen Großstädte. Düsseldorf, Oberhausen und Wiesbaden haben einen höheren Anteil.



Schützenswertes schützen - Landschafts- und Naturschutz

Tiere und Pflanzen und ihre Lebensgemeinschaften sind Teil des Naturhaushaltes und als solche primäre Schutzgüter. Vor dem Hintergrund der alarmierenden Bestandsrückgänge wildlebender Tiere und Pflanzen soll auch in Wuppertal unter Berücksichtigung der lokalen Rahmenbedingungen die natürliche und kulturhistorisch bedingte Artenvielfalt bewahrt und geschützt werden. Die Potentiale für Lebensstätten und reproduktionsfähige Populationen sollen grundsätzlich nicht weiter gefährdet, und durch geeignete Maßnahmen für die Zukunft gesichert werden. Neben Schutzgebietsausweisungen sind gezielte Arten- und Biotopschutzprogramme, Biotopverbundplanungen sowie Pflegepläne- und Entwicklungspläne zu initiieren und umzusetzen. Die natürlichen Lebensgrundlagen sollen auch durch Extensivierungsmaßnahmen in der Landwirtschaft unterstützt werden

Datenlage – Quellen

Die Lage und Abgrenzung der Landschafts- und Naturschutzgebiete erfolgt im Rahmen der Landschaftsplanverfahren. Diese werden in Verbindung mit der Flächennutzungsplanung oder verbindlichen Bauleitplanung kontinuierlich fortgeschrieben.

Allgemeine Entwicklung

Die flächenbezogenen Schutzausweisungen sind eines der wichtigsten Instrumentarien des Natur- und Landschaftsschutzes. Die Gebietskategorien sind aus dem Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) und dem Landschaftsgesetz NW abgeleitet und beruhen teilweise andererseits auf Verträgen und Konventionen im internationalen Kontext.

EU und Bundesregierung streben die Einrichtung eines Biotopverbundsystems an, das mindestens 10 v.H. der Landesfläche umfassen soll.

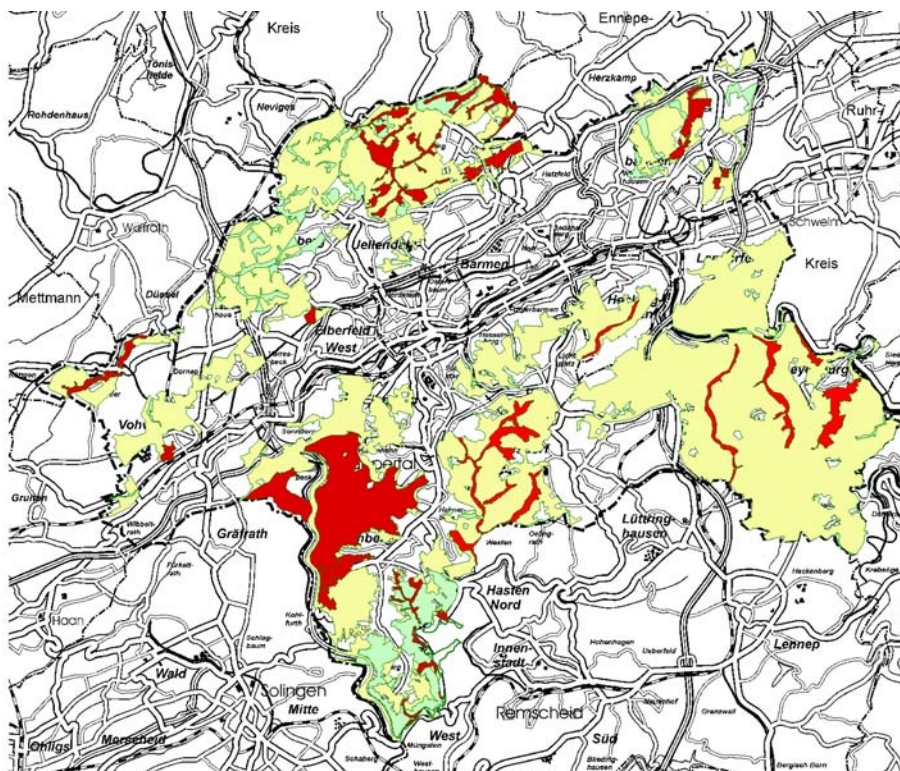
Ziel ist es, hiermit einen effektiven Beitrag zum Erhalt der biologischen Vielfalt und zur Sicherung des Naturerbes zu leisten. Bestandteile dieses Systems sind Nationalparke, gesetzlich geschützte Biotope, Naturschutzgebiete und Biosphärenreservate.

Entwicklung in Wuppertal

Trotz der intensiven Industriegeschichte Wuppertals sind große Wald- und Freiflächen erhalten geblieben. Nur gut ein Drittel der Fläche ist Siedlungs- und Verkehrsfläche.

Die Wald- und Freiflächen des Stadtgebietes wurden im Rahmen der Landschaftsplanung auf ihre Bedeutung hinsichtlich Eigenart, Natürlichkeit und Schutzwürdigkeit untersucht. Die herausragenden, zusammenhängenden Flächen werden als Naturschutz- oder Landschaftsschutzgebiete festgesetzt.

Karte: Natur- und Landschaftsschutzgebiete in Wuppertal.



Einige Naturschutzgebiete sind von europäischer Bedeutung (FFH-Richtlinie). Darüber hinaus hat die Landesanstalt für Ökologie (LÖBF) Biotop nach §62 Landschaftsgesetz NRW außerhalb von geplanten oder festgesetzten Naturschutzgebieten kartiert. Weitere geschützte Flächen sind die festgesetzten Ausgleichs- und Ersatzflächen.

Derzeit ergibt sich für Wuppertal folgende Flächenstatistik:

Flächenkategorie	Größe	Anteil in v.H.
Naturschutzgebiete	1074 ha	6,4
Biotop nach §62 LG NW	126 ha	0,8
Ausgleichsflächen (AgF)	305 ha	1,8
<i>davon im NSG</i>	<i>15 ha</i>	<i>0,1</i>
Summe (o. AgF im NSG)	1505 ha	8,9
Landschaftsschutzgebiete	7542 ha	44,8

Mit dem Anteil von 6,4 v.H. Naturschutzgebiet an der gesamten Stadtfläche nimmt Wuppertal einen Spitzenplatz unter den deutschen Großstädten ein.

Aktuelle Entwicklung

Die Erfassung schutzwürdiger Biotop im Stadtgebiet Wuppertals ist noch nicht abgeschlossen. Wie und in welchem Umfang diese Flächen einen nachhaltigen Schutz erhalten können und wie sie in den regionalen Biotopverbund eingegliedert werden können, wird der Schwerpunkt der weiteren Arbeit sein.

Für alle Naturschutzgebiete sollen Pflege- und Entwicklungspläne erstellt und umgesetzt werden.

Im Wald werden heute ca. 1.600 ha städtische Flächen und ca. 1.000 ha Waldflächen der Forstbetriebsgemeinschaft (FBG) nach den Zertifizierungsgrundsätzen des PEFC (Program for the Endorsement of Forest Certification) bewirtschaftet. Der nachhaltige Holzzuwachs ist geringer als die Holznutzungen; die Bewirtschaftung erfolgt kahl schlag- und pestizidfrei; Totholz und Mischbaumarten werden erhalten; Naturverjüngung wird gefördert. Im Stadtwald werden nur einheimische Baum- und Straucharten gepflanzt.